

Schmid, Günther

Book — Digitized Version

Sicherheitspolitik und Friedensbewegung: der Konflikt um die "Nachrüstung". 3., gegenüber d. 2. unveränd. Auflage

Akademiebeiträge zur Lehrerbildung, No. 11

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schmid, Günther (1983) : Sicherheitspolitik und Friedensbewegung: der Konflikt um die "Nachrüstung". 3., gegenüber d. 2. unveränd. Auflage, Akademiebeiträge zur Lehrerbildung, No. 11, ISBN 3-7892-9890-5, Olzog, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122878>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Sicherheitspolitik und Friedensbewegung

AKADEMIEBEITRÄGE ZUR LEHRERBILDUNG

herausgegeben von der

Akademie für Politische Bildung, Tutzing

und der

Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen

AKADEMIEBEITRÄGE ZUR LEHRERBILDUNG
Band 11

Günther Schmid

SICHERHEITSPOLITIK
UND
FRIEDENSBEWEGUNG

Der Konflikt um die „Nachrüstung“

GÜNTER OLZOG VERLAG — 8000 MÜNCHEN 22

**Verantwortlicher Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

3. gegenüber der 2. unveränderte Auflage
Februar 1983

ISBN 3-7892-9890-5

© 1982 by Günter Olzog Verlag GmbH, München 22.
Alle Rechte vorbehalten. Jeglicher, auch auszugsweiser Nachdruck ohne Einwilligung
des Verlages ist untersagt.
Gesamtherstellung: Buchdruckerei Franz Wedl OHG, Melk-Wien.

Inhalt

Statt eines Vorwortes	7
Einleitung: Zum Stand der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion	19
1. Frieden und Sicherheit heute	22
1. 1 Voraussetzungen und Grundelemente	22
1. 2 Die Militärstrategien von NATO und Warschauer Pakt	25
1. 2. 1 Die Militärstrategie der NATO: Flexible Antwort („flexible response“)	26
1. 2. 2 Die Militärdoktrin des Warschauer Paktes	28
1. 2. 3 Dilemmata der Friedenssicherung durch Abschreckung mit militärischen Mitteln	29
1. 3 Der Rüstungswettlauf und seine Ursachen	32
2. Der „NATO-Doppelbeschuß“ vom 12. Dezember 1979 im Widerstreit der Argumente	35
2. 1 Politische und militärische Motive und Begründungen der „Nachrüstungsentscheidung“	36
2. 2 Die Argumente und Bedenken der „Nachrüstungs“-Gegner	40
3. Möglichkeiten und Grenzen von alternativen Sicherheitsmodellen	48
3. 1 Atomwaffenfreie Zone in Europa bzw. Auseinanderrücken („Disengagement“) der Blöcke in Europa	50
3. 1. 1 Inhalte, Zielvorstellungen und Varianten	50
3. 1. 2 Kritische Einwände und Grenzen der „Disengage- ment“-Konzeptionen	54
3. 2 Militärische Verteidigung nur durch Defensivwaffen	57
3. 2. 1 Voraussetzungen und konzeptionelle Vorstellungen	57
3. 2. 2 Kritische Einwände gegen das Defensivkonzept	60
3. 3 Das Konzept der „sozialen Verteidigung“ bzw. des „gewaltfreien Widerstandes“	61
3. 3. 1 Ausgangsüberlegungen und konzeptionelle Elemente	61
3. 3. 2 Zur Kritik an den Vorstellungen „sozialer Verteidigung“	63
3. 4 Die einseitige (unilaterale) Abrüstung	65
3. 4. 1 Sinn, Inhalt und Varianten	65
3. 4. 2 Friedenssicherung durch einseitige Abrüstungs- maßnahmen?	68

4. Jugendprotest und „Friedensbewegung“ — Ursachen, Inhalte und Folgen	71
4. 1 Antriebsmomente, Zielrichtung und Auswirkungen des jugendlichen Protestverhaltens	76
4. 1. 1 Die „äußeren“ Ursachen	76
4. 1. 2 Der (sozial-)psychologische Hintergrund	81
4. 1. 3 Antriebsmomente und Inhalte der Jugendunruhen 1980/81	85
4. 2 Wichtige politische und soziale Bestimmungsfaktoren für das Aufkommen der „Friedensbewegung“ Ende der siebziger Jahre	86
4. 3 Die Grobstruktur der „Friedensbewegung“	88
4. 4 Einige wesentliche Charakteristika der „Friedensbewegung“	90
Anhang	95
Ausgewählte und kommentierte Bibliographie	100

Statt eines Vorwortes

Die Akademie für Politische Bildung hat Herrn Dr. Günther Schmid gebeten, Ausführungen zum Thema Friedenspolitik, Sicherheitspolitik und „Friedensbewegung“, die er in verschiedenen Akademieveranstaltungen vorgetragen hat, im vorliegenden Band zusammenzufassen. Professor Dr. Manfred Hättich (Akademiedirektor) und Dr. Jürgen Weber (Dozent der Akademie) haben in einem kurzen Gespräch versucht, die Schrift in den Zusammenhang der Schwierigkeiten einer pädagogischen Vermittlung dieser Thematik zu rücken. Die Aufzeichnung dieses Gesprächs sei dem Band als Vorwort vorangestellt. Die Akademie dankt Herrn Dr. Schmid für die übernommene Aufgabe.

Weber:

Es ist bekanntlich das Kennzeichen einer pluralistischen Demokratie, daß die Bürger in politischen Streitfragen unterschiedliche Meinungen haben, sie artikulieren, ihre speziellen Interessen verwirklicht sehen möchten und sich an den verschiedenartigsten Wertvorstellungen dabei orientieren. Andererseits ist es aber auch klar, daß die Bürger, die gesellschaftlichen Gruppen und die politischen Kräfte aller Art einer gegenseitigen Verständigungsbasis bedürfen, damit gesellschaftliches Zusammenleben auf Dauer überhaupt möglich ist und damit in einer pluralistischen Demokratie auch allgemein verbindliche Entscheidungen getroffen werden können. Anders ausgedrückt: Nur auf der Basis von wechselseitiger Toleranz ist der politische Streit nicht systemsprengend. In einer freiheitlichen Demokratie ist also die Toleranz sozusagen der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Im Zusammenhang mit der „Friedensbewegung“ und der Friedensproblematik kann man aber nun den Eindruck gewinnen, daß es mit dieser Toleranz auf beiden Seiten — den Kritikern der Regierung und den Verfechtern der offiziellen Sicherheitspolitik — nicht immer zum Besten bestellt ist. Vielleicht deshalb, weil es hier um existenzielle Fragen, um die Frage von Leben und Überleben in einer friedlosen Welt geht. Meine Frage an Sie lautet daher: Teilen Sie diesen Eindruck, daß es mit der *Toleranz* bei der Kontroverse um die Sicherung des Friedens bei uns nicht so gut bestellt ist, wie es eigentlich sein sollte? Und können wir eine solche Forderung, nämlich tolerant auch gegensätzlichen Auffassungen gegenüber zu sein — aufrecht erhalten, wo es um existenzielle Fragen geht?

Hättich:

Es scheint mir nicht überraschend, daß bei solchen Fragen, wie der nach dem Frieden oder der nach der Gefährdung des Friedens, die Meinungen nicht nur auseinander gehen, sondern sich auch heftig bekämpfen. Das ist nun keine Rechtfertigung für Intoleranz. Es ist nur ein Hinweis, daß man natürlich bei solchen zentralen Problemen in der Öffentlichkeit keine Diskussion erwarten kann, die sich

durch Gelassenheit und völlige Ruhe auszeichnet oder gar in der Form einer wissenschaftlichen Disputation abspielt. Natürlich, politische Bildung hat nicht den Auftrag, sich gleich auf die eine oder andere Seite zu schlagen oder mit der gleichen Aufgeregtheit, wie man sie in der Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit wahrnehmen kann, das Thema zu diskutieren. Sie soll vielmehr Sachbezug, oder wie wir gerne sagen, Rationalität, Vernunft und eben auch Toleranz in diese Diskussion einbringen.

Die Schwierigkeit ist nun aber die, daß ja das Ziel gar nicht strittig ist. Denn es gibt ja wohl niemanden, der den Frieden nicht als einen sehr hohen und zentralen Wert ansieht. Strittig sind eigentlich nur die Methoden, die Verfahren und Mittel, die Strategien, mit denen der Frieden gesichert werden soll. Das muß man einmal sagen, weil in manchen aufgeregten öffentlichen Diskussionen gelegentlich so getan wird, als wären diejenigen, die eine Verteidigung mit Waffen — oder konkret den Doppelbeschluß der NATO — bejahen, nicht auch für den Frieden. Oder als ob sie mit Absicht oder auch aus Leichtfertigkeit den Frieden aufs Spiel setzen würden. Umgekehrt muß man natürlich auch zugeben, oder zumindest verstehen, daß es in dieser Frage Leute gibt, die sagen, diese ausgeklügelten strategischen Konzepte, dieses Zählen von Raketen etc., all diese Dinge interessieren uns nicht, wir sehen darin eine Friedensgefährdung, und deshalb sind wir dagegen.

Verstehen heißt aber natürlich noch nicht, dem ohne weiteres auch zuzustimmen. Die Schwierigkeit liegt, so glaube ich, darin, daß man hier mit einer Materie befaßt ist, die es dem Bürger überaus schwer macht, zu einem halbwegs sicheren Urteil zu kommen, denn wer von uns hat schon die notwendigen Kenntnisse? Infolgedessen ist es wiederum verständlich, daß sich so viele Bürger einfach für den Frieden bekennen und gegen die Verwendung von Waffen zur Friedenssicherung und gar nicht bereit sind, sich in Strategiediskussionen, Rüstungsvergleiche etc. einzulassen. Und solche Aussagen haben erfahrungsgemäß auf Anhieb zunächst einmal die größere Moralität für sich.

Weber:

Wir sollten noch einen Moment bei der Bewertung dieses Phänomens der öffentlichen Friedensdiskussion und der sie begleitenden Aktivitäten bleiben. Der Bundesregierung — aber natürlich auch den sogenannten etablierten Politikern aus den Reihen der Opposition — werden ja seit geraumer Zeit von wortmächtigen Gruppen unserer Gesellschaft Fragen gestellt, die häufig von Mißtrauen, ja Feindseligkeit geprägt sind. Wie ist nun diese Unruhe, die in Teilen der Bevölkerung steckt und von einigen Gruppen lautstark artikuliert wird, einzuschätzen? Ist dies ein Zeichen demokratischer Reife? Sind die Deutschen nicht mehr so obrigkeitshörig und staatsfromm, wie sie es vielleicht vor hundert oder vor fünfzig Jahren gewesen sind, wenn sie den Regierenden nicht ohne weiteres glauben, was diese öffentlich sagen? Oder handelt es sich hier um erste Anzeichen für den drohenden Zerfall des politischen Konsenses in unserer Gesellschaft, zu dem ja beispielsweise die Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen zu zählen ist?

Hättich:

Ja, natürlich haben auch in der Politik die Dinge immer zwei Seiten. Zunächst ist Unruhe in einer freiheitlichen Ordnung überhaupt nichts Erschreckendes. In Diktaturen kommt eine solche Unruhe nicht auf, zumindest wird sie nicht öffentlich, was aber bekanntlich nicht heißt, daß sie in den Gehirnen und Herzen der Menschen nicht doch vorhanden ist. Ich kann der These, daß die Deutschen heute nicht mehr so staatsgläubig seien wie früher, voll zustimmen. Meine Zweifel habe ich allerdings, ob alles das, was im Umfeld der „Friedensbewegung“ geschieht, wirklich immer ein Zeichen für größere staatsbürgerliche Reife ist. Gelegentlich kann man feststellen, daß die Menschen gerne von einem in ein anderes Extrem fallen. Es gehört nun einmal zur Demokratie, daß der Bürger nicht verpflichtet ist, alles zu glauben, was er von den Regierenden im weitesten Sinne hört. Allerdings gibt es auch Leute, die grundsätzlich nichts glauben, was ihnen die Regierenden sagen. Anders formuliert: Es gehört wohl zu den schwierigsten Aufgaben für den Bürger in der Demokratie, Vertrauen und Mißtrauen zu balancieren.

Gerade beim Thema Friedenssicherung ist ja das Mißtrauen, das sich die Verfechter gegensätzlicher Positionen entgegenbringen, offenkundig. Ein Dialog ist dann natürlich nicht mehr möglich. Natürlich gibt es immer wieder Politiker, die die Wortführer und Anhänger der „Friedensbewegung“ zu diskriminieren versuchen oder sie gewissermaßen als dumm, nicht sachkundig hinstellen. In der „Friedensbewegung“ selbst gibt es aber ebenfalls Leute, die in einer dem Friedensgebot nicht mehr entsprechenden Militanz die gewählten Politiker — oder das ganze NATO-Bündnis — als amoralisch diskriminieren. Dies ist ein Problem von Polarisierungen in einem die Demokratie gefährdenden Sinne. Es handelt sich dann nämlich nicht mehr um Auffassungsunterschiede sondern um eine Polarisierung mit destruktiven Folgen.

Weber:

Es kann natürlich auch sein, daß wir in Deutschland zu empfindlich sind, wenn sich verschiedene Gruppen oder manche Gruppen und die offizielle Politik in harter Konfrontation gegenüberstehen. Allzu schnell wird dann bereits der Untergang der Republik prognostiziert. Das hat etwas mit der *politischen Kultur* in unserem Land zu tun. Ist die Friedensdiskussion und alles, was damit zusammenhängt, nicht auch ein bestimmtes Indiz für den Zustand unserer politischen Kultur? Entspricht die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, dem Standard westlicher Demokratien? Oder neigen die Deutschen dazu, gesellschaftliche Probleme zu dramatisieren, geht ihnen das Wort von der Krise zu leicht von den Lippen, fehlt es ihnen an Gelassenheit, auch angesichts widriger Umstände?

Hättich:

Da sehe ich mehrere Tendenzen. Auch ich bin der Meinung, daß wir uns dem Standard der westlichen freiheitlichen Demokratien insofern angenähert haben,

als man mit Konflikten unbefangener umzugehen versteht. Auf der anderen Seite ist zuzugeben, daß es immer noch eine Menge Bürger gibt, die vor dem Konflikt Angst haben und meinen, der Staat gehe daran zu Grunde. Da ist vielleicht immer noch ein wenig überzogenes Harmoniedenken in vielen Köpfen. Ich meine allerdings, daß wir hier die Chance haben, am Beispiel solcher Konflikte einen Lernprozeß im guten Sinne durchzumachen.

Dem steht nun allerdings entgegen, daß gerade im Umfeld der „Friedensbewegung“ solche Konflikte von einigen Gruppen in einer Weise ausgetragen werden, die gerade nicht der Ratio von Demokratie — nämlich dem friedlichen Konflikt-austrag — entspricht. Und wir müssen natürlich auch für den sogenannten Normalbürger Verständnis aufbringen. Wie erfährt er denn diesen Konflikt um den richtigen Weg zum Frieden? Er erfährt ihn über die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, und zwar häufig als eine militante Auseinandersetzung von Demonstranten mit der Polizei. Er sieht Krawalle, er hört Gejohle, er liest Schlagworte auf Transparenten, die nicht unbedingt sehr informativ sind. Alles das ist natürlich nicht dazu angetan, den Bürger zum Nachdenken zu bringen, sondern er erschrickt. Je absoluter, militanter, unpersönlicher, intoleranter die Auseinandersetzung öffentlich geführt wird, um so geringer ist die Chance, das Volk gerade im oben genannten Sinn an einen vernünftigen Konfliktaustrag zu gewöhnen.

Weber:

Sie haben gerade vom Normalbürger gesprochen. Bleiben wir noch einen Augenblick bei ihm. In aller Regel werden Debatten wie die Friedensdiskussion von Minderheiten geführt und getragen. Wie steht es aber nun mit unserem Normalbürger, der daran nicht teilnimmt, sich auch öffentlich nicht engagiert, der seinem Beruf nachgeht, aber durchaus politisch interessiert ist, der vielleicht Veranstaltungen der politischen Bildung besucht, ein durchaus rechtschaffener Demokrat also, der sich sehr gerne eine eigene Meinung zu unserem Thema bilden möchte, weil er Politik eben nicht erdulden, sondern zumindest verstehen und wenigstens mit seinem Wahlzettel beeinflussen will. Wie geht es aber nun diesem Bürger? Wie soll er sich angesichts der Flut von Argumenten und Gegenargumenten, von wissenschaftlichen Verlautbarungen über Vernichtungspotential und Verteidigungskonzepten, interessengeleiteten Aussagen der Politiker wie ihren Kritikern eine Meinung bilden, ein *begründetes Urteil* formulieren?

Hättich:

Das ist in der Tat sehr schwierig. Man könnte natürlich sagen, unser Bürger soll politische Bildungsveranstaltungen besuchen und dort an der sachlichen Diskussion teilnehmen. Aber dies wird nur immer für einen gewissen Teil der Bürger möglich sein. Man könnte weiterhin sagen, daß die Medien und die Politiker selbst die verschiedenen Positionen und Sachprobleme, um die es dabei geht, besser erklären sollen und zwar vor allem in einer Sprache, die der Bürger versteht. Also nicht nur mit Parolen, mit denen er sich entweder sofort identifiziert

oder gegen die er sich sofort sträubt. Hier gibt es Defizite, gerade auch im Zusammenhang mit unserem Thema, aber es genügt natürlich nicht. Denn ein Rest von Unsicherheit und Ungewißheit bleibt auf jeden Fall. Da man aber nicht alle Informationen aufnehmen kann, die möglich und nötig wären, bedarf es wohl gewisser Koordinaten oder Leitlinien des Urteils, an denen sich der Bürger, von dem hier die Rede ist, halten kann. Ein paar fundamentale Gesichtspunkte, die man in Ruhe erörtert, auch wenn es einem gefühlsmäßig gelegentlich gegen den Strich geht.

Welcher Art könnten nun solche koordinierenden oder orientierenden Gesichtspunkte sein? Um ein Beispiel zu nennen: Die ganze Diskussion wird irrational, wenn ausschließlich moralisch diskutiert wird. Es klingt hervorragend und keiner möchte etwas dagegen einwenden, wenn gesagt wird, man muß die Waffen niederlegen, um den Krieg zu verhindern.

Nur: Wird hier nicht in eine Welt hineindiskutiert, die einfach völlig anders ist? Ich kann natürlich respektieren, wenn jemand sagt, da Abrüstungsverhandlungen bis jetzt zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt haben und die Kriegsgefahr nicht gemindert ist — was natürlich bestritten werden kann —, müssen wir einseitig abrüsten, soll die Produktion und die Aufstellung von Waffen ein Ende haben. Das kann ich respektieren. Nur möchte ich dann mit dem Betreffenden über die Folgen solchen Tuns diskutieren. Und ich möchte die Argumente derer mit ins Spiel bringen, die sagen, daß man mit solchem Tun die Kriegsgefahr nicht mindert sondern sie geradezu heraufbeschwört, daß wir damit den Weg freigeben für jede Art von politischer Erpressung. Wie gesagt, alle diese Gesichtspunkte müssen diskutiert werden; das sind in der Tat fundamentale Dinge und haben mit dem Zählen von Raketen nicht viel zu tun.

Weber:

Ich vermute, daß nicht wenige unserer Mitbürger aus der Zwangslage heraus, die sich aus dem oben angedeuteten Informationsproblem ergibt, noch eine ganz andere Lösung anstreben: Sie gehen sozusagen auf Tauchstation, sie befassen sich einfach nicht mit der Problematik. Informationsverzicht als Überlebenshilfe! Das ist natürlich auch ein Weg, um halbwegs ruhige Zeiten verbringen zu können, aber höchst wahrscheinlich doch ein Holzweg. *Wie soll nun die politische Bildung hier reagieren?* Welche Hilfen hat sie anzubieten? Soll sie den Bürger beruhigen mit dem Hinweis, daß die wechselseitige Abschreckung bislang immerhin den Frieden in Europa gesichert hat, daß der große Krieg eben nicht stattgefunden hat? Wie soll politische Bildung reagieren auf die resignative Feststellung eines Bürgers, daß er in all diesen Angelegenheiten sowieso nichts machen könne, und er sich daher letztlich auf die gewählten Politiker verlassen müsse?

Hättich:

Die politische Bildung hat als erstes die Aufgabe, den Bürger, der mehr wissen will und der sich informieren möchte, vertraut zu machen mit den Argumenten, die es auf allen Seiten in diesem Streit gibt. Zumindest mit den wichtigsten. Sie

muß den Versuch machen, den jeweiligen Kern in der kontroversen Argumentation herauszustellen, die gegensätzlichen Positionen zu verdeutlichen, sie von einfachen Etikettierungen zu bereinigen. Sie kann also nicht einfach sagen, mit der „Friedensbewegung“ brauchen wir uns deshalb nicht zu befassen, weil Kommunisten dort am Werk sind. Sie kann aber genauso wenig sagen, weil Waffen schlecht sind, sind die Argumente der Militärs indiskutabel. Wenn es uns also gelingt, den jeweiligen Kern der Gegensätze aufzuzeigen, dann liefern wir dem Bürger zumindest das Material für seine persönliche Meinungsbildung. Er lernt mit diesem Material umzugehen. Das muß ihm dann keineswegs leichter fallen, als wenn er sich an seinen Vorurteilen orientiert. Aber es ist wohl nicht ganz unwichtig, wenn man an diesem Beispiel lernt, wie man mit der Ungewißheit und den Unsicherheiten einer solchen Frage umgeht.

Weber:

Nun gibt es aber sicherlich Positionen, die Meinungs- und Urteilsbildung als Ziel politischer Bildung für irrelevant erklären, insbesondere im Zusammenhang mit der hier diskutierten Problematik. Ohne Frieden ist alles nichts. Wenn dieser Satz stimmt, dann wird es natürlich fraglich, ob die politische Bildung sich darauf beschränken darf, zur Meinungsbildung, zur emotionsfreien Betrachtung der Dinge anzuregen und aufzurufen. Ich möchte dieses Argument, das man immer wieder hören kann, noch etwas zuspitzen. Wenn es um solche existenziellen Dinge geht, muß dann die politische Bildung den Bürger nicht geradezu ermuntern, aktiv etwas für die Sicherung des Friedens zu tun?

Hättich:

Zunächst müßte die politische Bildung eine solche Aussage, „ohne Frieden ist alles nichts“, auf ihren Sinngehalt, auf ihren Informationswert überprüfen. Wenn ich diesen Satz ganz wörtlich nehme, dann hätte das zum Beispiel für mich die Konsequenz, daß es überhaupt nichts gibt, zu dessen Erhaltung ich Konflikt und letzten Endes sogar einen bewaffneten Konflikt in Kauf nehmen würde. Der Satz hätte also die Konsequenz, daß wir unsere Freiheiten als einen geringeren Wert betrachten als die Erhaltung des Friedens. Ein einzelner kann diese Position sicherlich vertreten. Die Frage ist aber — und da fängt dann wieder politische Bildung an —, ob man seine eigene radikale Position ohne weiteres allen Mitmenschen zumuten kann. Hat nicht ein anderer durchaus das Recht, zu sagen, daß es für ihn Grenzen der Friedenserhaltung gibt, daß er diesen oder jenen Wert nicht aufs Spiel zu setzen bereit ist, nur um des Friedens willen?

Es ist also nur legitim, daß bei der Diskussion über die Erhaltung des Friedens immer auch daran erinnert wird, daß andere Werte wie zum Beispiel die Erhaltung der Freiheit, nicht nachrangig sind und daher auch nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Das ist im Grunde der Kern der Argumentation derer, die sagen, solange keine globalen Abrüstungsergebnisse vorhanden sind, wollen wir den Frieden dadurch erhalten, daß wir Waffensysteme haben, die den Krieg so unwahrscheinlich wie möglich machen.

Weber:

Wir sprechen die ganze Zeit von aktiven Gruppen, aktiven Minderheiten, die sich zu Wort melden. Wir haben die handelnden Politiker vor Augen, wir hören von Wissenschaftlern, die sich gutachterlich äußern, und jetzt sprechen wir von einem idealtypischen Bürger. An wen wendet sich eigentlich die politische Bildung, wenn sie zum Beispiel in Sachen Friedenserziehung tätig wird? Zuge-spitzt formuliert: Müßte sich die politische Bildung nicht eigentlich primär an die Politiker selbst wenden, sie befragen und ihnen zugleich Angebote zur sachlichen Erörterung der Dinge unterbreiten? Wenn wir von *dem* Bürger als „Kunden“ der politischen Bildung sprechen, vergessen wir das ja häufig und machen uns auch nicht immer ein klares Bild von unseren *Adressaten*.

Hättich:

In der Tat, den Bürger in dem idealtypischen Sinn gibt es nicht. Deshalb sollten in einer Demokratie so viele Möglichkeiten zur politischen Bildung angeboten werden, daß alle diejenigen, die sich informieren wollen, auch eine Chance dazu haben. Im Prinzip gibt es hier sicherlich keine Begrenzung. Eine einzelne Bildungseinrichtung kann sich natürlich nicht an alle Bürger schlechthin wenden. Sie wird immer bestimmte Gruppen zu ihren Adressaten erklären müssen. Wenn Sie nun fragen, ob nicht politische Bildung für den Politiker notwendig wäre, dann würde ich Ihnen zunächst Recht geben. Es ist nämlich merkwürdig, daß man in allen Berufen von der Notwendigkeit der Weiterbildung spricht, nur die Politiker scheinen sich davon auszunehmen, um es ein wenig salopp zu formulieren. Allerdings möchte ich gleichzeitig hinzufügen, daß es sich um ein Wechselverhältnis handeln muß. Denn der Politiker hat uns natürlich aus seiner Praxis heraus Dinge mitzuteilen, die man in einer theoretisch orientierten politischen Bildung nicht lernen kann. Das sollte sich politische Bildung, in notwendiger Bescheidenheit, immer wieder klarmachen. Das Ideal wäre hier natürlich, ein ständig korrespondierendes Verhältnis. Politiker sollten in der Praxis nicht ertrinken, sondern sich gelegentlich auch die Muße nehmen, um frei vom alltäglichen Entscheidungsdruck dem zuzuhören, was die Theorie zu bieten hat. Und die politische Bildung sollte auch mehr von der praktischen Politik lernen.

Weber:

Eine Gruppe von Bürgern, an die wir bei unseren Bemühungen in Sachen politischer Bildung denken, sind ja die Lehrer, die *Sozialkundelehrer* insbesondere. Sie mögen manches von dem, was eben gesagt wurde, für immer noch recht unverbindlich halten, sind sie doch unmittelbar mit den Fragen ihrer Schüler über die Friedensproblematik konfrontiert. Der Lehrer muß Stellung nehmen, wenn er gefragt wird, wie er die Friedensbewegung einschätzt, wie er das Konzept „Frieden durch Abschreckung“ beurteilt und die Folge davon, nämlich Anhäufung von gewaltigen Zerstörungspotentialen in Ost und West, begründet. Unterstellen wir ruhig, daß auch der Lehrer Zweifel hat, ob alle diese Ausgaben für Rüstungsgüter etc. sinnvoll sind, ob sie dem Ziel, den Frieden sicherer zu machen, dienen.

Oder — um ein anderes Beispiel zu nennen — es gibt für ihn gar keine Diskussion darüber, daß der Wehrdienst zur Friedenssicherung notwendig ist, und er hat keinerlei Verständnis dafür, daß ein Teil der Jugendlichen sich dieser Aufgabe nicht unterwerfen will. Wie sollte ein Sozialkundelehrer mit solchen Fragen in seiner Schulstube umgehen?

Hättich:

Wenn ein solcher Lehrer gar kein Verständnis für andere Positionen und Überzeugungen hat, dann scheint er mir seiner pädagogischen Aufgabe nicht zu entsprechen. Ob der Lehrer nun ein Anhänger der NATO-Sicherheitspolitik oder ein Anhänger der „Friedensbewegung“ ist, er kann das und soll das seinen Schülern sagen. Aber als Pädagoge muß er in der Lage sein, dann auch die Argumente der anderen Seite mitzuteilen. Wenn er das nicht kann oder es nicht über sich bringt, dann ist er für die Aufgabe der politischen Bildung nicht tauglich. Sicherlich ist das recht schwierig. Der Lehrer darf aber eben nicht nur die Argumente mitteilen, die ihm persönlich gefallen. Im übrigen meine ich, daß der Lehrer in einer solch komplizierten und niemals emotionsfreien Frage durchaus auch seine Unsicherheit, seine Zweifel den Schülern mitteilen sollte. Niemand kann nämlich mit Sicherheit behaupten, er wisse, welches der einzig richtige Weg zur Sicherung des Friedens ist. Infolgedessen kann auch niemand redlicherweise behaupten, der andere Weg führe mit absoluter Sicherheit ins Unglück. Und ich meine, es gehört mit zur politischen Bildung, daß man lernt, mit solchen Ungewißheiten zu leben.

Weber:

Wir sind uns ja sicher einig darüber, daß der Lehrer einen möglichst großen pädagogischen Freiraum braucht, um die angesprochenen Probleme mit seinen Schülern behandeln zu können. Nun ist der Sozialkundelehrer gleichzeitig aber auch weisungsgebundener Staatsbeamter, der sich auch daran zu orientieren hat, was die *Schulbehörde* von ihm verlangt. Vielleicht dürfen wir auch einmal Ratschläge an diese Stellen formulieren. Denn ich habe doch den Eindruck, daß der Staat in Gestalt seiner zuständigen Verwaltung — hier also dem Kultusministerium bzw. den nachgeordneten Schulbehörden — dazu neigt, relativ schnell auf neu auftauchende politisch-gesellschaftliche Probleme mit Weisungen zu reagieren, die deren Behandlung im Unterricht betreffen. Die Schule soll also im Schnellverfahren Klarheit in die Köpfe der Jugendlichen bringen. Welche Ratschläge könnte man in diesem Zusammenhang den betreffenden Stellen unterbreiten?

Hättich:

Ich halte es für durchaus richtig, daß die Schulbehörden auch auf die aktuellen Dinge, die eine Gesellschaft bewegen, reagieren, also gegenwärtig sagen, das Thema Friedenspolitik soll verstärkt im Sozialkundeunterricht der Schulen behandelt werden. Das halte ich für viel richtiger als zu sagen, das ist zwar ein wichtiges Thema und Problem unserer Gesellschaft, es taucht aber in unseren Lehrplänen nur am Rande auf und ist nur dort zu behandeln und sonst nicht.

Das wäre recht unelastisch und doch eigentlich auch politik- und wirklichkeitsfremd. Natürlich wird dabei mitunter auch ein bißchen kurzschlüssig gedacht. In dem Sinne, daß jemand glaubt, man könne diese Sache mit ein paar Anweisungen „erledigen“. Und ich gebe auch zu, daß solche Initiativen nicht völlig neutral sein werden. Immerhin leben wir in einem Staat, in dem die politischen Kräfte — legitimiert durch eine überwältigende Mehrheit — in der Frage der Friedenspolitik eine Position einnehmen, die sich nur teilweise mit dem deckt, was alles unter „Friedensbewegung“ läuft. Und so besteht natürlich zu Recht die Hoffnung seitens des Staates, durch die Behandlung dieses Themas in der Schule die Schüler gegen extremistische Positionen zu immunisieren.

Und im Sinne politischer Bildung halte ich das auch nicht für falsch, weil nämlich extreme Positionen selten geeignet sind, eine sachliche Erörterung dieser Fragen in der Gesellschaft zu fördern. Allerdings sollte der Lehrer gelegentlich auch ein wenig in seinem Freiraum geschützt werden vor allzu kurzschlüssigen Zumutungen derart, daß er mit einem schnell gefertigten Papier diese grundlegenden Probleme in kurzer Zeit zu bewältigen habe. Im Grunde genommen weiß natürlich jede Schulbehörde, daß so etwas mit Rezepturen nicht zu erledigen ist. Sobald aber diese Aufforderungen in die Verwaltungssprache eingehen, klingen sie eben rezepturenhaft. Aber es gehört natürlich auch zur politischen Bildung, daß der Bürger — und in diesem Fall der Lehrer — dies auch weiß und das selbst zu relativieren versteht.

Weber:

Bleiben wir noch einen Augenblick bei diesem Thema. Die wenigen Untersuchungen, die uns vorliegen, zeigen recht deutlich, daß sich vor allem Jugendliche in Sachen Frieden engagieren und ihr Engagement demonstrativ zum Ausdruck bringen. Und wenn man sich unsere Vergangenheit ansieht, so ist dies sicherlich gar keine schlechte Sache; immerhin gab es ja schon Zeiten, wo deutsche Jugendliche voller Begeisterung für den Krieg auf die Straßen zogen. Dennoch glaube ich schon, daß die Gefahr besteht, daß gerade Jugendliche in ihrem idealistischen Impuls für den Frieden Rattenfängern auf den Leim gehen können. Ihre ehrliche Überzeugung kann sehr leicht politisch instrumentalisiert werden und zwar von solchen Kräften, die ganz andere Ziele verfolgen. Was kann der *Sozialkundeunterricht* tun, um dies zu verhindern?

Hättich:

Dies ist nun wieder die Kernfrage der politischen Bildung. Durch Aufbau von Rationalität, von Wissen und Einsichten und durch die Förderung der Fähigkeit, Argumente gegeneinander abzuwägen und nicht nur einem blind anheim zu fallen, die Adressaten der politischen Bildung — in diesem Falle die Schüler — gegen Verführbarkeit zu immunisieren. Es ist zweifellos richtig — und man sollte sich von Zeit zu Zeit auch einmal an seine eigene Jugend erinnern —, daß die Parolen bei Jugendlichen schnell und besser ankommen, die zunächst einmal die größere

Moralität zu haben scheinen. Und da gibt es ja einmal eine einigende Basis, ein Konsens, was auch in diesem berühmten Gespräch zwischen den Generationen zu wenig betont wird: Wir sind ja nicht mehr in dem Denkstadium, in dem der Krieg als ein normales Mittel der Politik betrachtet wird. Es besteht ja ein Konsens darüber, daß der Krieg etwas Verwerfliches ist und daß er allenfalls noch eine Rolle spielen kann im Kalkül der Güterabwägung, aber nicht mehr als eine mögliche Weise, um sich durchzusetzen.

Von dieser gemeinsamen Basis könnte man ausgehen. Nun kann man aber seine moralischen Prinzipien auf Dauer nicht mit einer weltfremden Rigorosität durchsetzen. Das hat ja wohl schon jeder einmal in seinem Leben erfahren. Im Gegenteil, man macht sie unwirksam, wenn man sie in dieser absoluten Rigorosität läßt. Das haben wir im privaten und im gesellschaftlichen Leben gelernt, und im politischen Leben muß das jeder lernen. Es ist ein schmaler Grat, auf dem der Lehrer sich bewegt, wenn er dieses schwierige Problem bewältigen will. Er darf den moralischen Impuls seiner Schüler nicht zerstören oder durch eine Art zynischen Realismus diskriminieren. Auf der anderen Seite muß er dieses moralische Gewissen mit Informationen füttern und bei seinen Schülern um Aufgeschlossenheit dafür werben. Gewissen ist eben nicht etwas, das man unter die Maxime stellen kann: Mir ist es egal, was passiert, ich möchte eine reine Gesinnung haben. So können die Menschen nicht miteinander leben. Der moralische Impuls soll also bestehen bleiben — Friede als sittliche Verpflichtung —, gleichzeitig muß jedoch die Einsicht vermittelt werden, daß wir ständig in einem Konflikt von Werten leben.

Weber:

Diese schwere Aufgabe des Lehrers, im Gespräch mit seinen Schülern Verständnis für die wohl unaufhebbare Spannung zwischen dem moralischen Impuls und seiner Realisierungschancen in der politisch-sozialen Wirklichkeit zu wecken, gilt natürlich nicht nur für das Friedenthema, sondern stellt sich bei allen existenziellen Fragen, in denen keine Einigkeit unter den Bürgern vorausgesetzt werden kann. An diesem Punkt möchte ich zum Schluß unseres Gespräches gerne noch einmal auf die eingangs erwähnte politische Kultur zurückkommen. Mir scheint, daß bei solchen existenziellen Fragen in Teilen der Bevölkerung — vielleicht sind es nur besonders aktive und wortmächtige Gruppen — die Neigung zunimmt, das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung als das legitime Entscheidungsverfahren in Frage zu stellen. Es hängt sicher damit zusammen, daß bei solchen Fragen — die Ökologie gehört auch dazu — in der Politik mit *Wahrheitsbehauptungen* agiert wird. Und Wahrheit ist ja nicht kompromißfähig. Meine Frage wäre also, ob die Friedensproblematik und der Umgang mit diesem Thema ein Indiz dafür ist, daß das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung — nicht weil die Mehrheit immer Recht oder gar die Wahrheit gepachtet hätte, sondern weil es keine für den einzelnen Bürger tolerierbaren Alternativen gibt — an Überzeugungskraft verliert.

Hättich:

Das ist eine These, mit der wir uns in nächster Zeit sehr intensiv auseinandersetzen müssen. Dies wird ja inzwischen auch von dem einen oder anderen theoretisch begründet, die Legitimität der Mehrheitsentscheidung in diesen Zusammenhängen wird bezweifelt. Das ist nur möglich unter der Voraussetzung eines absoluten Wahrheitsanspruchs. Man weiß demnach, welches die richtige Entscheidung ist. Infolgedessen ist die Frage, ob es eine Mehrheit oder Minderheit ist, die zu dieser Entscheidung drängt, nicht mehr relevant. Begleitet ist dies dann von der Kategorie der Betroffenheit. Man sagt, nicht die Mehrheit hat zu entscheiden sondern die Betroffenen.

Der auch häufig zu hörende Hinweis, es gehe bei solchen Fragen um die zukünftigen Generationen, während die Politiker gerne in Zeiträumen einer Legislaturperiode denken, ist natürlich auch widersprüchlich. Denn diese künftigen Generationen können ja ohnedies aus ihren Betroffenheiten nicht mitentscheiden. Es bleibt dann doch letzten Endes bei einem absoluten Wahrheitsanspruch, indem man sagt, wir übernehmen die Verantwortung, auch für diese künftigen Generationen zu entscheiden, weil wir als Minderheit wissen, was richtig ist. Wenn man sich die Geschichte der Menschheit ansieht, dann müßte man hier wohl bescheidener werden.

Ich wage nicht zu prognostizieren, was die übernächste Generation über unsere Politik sagen wird, was sie als positive und als negative Folgen dieser Politik empfinden wird. So etwas aber zu behaupten, halte ich für eine ziemlich große Anmaßung. Und zwar deshalb, weil der Mensch hier keine Sicherheit hat. Natürlich, solange ich auf der Ebene der Wertentscheidung bleibe, komme ich zu völlig richtigen Aussagen. So ist es eine völlig richtige Aussage, daß alles getan werden muß, damit es zu keinem Krieg kommt. Ich halte es für völlig richtig zu sagen, daß alles getan werden muß, damit die ökologische Umwelt des Menschen nicht zusammenbricht und sein Leben unmöglich macht. Das sind aber noch Wertaussagen, keine politischen Zielaussagen. Die sagen ja noch nicht, *wie* dies geschehen soll und wie dieser eine Wert mit anderen Werten in Konflikt steht oder kombiniert werden soll. Die Richtigkeit von politischen Entscheidungen zeigt sich häufig erst aus der Sicht künftiger Generationen im Rückblick. Keiner von uns kann heute behaupten, daß er mit seiner Entscheidung oder seinen Überzeugungen vor der übernächsten Generation makellos dasteht. Das gilt für alle natürlich.

Weber:

So wichtig das Friedensthema und seine Behandlung in der Schule ist, so muß doch immer mitbedacht werden, daß auch dann die demokratischen Entscheidungsverfahren nicht in Zweifel gezogen und für obsolet erklärt werden dürfen, wenn jemand zutiefst von der existenziellen Bedeutung dieses Streitfalles überzeugt ist. Und wenn sich dennoch jemand für die Korrektur des Mehrheitsverfahrens ausspricht — das ja im übrigen durch den grundrechtlich verbürgten Minderheitenschutz tolerierbar gemacht ist, der Minderheiten eine faire

Chance zur Artikulation ihrer Belange einräumt —, dann muß er auch die Folgen bzw. die Alternativen mitdenken, die eine solche Forderung beinhaltet. Und die Alternativen scheinen mir dann eher Bürgerkrieg, das Recht des Stärkeren, staatlich manipulierte Verfahren der Meinungsbildung oder plebiszitäre Pseudolegitimation zu sein und nicht die Gewißheit sachlich besserer Entscheidungen.

Hättich:

Also, wenn es richtig wäre, daß eine Minderheit sich gegenüber einer Mehrheit unter dem Hinweis auf ihre Kenntnis der absoluten Wahrheit durchsetzen soll, dann sehe ich eigentlich den Weg nicht mehr weit zu der These, daß auch ein einzelner die absolute Wahrheit wissen kann. Diese Konsequenz muß man gelegentlich einmal durchdenken.

Weber:

Unser Gespräch sollte nur hinführen zu dem nachstehenden Beitrag, der sich mit den Grundzügen unserer gegenwärtigen Sicherheitspolitik, den kritischen Positionen gegenüber dieser Politik und mit einigen Aspekten der „Friedensbewegung“ befaßt. Wie soll der Leser mit diesem Text umgehen?

Hättich:

Diese Schrift erscheint ja in unserer Reihe zur Lehrerbildung und ist daher in erster Linie für den Sozialkundelehrer gedacht. Der Beitrag trägt eine Menge Materialien und Informationen zusammen und stellt Positionen und Konzepte einander gegenüber. Die Schrift ist gedacht als eine Hilfe für den Lehrer, um sich selber ein wenig mehr zu informieren, zumindest in Teilen, denn auch hier kann nicht der Gesamtkomplex, um den es geht, dargestellt werden. Sie soll dem Lehrer helfen, sich selber etwas sicherer zu machen, um im Unterricht an den Stellen, wo dieses Thema angesprochen wird, besser argumentieren und die Dinge darstellen zu können. Das ist sicherlich nicht ganz leicht: Man muß sich in bestimmte Konzeptionen und Faktenzusammenhänge einarbeiten. Aber auf diese Weise kann er sich doch für dieses Thema einiges Hintergrundwissen verschaffen.

Weber:

Also eine Argumentationshilfe, kein Rezeptbuch.

Einleitung: Zum Stand der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion

Die in den letzten zwei Jahren stark angestiegene Zahl von Veröffentlichungen zur aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Diskussion, insbesondere zum heftig umstrittenen NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, erweckt den Eindruck, als sei die öffentliche Debatte vornehmlich von einer sachlichen und differenzierten Darlegung und Erörterung der kontroversen Positionen gekennzeichnet. Eine Zwischenbilanz der mehr als zweijährigen, teilweise lautstark geführten Auseinandersetzung begegnet dieser Vermutung eher mit Skepsis.

Zweifellos kann und soll nicht bestritten werden, daß es in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren keine derart breite, nahezu alle Teile der Bevölkerung umfassende und die veröffentlichte Meinung miteinbeziehende Diskussion über die grundlegenden Fragestellungen westlicher Friedens- und Sicherheitspolitik mehr gegeben hat. Die dadurch „erzwungene“ stärkere Enttabuisierung und Öffnung der offiziellen Sicherheitspolitik scheint zu einer wesentlich größeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber existentiellen Themen wie Frieden, Rüstung und Sicherheit geführt zu haben. Wurden bisher Fragen nach Inhalt, Sinn und praktischen Auswirkungen einer Verteidigung mit militärischen Mitteln, vor allem mit Atomwaffen, von der offiziellen Sicherheitspolitik und ihren Bürokratien häufig abgeblockt und von der breiten Öffentlichkeit entweder kaum zur Kenntnis genommen oder aber weitgehend verdrängt, so wirkt das vom Einzelnen persönlich empfundene Informationsdefizit auf diesem Gebiet nun in wachsendem Umfang als Antriebsmoment für eine intensivere Beschäftigung mit dieser Thematik. Darin allein schon liegt ein eindeutig positiv zu bewertender Effekt, veranlaßt er doch die politisch und militärisch Verantwortlichen, anhand von differenzierten, überzeugenden und annehmbaren Sachargumenten mehr als bisher eine breit angelegte Diskussion zu führen.

Der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer, auf den sich fast alle Teile der „Friedensbewegung“ berufen, hat mit seiner sicherlich nicht neuen Erkenntnis Recht, daß eine verstärkte Debatte nicht nur Meinungen festige, sondern auch verändere. Es mag auch zutreffen, daß sich der Prozentsatz der Bevölkerung, der den wesentlichen Inhalt des Brüsseler NATO-Beschlusses korrekt wiedergeben kann (von Mitte Mai bis Anfang Juni 1981) von 6 % auf 12 % verdoppelt hat, was noch immer erstaunlich wenig ist und auf eine erhebliche Aufklärungs- und Informationslücke schließen läßt. Insgesamt jedoch läßt sich mit ausreichendem Datenmaterial fast aller großen deutschen Meinungsforschungsinstitute (EMNID, Allensbach, INFAS) belegen, daß sich über Jahre hinweg bis heute erstaunlich stabile und standfeste Erwartungen einer großen Mehrheit der Bevölkerung in eine überzeugende Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit im westlichen Bündnis diagnostizieren lassen. Die vorliegenden Meinungsumfragen zeigen übereinstimmend *keinerlei* Indizien für eine „Pazifisten- und Neutralistenschwemme“ in der Bundesrepublik Deutschland. Auch ein häufig behaupteter und unterstellter „Anti-

Amerikanismus“ läßt sich als durchgängiges Strukturelement der öffentlichen (nicht veröffentlichten) Meinung nicht ausmachen.

Allerdings deuten die Umfrageergebnisse auf ein anderes Phänomen: Die Stimmung in einem großen Teil der Medien und der meinungsbildenden Elite und die Stimmung der Bevölkerung fallen auseinander, was allein schon gegen die These von einer meinungsverändernden Funktion der laufenden sicherheitspolitischen Diskussion spricht. Gerade diese Debatte wird vor allem seitens der Kritiker in der Regel von wenigen „Multiplikatoren“ und publizistischen Wortführern, die sich ihrer Öffentlichkeits- und Medienwirkung wohl bewußt sind, gleichsam „monopolisiert“ und kanalisiert. Damit ist ein typisches Wesensmerkmal der gegenwärtigen Diskussion angeschnitten:

Auf möglichst vielen Veranstaltungspodien zu sprechen, in möglichst vielen Hörfunk- und Fernsehkanälen präsent zu sein und möglichst umfangreiche Arbeiten zum Thema vorzulegen, ist sicherlich *nicht* identisch mit der Fähigkeit, die eigene Position an den Argumenten der Gegenseite zu messen und Maßstäbe, mit denen man den Andersdenkenden mißt, auch an sich selbst anzulegen. An dieser Fähigkeit scheint es zahlreichen Diskussionsteilnehmern auf beiden Seiten zu mangeln.

Seit geraumer Zeit sind nahezu alle denkbaren inhaltlichen Argumente für und wider den Doppelbeschluß dargelegt und ausgetauscht, neue Gesichtspunkte tauchen nicht mehr auf. Die öffentliche Diskussion ist weitgehend von vereinheitlichten Argumentationsmustern und Wiederholungen längst bekannter Positionen gekennzeichnet, die den Eindruck zu erwecken scheinen, als würde die eigene Beweisführung durch ständige Wiederholung richtiger und vor allem überzeugender.

Trotz offensichtlicher Fehler und Ungenauigkeiten werden eigene „Analysen“ mehrfach fortgeschrieben und in immer neuem publizistischem Gewand verbreitet, werden problematische Untersuchungsergebnisse anderer Arbeiten unkritisch übernommen und kommentarlos referiert. Beläßt es etwa die Bundesregierung in einer offiziellen Broschüre zum Thema „Bündnis — Verteidigung — Rüstungskontrolle“ vom Mai 1981 bei dem pauschalen Hinweis, daß die von den Kritikern zum NATO-Kräftevergleich „vorgebrachten Argumente ... nicht stichhaltig“ seien (ohne sich allerdings konkret mit ihnen auseinanderzusetzen), so werden bei zahlreichen „kritischen“ Darstellungen die auf dem Tisch liegenden Gegenargumente einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß etliche, auf erhebliche Resonanz in der Öffentlichkeit stoßende Kritiker aber auch Befürworter des „Nachrüstungsbeschlusses“ über weite Strecken eine „autistische“, d. h. auf sich selbst bezogene, kontaktunfähige Diskussion führen, in der die Gegenauffassung nur noch „Störfaktor“ ist. Die Bereitschaft vieler Experten und Gegenexperten, auf die Argumentation der anderen Seite überhaupt einzugehen und sie sachlich zu würdigen, kommt scheinbar einem Abrücken von der als einzig richtig erkannten „Wahrheit“ gleich. Dabei handelt es sich um ein Themenfeld, auf dem es *keine* endgültigen Wahrheiten und letzten Gewißheiten gibt. Niemand weiß, wie ein Atomkrieg aussehen wird, keine Atombombe und Interkontinentalrakete ist je unter den Bedingungen eines Kernwaffenkrieges erprobt worden.

Der in einem solchen Selbstverständnis zum Ausdruck kommende und für sich stillschweigend reklamierte Ausschließlichkeits- und Unfehlbarkeitsanspruch durchzieht viele Äußerungen und Veröffentlichungen von Befürwortern und Kritikern der gegenwärtigen Sicherheitspolitik. Unvoreingenommene Beobachter der Diskussion — falls es sie noch geben sollte — mögen ab und zu den Eindruck gewinnen, daß in der Auseinandersetzung um den besten Weg zur Friedenssicherung häufig eher „missioniert“ und spekuliert als sachlich argumentiert wird!

Eine weitgehende Verabsolutierung und Abschottung der eigenen Auffassung gegen jegliche Kritik von außen und ein ausgeprägtes, auf der einen Seite moralisch, auf der anderen Seite technokratisch motiviertes starres Festhalten an den eigenen Überzeugungen haben eine wechselseitige Intoleranzbarriere entstehen lassen, die nur noch mit Mühe zu überwinden ist.

Angesichts einer derartigen ersten Bestandsaufnahme kann es zunächst nur darum gehen, durch eine möglichst breitgefächerte Information und Aufklärung zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen und damit einen, wenn auch nur kleinen, Beitrag zur Versachlichung der Auseinandersetzung zu leisten. Dieser Absicht fühlt sich die vorgelegte Argumentationshilfe verpflichtet. Nicht *in erster Linie* fachwissenschaftliche Präzision, Vollständigkeit und Ausgewogenheit, sondern die Vermittlung einer sachlichen Diskussionsgrundlage sind die Kriterien, an denen sich die folgende Darstellung orientiert.

1. Frieden und Sicherheit heute

1. 1 Voraussetzungen und Grundelemente

Ausgangspunkt jeder ernsthaften Diskussion über jene friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen, die seit Ende der siebziger Jahre verstärkt ins öffentliche Bewußtsein gerückt sind, muß die Erkenntnis sein, daß weder moralisch motivierte Friedenssehnsucht ohne Problemkenntnis, noch die üblichen Rechtfertigungsformeln für die praktizierte Sicherheitspolitik die erforderlichen Einsichten in die wirkliche vielschichtige Problematik vermitteln. In einer derart schwierigen und umfassenden Sache wie der Friedenssicherung und Verteidigung mit militärischen oder nichtmilitärischen Mitteln gibt es keine einfachen Lösungen — schon deshalb nicht, weil sich die Auffassungen von Staaten, Gruppen oder einzelnen Bürgern über Frieden und Sicherheit meist nicht zur Deckung bringen lassen. Ost und West haben aufgrund ihrer kontroversen politischen und ideologischen Interessenlagen, ihrer historischen Erfahrungen sowie ihrer geostrategischen Lage unterschiedliche, ja teilweise einander ausschließende Vorstellungen, wie sich Sicherheit und Frieden erreichen lassen. Dem menschlichen Grundbedürfnis nach bzw. der durchaus konkreten Wunschvorstellung einer „Welt ohne Waffen“ steht zunächst der zweifellos problematische aber sicherlich nicht zu bestreitende Grundtatbestand gegenüber, daß im politischen Alltag *keine* Einigkeit über Mittel, Wege und Ziele von Friedens- und Sicherheitspolitik besteht.

Aber schon innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft allein ist die Definition, was denn nun konkret „Frieden“ bedeute, umstritten. Während die einen Frieden zunächst lediglich mit der Abwesenheit von Krieg und umfassender physischer Gewaltanwendung gleichsetzen, definieren andere (vornehmlich „kritische Friedensforscher“) „Frieden“ als ein darüber hinausreichendes positives Prozeßmuster, das sich durch die Abwesenheit von „struktureller Gewalt“ (d. h. Gewalt, die bestimmten Herrschaftsverhältnissen innewohnt, wie etwa soziale Ungerechtigkeit, mangelnde Chancengleichheit, politische und ökonomische Unterdrückung, Hunger und Elend) auszeichnet.

Auch „Sicherheit“ ist nicht nur ein häufig gebrauchtes Schlagwort in der öffentlichen Diskussion, sondern einer der bedeutendsten Symbolwerte unserer politischen Kultur, vergleichbar den Begriffen „Frieden“, „Gerechtigkeit“ und „Fortschritt“. Es weist sowohl einen rechtfertigenden Aspekt auf — beispielsweise die Absicherung von staatlichen Interessen im Innern und nach außen — als auch eine Bedeutung im Sinne von Schutz (vor Gefahr), Gewißheit und Verlässlichkeit.

Unbestreitbar und für jeden fast täglich erfahrbar, hat „Sicherheit“ in den letzten Jahren eine erweiterte Dimension gewonnen, die man mit „wirtschaftlicher“ und „ökologischer“ Sicherheit umschreiben kann. Die Tatsache, daß heute die Verknappung der (Energie-)Rohstoffe, die Bevölkerungsexplosion und die weltweit feststellbaren Inflations- und Verschuldungstendenzen Unsicherheit und Instabilität hervorrufen, erscheint ebenso einleuchtend wie die Bedrohung der Sicherheit von

Milliarden Menschen (nicht nur in den Entwicklungsländern) durch Umwelteinflüsse. Dazu zählen vielfältige Schädigungen des natürlichen Lebensraumes und der Atmosphäre, Klimaveränderungen oder die zunehmende Verknappung und Verschlechterung des Trinkwassers. In ihrem auch in deutscher Übersetzung vorliegenden umfangreichen Bericht „Global 2000“ an den US-Präsidenten haben amerikanische Ökologen die Prognose aufgestellt, daß spätestens im Jahre 2000 für die Erde die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei.

Vor dem Hintergrund dieser nur angedeuteten Ausgangssituation lassen sich einige wesentliche Grunderkenntnisse, Kernelemente und Rahmenbedingungen praktischer Friedens- und Sicherheitspolitik in der Welt von heute formulieren, die gleichzeitig den Rahmen für die weiteren Ausführungen abstecken sollen.

a) Sicherheit ist angesichts des weltweit angehäuften (und rational kaum mehr nachvollziehbaren) Bestandes von mehr als 50 000 Atomwaffen, die sich vor allem in den Arsenalen der Großmächte befinden, nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch *miteinander* erreichbar. Die eigene Sicherheit kann nicht mehr — wie noch im 18. und 19. Jahrhundert — durch die Schwächung des Gegners erhöht werden. Mehr Rüstung bringt nicht zwangsläufig mehr Sicherheit, eher das Gegenteil. Absolute Sicherheit für einen Staat bedeutet absolute Unsicherheit für die anderen sich durch das totale Sicherheitsstreben massiv bedroht fühlenden Staaten. Im Atomzeitalter ist der Krieg *nicht* mehr die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln. Die Wahrscheinlichkeit, einen Atomkrieg zu überleben, ist für jeden Akteur der internationalen Politik denkbar gering. Der Einsatz von Kernwaffen würde nach aller Voraussicht zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen.

b) Die Herstellung von *gemeinsamer*, verlässlicher (d. h. kalkulierbarer) Sicherheit kann nur mit Hilfe von Verhandlungen und Vereinbarungen bewerkstelligt werden. Die einzige realistische und politisch umsetzbare Möglichkeit, die Rüstungsdynamik einzudämmen und zu begrenzen, liegt in der Fortführung von Rüstungskontrollgesprächen zwischen den Supermächten.

Rüstungskontrolle (arms control) hat im wesentlichen drei Zielsetzungen: Steuerung und Eingrenzung des Rüstungswettlaufs, Stabilität, d. h. wechselseitige Kalkulierbarkeit in Krisensituationen und Nichtweitergabe bzw. Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Gerade weil das Ziel der praktischen Kriegsverhütung *nicht* bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben werden kann, an dem eine vollständige weltweite Abrüstung möglich scheint, stellt Rüstungskontrolle eine Übergangsstrategie dar, welche die Kriegsgefahr verringern soll. Sie trägt dem Umstand Rechnung, daß Rüstung und militärische Gewalt auf unabsehbare Zeit Teil unserer politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit bleiben werden.

c) Es gibt, wie bereits erwähnt, in unserer politisch und ideologisch zerstrittenen Welt keine allgemein gültige „objektive Definition von Sicherheit“:

Jeder Staat definiert *seine* Sicherheit *subjektiv*, d. h. aus seiner eigenen politischen Interessenlage, seiner individuellen historischen Erfahrung, seiner geographischen Lage und aufgrund seiner ideologischen Ausrichtung. Dabei wird häufig das für ein sicherheitspolitisches Ost/West-Einvernehmen *wesentliche* Erfordernis außer acht gelassen, bei der Formulierung eigener Sicherheitsbedürfnisse zugleich die

Sicherheit der anderen Seite mitzudenken und dessen Sicherheitsverständnis ernst zu nehmen (gerade auch dann, wenn es der eigenen Position entgegensteht). Der von Regierungen und politischen Entscheidungsträgern in Ost und West häufig getroffenen Feststellung, daß die jeweils andere Seite mehr rüste, als sie für ihre eigene Verteidigung eigentlich benötige, kommt deshalb kaum überzeugende Beweiskraft zu; sie verschleiert eher die zugrundeliegenden Ursachen von Aufrüstung, weil die Auffassung des Gegenspielers nicht ins eigene Blickfeld rückt. Das aus westlicher Sicht übersteigerte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion läßt sich zweifellos *auch* oder gerade mit ihren subjektiven historischen Erfahrungen, vor allem im 20. Jahrhundert, erklären (Zweiter Weltkrieg, Einkreisungsbefürchtungen). Für Moskau ist Sicherheit vorwiegend eine *politische* Sache; sowjetische Autoren sprechen von Sicherheit als der „Freiheit von der Furcht vor Aggression“, was gleichbedeutend ist mit von der Außenwelt unangefochtener sowjetischer Macht- und Interessendurchsetzung. (Aufschlußreich ist, daß politische und militärische sowjetische Entscheidungsträger in offiziellen Erklärungen seit dem 24. Parteitag der KPdSU im April 1971 das Verlangen nach *strategischer Überlegenheit* nicht mehr erwähnt und ab Januar 1977 diesen Verzicht auch ausdrücklich erklärt haben. Offenbar ging es der sowjetischen Führung vor allem darum, den „Mythos von der sowjetischen Bedrohung“ im Westen als solchen herauszustellen und damit westlichen Rüstungsanstrengungen den Rechtfertigungsgrund zu entziehen.)

d) Rüstung, auch wenn sie nichtmilitärisch (z. B. ökonomisch) oder ausschließlich defensiv motiviert ist, wird vom möglichen Gegner fast immer als Bedrohung wahrgenommen. Geplante, in der Entwicklung befindliche oder bereits eingeführte Waffentechnologien führen beinahe zwangsläufig zu einer Neubelebung von wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen. Verstärkt werden diese noch durch die völlig gegensätzlichen Verteidigungskonzeptionen von NATO und Warschauer Pakt. Die Abschreckung der einen Seite ist immer auch die Bedrohung der anderen. Dieses Wechselverhältnis von Furcht und Drohung, Gegenfurcht und Gegendrohung stellt ein wichtiges Wesensmerkmal des Rüstungswettlaufes dar. Nicht wenige Friedens- und Strategieforscher sehen in einem (einseitigen) Aufbrechen dieses verhängnisvollen psychologischen Kreislaufs eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung einer friedlicheren Welt.

e) Rüstung ist lediglich die *Folge*, gewissermaßen der Reflex, kaum aber die entscheidende Ursache des herrschenden zwischengesellschaftlichen Unfriedens, der — wie es von der „kritischen Friedensforschung“ genannt wurde — „organisierter Friedlosigkeit“.

Mit anderen Worten: Die angesammelten Vernichtungswaffen sind Ausdruck machtpolitischer und weltanschaulicher Konflikte innerhalb und zwischen einzelnen Gesellschaften sowie im internationalen System. Deshalb kommt den mit Rüstung verbundenen politischen und geistig-offensiven Absichten, Feindbildern und subjektiven Bedrohungsgefühlen für eine mögliche Kriegsgefahr größere Bedeutung zu als der Quantität und Qualität der Waffenarsenale. Eine Verminderung von Rüstung muß darum keineswegs automatisch eine Verringerung der Kriegsgefahr bedeuten.

f) Für eine erfolgreiche Kriegsverhütung von ausschlaggebender Bedeutung ist die Wirkung einer Kriegsverhütungskonzeption — sei es mit Verzicht auf eigene Verteidigungsanstrengungen oder aber mit bekundeter Verteidigungsbereitschaft — in der subjektiven Vorstellung des angenommenen Gegners. Das pazifistische Verhalten eines Staates, d. h. eine Verhaltensweise, die *jeden* Krieg (auch einen Verteidigungskrieg) aus religiösen oder ethischen Gründen ablehnt, *kann* von einem potentiellen Feindstaat durchaus als „Zweckpazifismus“, als willkommenes Mittel für eigene Zwecke und Interessen, betrachtet werden, das denkbare eigene militärische Aktionen risikofrei machen könnte und deshalb unweigerlich den Frieden gefährden würde.

Auch alternative Kriegsverhütungskonzepte, insbesondere solche, die eine Verteidigung ohne Waffen zum Ziel haben, müssen sich stets aufs Neue die Frage stellen, ob etwa eine „soziale Verteidigung“, d. h. ein gewaltfreier, passiver Widerstand durch Abschreckung mit nichtmilitärischen Mitteln einen gewaltsamen Konfliktausbruch wirksam verhindern kann.

Gegner und Befürworter militärischer Verteidigung haben immer wieder neu zu begründen, *wie* sie die gesellschaftlichen Grund- und Leitwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bewahren wollen, d. h. welches (militärische oder nicht-militärische) Konzept der Kriegsverhütung unter den gegebenen Umständen das Beste ist. Beide grundsätzlichen Möglichkeiten der Friedenssicherung bilden jedoch *keine* Garantie, einem militärischen Konflikt zu entgehen.

g) Trotz der auf unabsehbare Zeit fortdauernden machtpolitischen und ideologischen Gegnerschaft zwischen den USA und der UdSSR und ihres sich daraus ergebenden völlig unterschiedlichen Selbst- und Entspannungsverständnisses lassen sich zumindest zwei grundlegende gemeinsame Interessen beider weltpolitischen Gegenspieler ausfindig machen:

Einmal der Wille zum Überleben; zweitens das gemeinsame Interesse, den vorläufig nicht einvernehmlich lösbaren Ost/West-Konflikt unter Kontrolle zu halten, d. h. ein „kontrolliertes Mißtrauensverhältnis“ herzustellen in der Absicht, eine wirkungsvolle Konfliktverhütung und Konfliktregulierung zu gewährleisten. Rüstungskontrollverhandlungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer solchen Strategie, weil sie vermutlich die einzige realistische Möglichkeit darstellen, die unaufhaltsame Rüstungsdynamik einzudämmen und umzukehren.

1. 2 Die Militärstrategien von NATO und Warschauer Pakt

Eine der zentralen Ursachen des andauernden Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West liegt wie bereits angedeutet in den unvereinbaren, gegensätzlichen und ungleichmäßigen Verteidigungskonzeptionen und Strategien von NATO und Warschauer Pakt, die vom jeweils anderen Militärbündnis als Bedrohung empfunden werden. Beide militärischen Handlungsgrundsätze bedingen sich und regen sich wechselseitig an. Was für die eine Seite — etwa die westliche Allianz — Abschreckung von einem gegnerischen Angriff mit angemessenen militärischen

Mitteln (einschließlich Atomwaffen) ist, wird von der Gegenseite — der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern — als massive Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit empfunden und umgekehrt: Der unbestreitbare Offensivcharakter der 58 Divisionen der Warschauer Vertragsorganisation in Zentraleuropa stabilisiert und fördert im Westen die dortigen Bedrohungsvorstellungen, obwohl die auf Angriff ausgerichtete Struktur der östlichen Verbände nicht zwangsläufig auf Angriffsabsichten schließen läßt. Die wechselseitige Unterstellung der für das eigene Sicherheitsbedürfnis jeweils bedrohlichsten Absichten des angenommenen Gegners, die ständige Annahme des jeweils „schlimmsten Falls“ („worst case“-Denken) und die systematische Vorbereitung auf ihn charakterisieren die so aufeinander bezogenen Verteidigungskonzeptionen in Ost und West. Mehr noch: Sie machen auch deutlich, daß beide Militärstrategien auf teilweise fragwürdigen und wenig rationalen Grundannahmen beruhen, sowohl was ihre Wahrscheinlichkeit als auch was das zugrundegelegte Kriegsbild, das „Szenario“, betrifft. Die Gefangenheit des Denkens und Handelns im Abschreckungssystem, die fast ausschließliche Fixierung auf die eigenen sicherheitspolitischen Vorstellungen sowie die Unfähigkeit, die politisch-psychologischen Wirkungen des eigenen Handelns auf die andere Seite vorzusehen, kennzeichnen beide Kriegsverhütungskonzepte.

1. 2. 1 Die Militärstrategie der NATO: Flexible Antwort („flexible response“)

Das heute 16 Mitglieder umfassende westliche Verteidigungsbündnis hat sich 1967 nach langen internen Diskussionen auf die Strategie der „flexiblen Antwort“ (flexible response) geeinigt, die sich als Kriegsverhütung durch *Abschreckung* umschreiben läßt.

Für einen möglichen Gegner muß das Risiko (eines Angriffs) unkalkulierbar sein, d. h. denkbare Erfolge dürfen in keinem annehmbaren Verhältnis zu seinen Verlusten und Schäden stehen. Anders ausgedrückt: Das Risiko für einen angenommenen Aggressor muß so weit heraufgesetzt werden, daß sich ein Angriff für ihn nicht lohnt; er darf nicht wissen, wann, unter welchen Umständen und mit welchen Abwehrmitteln der Angegriffene reagiert.

Drei Voraussetzungen sind hierfür notwendig:

- Ein *lückenloser Verbund* der Abschreckungsmittel (d. h. der konventionellen, taktisch-nuklearen und strategisch-nuklearen Waffen),
- Glaubwürdigkeit auf allen drei Ebenen (nur benutzbare und unverwundbare Waffen schrecken ab),
- *kein* Ausschluß eines Kernwaffeneinsatzes, auch bei konventionellem, d. h. nicht-atomarem Angriff (in diesem Bereich war und ist der Warschauer Pakt der NATO deutlich überlegen).

Das westliche Verteidigungsbündnis sieht für den Konfliktfall drei Reaktionsarten vor:

- Die Direktverteidigung auf der Stufe, die der Angreifer gewählt hat,

- die „vorbedachte Eskalation“, d. h. der ausgewählte, stufenweise gesteigerte Einsatz von Kernwaffen, um Erfolgschancen und Risiken für den Angreifer als nicht mehr angemessen darzustellen,
- die allgemeine Reaktion gegen das strategische Potential des Gegners, d. h. gegen dessen militärische Leistungsfähigkeit insgesamt.

Die Strategie der „flexiblen Antwort“ ist so angelegt, daß sie *nach* einem Versagen der Abschreckung drei wesentliche Zielsetzungen ermöglichen soll:

- Die politische Kontrolle und Begrenzung der militärischen Operationen nach Ausbruch der Feindseligkeiten,
- die Eindämmung unkontrollierter Eskalation (d. h. stufenweiser Steigerung) des Mitteleinsatzes,
- die Veranlassung des Gegners zum Abbruch der Kampfhandlungen auf möglichst niedriger Ebene der Gewaltanwendung und Zerstörung.

Für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich aus diesem Konzept konkret die Notwendigkeit der *Vorneverteidigung*, d. h. der grenznahen zusammenhängenden Verteidigung ihres Territoriums mit dem Ziel, möglichst wenig Gebiet zu verlieren und Schäden weitgehend zu begrenzen.

Für unser Land hat diese Verteidigungsart keine Alternative: 30 % der westdeutschen Bevölkerung und 25 % seines Industriepotentials sind in einem nur 100 km breiten Streifen entlang der innerdeutschen Grenze angesiedelt (70 % der wirtschaftlichen Anlagen und Verbindungslinien innerhalb eines 200 km breiten Gebietes). Ein in der Tiefe elastisch geführter Abwehrkampf, der auch Raumverluste einkalkulieren könnte, scheidet aufgrund dieser geographischen Gegebenheiten aus.

Die Unwägbarkeiten der „Vorneverteidigung“ für die Bundesrepublik liegen klar auf der Hand und sind ernstzunehmen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde jeder Einsatz taktischer, d. h. für ein begrenztes Gefechtsfeld bestimmter Kernwaffen die Bundesrepublik Deutschland als lebensfähigen Industriestaat zerstören. Auch bei einer ausschließlich konventionellen, d. h. nicht-nuklearen Kriegführung wären beim heutigen Stand der Waffentechnik Ausmaß und Grad der Zerstörungen unübersehbar. Eine vom Starnberger Friedensforscher Carl-Friedrich von Weizsäcker und einer Arbeitsgruppe 1971 vorgelegte umfangreiche Studie über „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ hat mit wissenschaftlicher Genauigkeit gezeigt, daß die Bundesrepublik weder mit konventionellen noch mit nuklearen Waffen zu verteidigen ist. Ob es angesichts dieser Ausgangssituation und der dort skizzierten durchaus realistischen Schadenserwartung für unser Land überhaupt eine sinnvolle und zugleich wirksame militärische Verteidigungsmöglichkeit geben kann, erscheint zweifelhaft. Auch eine Verringerung der Abhängigkeit von der Androhung des Einsatzes von Atomwaffen durch die Schaffung und Bereitstellung von mehr nicht-nuklearen Mitteln wäre nicht imstande, diese grundsätzliche Zwangslage zu beheben.

An diesem Punkt der Diskussion taucht die Frage nach praktikablen alternativen Verteidigungsstrategien auf, die in Teil 3 näher erläutert werden sollen.

1. 2. 2 Die Militärdoktrin des Warschauer Paktes

Auch die Staaten der sechs Jahre nach der NATO im Mai 1955 gegründeten Warschauer Vertragsorganisation haben sich für ein Kriegsverhütungskonzept durch Abschreckung entschieden, obwohl von „Abschreckung“ selbst *nie* die Rede ist, sondern fast immer nur von *Verteidigung* (russisch: oborona). Im Verteidigungsfall, d. h. *nach* einem erfolgten Angriff, soll der militärische Konflikt mit überlegenen konventionellen und nuklearen Streitkräften ins Territorium des Gegners hineingetragen (*Vorwärtsverteidigung*) und möglichst rasch (durch Maximierung von Kampfkraft, Motorisierung, Panzerung und Geschwindigkeit) zum eigenen Vorteil beendet werden. Zur „Zügelung“ gegnerischer Aggressivität gilt die Bereitstellung von weitreichenden Kriegführungskapazitäten als bestes Mittel. Für die Sowjetunion stehen aktuelle *Kriegsverhütung* und mögliche *Kriegführung* gleichwertig nebeneinander. Ihre umfassenden Rüstungs- und Vorbereitungsmaßnahmen dokumentieren klar den Willen und die Entschlossenheit, den Gegner im Kriegsfall nicht nur zu „bestrafen“, sondern ihn mit auf allen Ebenen überlegenen militärischen Fähigkeiten bis zum Endsieg niederringen zu können. In der Vorbereitung auf *jede* mögliche Kriegseventualität erblicken die politischen und militärischen Entscheidungsträger im Kreml die beste Abschreckung.

Für die Sowjetunion und ihre sechs osteuropäischen Bündnispartner stellt die (Gegen-)Offensive die Grundlage eigener Operationen dar. Entscheidend für das östliche Militärbündnis ist es, nicht (wie in der Vergangenheit) überrascht zu werden, sondern von Anfang an die Initiative zu haben. Seine 58 Divisionen in Zentraleuropa verfügen deshalb über eine hohe Einsatzbereitschaft (Kategorie I: 75—100 % der Personalstärke bei voller Ausrüstung) für umfassende Anfangsoperationen und sind eindeutig auf Angriff ausgerichtet (Offensivcharakter). Dieser unbestreitbare Tatbestand läßt jedoch *nicht zwangsläufig* auf Angriffsabsichten schließen, zumal die Offensive im Sinne einer „Vorwärtsverteidigung“ auch historisch als anerkanntes Verteidigungskonzept galt. Es versteht sich von selbst — und hier werden die Verschiedenartigkeit der Militärstrategien beider Allianzen und ihre unterschiedlichen Grundsätze besonders deutlich —, daß die Offensivdoktrin des Warschauer Paktes andere Streitkräftestrukturen, Materialausstattung und Truppenstärken verlangt als das Defensivprinzip der NATO.

Für die Offensivstrategie des östlichen Bündnisses lassen sich drei einleuchtende Gründe ins Feld führen:

Einmal die historische Erfahrung der UdSSR, insbesondere im Zweiten Weltkrieg, den die Sowjetunion nur überlebt hat, weil die Rote Armee zur Gegenoffensive in der Lage war. Die offensive Ausrichtung ihrer Truppen sichert der UdSSR ein hohes Maß an Abschreckung und vermittelt ihr die (relative) Sicherheit, nicht erneut auf eigenem Boden kämpfen zu müssen.

Zweitens muß die schwierige geostrategische Situation der Sowjetunion, ihre mißliche Zweifrontenlage (im Westen die NATO-Staaten, im Osten die Volksrepublik China) sie im Ernstfall veranlassen, zumindest an einer möglichen Front die militärische Entscheidung durch schnelle und umfassende Angriffsoperationen zu suchen.

Drittens schließlich würde die Austragung einer militärischen Auseinandersetzung auf ihrem bündnispolitischen Vorfeld die sowjetische machtpolitische Kontrolle ihres dortigen Einflußgebietes gefährden. Nur die „Vorwärtsverteidigung“ bietet für die kleineren Bündnispartner Moskaus ein Höchstmaß an „erweiterter Abschreckung“.

Nach offiziellen und offiziösen Aussagen der auch im Westen bekannten sowjetischen Militärtheoretiker und Strategen (Gretschko, Sokolowski, Sidorenko, Ogarkow) bereitet sich die UdSSR auf *alle* Erscheinungsformen eines Krieges vor und kalkuliert einen kombinierten Truppeneinsatz ein. Ein Atomkrieg — Kernwaffen sind im sowjetischen strategischen Denken die stärksten kriegsentscheidenden Mittel — kann nach geltender Auffassung von dem gewonnen werden, der sich am gründlichsten auf ihn vorbereitet (bestmögliche Luftabwehr, Ausbau des Zivilschutzsystems etc.). Dies schließt eine Vorbereitung auf eine Kriegführung „unter Masseneinsatz von Kernwaffen“ beider Seiten ein. Die Gefahr eines Kernwaffenkrieges wird in Moskau ernstgenommen, deshalb soll mit allen Mitteln der aktiven und passiven Abwehr die *Überlebensfähigkeit* gewährleistet werden. Falls „die Imperialisten“ aber einen Krieg vom Zaune brächen, sei es möglich, ihn auszufechten und zu gewinnen. (Allerdings treten in der Sowjetunion dann andere Auffassungen in den Vordergrund, wenn die *reale* Möglichkeit eines Nuklearkrieges zur Diskussion steht: Die *Verhinderung* einer solchen Katastrophe fast um *jeden* Preis genießt im sowjetischen Schrifttum hohe Priorität!)

Die sowjetischen Aussagen zur Frage der Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges klingen widersprüchlich:

Einerseits werden ausnahmslos alle westlichen Vorstellungen begrenzter nuklearer Kriegführung abgelehnt, andererseits läßt sich die sowjetische Forderung belegen, sich auf *unterschiedliche* Formen begrenzter Kriegführung mit Kernwaffen vorzubereiten. Außerdem hat sich die Sowjetunion aufgrund einer systematischen Verbesserung der Voraussetzungen für Möglichkeiten begrenzter nuklearer Kriegführung eine erhebliche nukleare Flexibilität verschafft.

1. 2. 3 Dilemmata der Friedenssicherung durch Abschreckung mit militärischen Mitteln

Es spricht vieles für die Vermutung, daß die gegenseitige nukleare Abschreckung das Risiko eines Krieges verringert hat, aufgehoben hat sie es nicht. Die Annahme, die Strategie der Abschreckung habe in den letzten drei Jahrzehnten den Krieg verhütet, ist ebensowenig beweisbar wie die Behauptung, wechselseitige Abschreckung führe unausweichlich zu Rüstungswettläufen und schließlich mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Kriegsausbruch. Statistisch erhöht sich langfristig die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges, weil Kriegsverhütung mit militärischen Mitteln den Ausbruch eines Konflikts nur hinauszögert, während sich der Rüstungswettlauf auch qualitativ beschleunigt. Deshalb scheint es auf lange Sicht eigentlich nur die Wahl zwischen einer Überwindung der Abschreckung und der Gewißheit eines Nuklearkrieges zu geben.

Die Risiken und Unsicherheiten der Abschreckungspolitik sind vor allem in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion in den Vordergrund gerückt. Die entscheidende Frage lautete, ob das Ziel einer Verteidigung durch Abschreckung, die Sicherung des Überlebens unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung nur um den Preis des hohen Vernichtungsrisikos für das eigene Land und seine Bevölkerung zu erreichen ist, wenn die Abschreckung versagen sollte. Mit anderen Worten: Stellt einerseits die Androhung der Vernichtung dessen, was geschützt werden soll, und andererseits die Ausführung dieser Drohung nur um den Preis der Selbstvernichtung eine angemessene und überzeugende Kriegsverhütungskonzeption dar? Ist die Vermutung bzw. Erfahrung, daß die wechselseitige Abschreckung bisher tatsächlich funktioniert hat, auch in die Zukunft verlängerbar? Ist das widersinnige Denksystem der Abschreckung angesichts seiner zunehmend auftretenden Widersprüchlichkeit und Irrationalität überhaupt noch glaubhaft zu vermitteln? Beide Seiten unterstellen in ihren Militärstrategien den beim heutigen Stand der Nuklearrüstung jeweils äußerst unwahrscheinlichen Fall eines rational kalkulierten militärischen Angriffs sowie die zweifelhafte Möglichkeit, einen ausgebrochenen Konflikt zu den eigenen Bedingungen führen und beenden, d. h. letztlich gewinnen zu können. Ist auf die immer drängendere Frage, wieviele Waffen für eine wirksame Abschreckung genug sind, wirklich eine klare Antwort zu geben?

Neben dem aufgezeigten „Verteidigungsdilemma“ und seinem unberechenbaren Zerstörungsrisiko weist Abschreckungspolitik eine Reihe weiterer ins Gewicht fallender Unsicherheiten und Gefahren auf: Abschreckung mit militärischen Mitteln verlangt Apparate und Institutionen für die Planung, Produktion und Verwendung von Waffen, d. h. einen rüstungstechnischen und militärisch-bürokratischen Unterbau, der eigene Interessen an der Rüstung und folglich entsprechende Rechtfertigungsmuster entwickelt und sich verselbständigen kann (Entstehung eines „militärisch-industriellen Komplexes“ mit eigenen Sonderinteressen); die Frage der Zuverlässigkeit der Waffen und des Personals (durchschnittlich alle drei Monate gibt es nach Angaben von Friedensforschern einen Unfall mit Kernwaffen; ferner müssen in jedem Jahr 3 % der Personen, die Zugang zu bzw. Verantwortung für Atomwaffen haben, aus disziplinarischen Gründen ausgewechselt werden); die Gefahr der Weitergabe von Kernwaffen, die das rein rechnerische Risiko ihres tatsächlichen Einsatzes erhöht und schließlich ein häufig unterschätztes Risiko, das die politischen und militärischen Entscheidungsträger selbst betrifft: Die Stabilität der Abschreckung beruht im wesentlichen auf der Annahme von rationalem Verhalten der Führungspersönlichkeiten, das in Krisensituationen nicht einschränkungslos unterstellt werden könne. Streß, Zeitdruck, Entscheidungszwänge, Bedrohungsgefühle und Fehlinterpretationen vermindern die Fähigkeit der Akteure zu überlegtem Handeln.

Auch auf psychologischer Ebene birgt Abschreckungspolitik, die auf eine ständige geistige Vorwegnahme des Kriegsgeschehens hinausläuft, erhebliche und folgenreiche Gefahren. Zahlreiche Friedensforscher haben wiederholt den Finger auf die verbreitete „organisierte Verharmlosung“ der Waffen und der Risiken von Rüstung sowie auf die gemeinschaftliche Verdrängung der ständigen gegenseitigen

Vernichtungsdrohung und die systematische Gewöhnung an sie gelegt, welche die „Friedensfähigkeit“ einer Gesellschaft erheblich beeinträchtigten: Der Frieden, so der ehemalige Bundespräsident Heinemann in seiner Antrittsrede vor dem Bundestag im Juli 1969, sei der „Ernstfall“, nicht der (vorbereitete) Krieg.

Der wechselseitige Bedrohungscharakter der skizzierten Militärdoktrinen von NATO und Warschauer Pakt ist eindeutig nachweisbar und ergibt sich im wesentlichen aus den dargelegten Wesenselementen der beiden gegensätzlichen Strategien: Inhalt und Logik der militärischen Planungen beider Bündnisse setzen Sachzwänge für waffentechnische Aufstockungen und Neuerungen, denen sich kein Allianzmitglied entziehen kann und die wechselseitig als Bedrohung empfunden werden. Die durch verbesserte Waffen angestrebte größere Glaubwürdigkeit der Abschreckung einer Seite löst auf der anderen neue Furchtvorstellungen aus und umgekehrt. Hinzu kommt ein weiterer wesentlicher Punkt: NATO und Warschauer Vertragsorganisation schrecken nicht nur durch Bereitstellung angemessener militärischer Mittel ab, sondern auch durch *Kriegsführungsfähigkeit*, d. h. durch die glaubwürdige Fähigkeit zur Führung eines (auch nuklearen) Konfliktes. Die Einheit von Abschreckung (durch das Vorhandensein von Waffen) *und* Kriegsführungsfähigkeit läßt sich besonders anschaulich in Mitteleuropa zeigen, wo beide Militärbündnisse den Einsatz von Kernwaffen nach militärischen Kriterien planen. Für die USA und die UdSSR bedeuten die modernisierten nuklearen Mittelstreckensysteme in und für Europa der jeweils anderen Seite den Einstieg in eine völlig neue Bedrohungsqualität, während die neuen eigenen Waffen in der Regel lediglich als „Routinemodernisierungen“ qualifiziert werden. Beide Seiten unterstellen einander, mit diesen Systemen, vor allem durch ihre verbesserte Zielgenauigkeit und ihre (relative) Unverwundbarkeit, neue „verfeinerte“ Kriegführungsmöglichkeiten gewonnen zu haben bzw. zu gewinnen. Die Behauptung, ein Kernwaffeneinsatz werde dadurch „wahrscheinlicher“, ist allerdings bloße Spekulation, zumal diese Waffensysteme durchaus auch zu einer Stabilisierung der Abschreckung beitragen können, weil sie die „Siegchance“ des möglichen Gegners aufgrund des unberechenbaren Risikos drastisch reduzieren.

Die Militärstrategien von NATO und Warschauer Pakt stehen zueinander in einer Art untrennbarer Wechselbeziehung: Die Sowjetunion schreckt die aus ihrer Sicht nicht auszuschließende Möglichkeit, daß sich die westliche Konzeption der „flexible response“ — verstanden als Einschüchterungsstrategie — gegen das östliche Bündnis richten könnte, mit der Drohung ihrer Offensivfähigkeit ab. Den Offensivcharakter der Warschauer Pakt-Verbände wiederum schreckt die NATO mit der „flexiblen Antwort“ ab. Beide Allianzen schrecken also einen Angriff des jeweils Anderen mit einem für die eigene Sicherheit als unverzichtbar empfundenen Potential ab, das gleichzeitig die Unsicherheit der anderen Seite verstärkt und deren subjektive Bedrohungsvorstellungen ständig wachhält. Dieser verhängnisvolle und scheinbar ausweglose Kreislauf belebt den Rüstungswettlauf und fördert zwangsläufig die Rüstungsdynamik.

Festzuhalten ist, daß die eher defensive „flexible Erwiderng“ der NATO eine möglichst frühzeitige Beendigung eines einmal ausgebrochenen (Nuklear-)Krieges auf möglichst niedrigem Schadensniveau vorsieht. Eine derartige Zielsetzung weist

die Warschauer Pakt-Doktrin *nicht* auf. Ihre Offensivstrategie und Fähigkeit ist — auch bei möglicherweise defensiven Beweggründen — stabilitätsfeindlich und verschafft der östlichen Supermacht einen erheblichen Vorteil, zumal sie nicht dem Zwang unterliegt, eigene konventionelle „Lücken“ durch den angedrohten Ersteinsatz von Atomwaffen ausgleichen zu müssen. Ein psychologischer Vorteil kommt dazu: Die Regierungen der Mitgliedsländer der Warschauer Vertragsorganisation haben, anders als im Westen, keine innenpolitischen Probleme mit der Rechtfertigung von Modernisierungsmaßnahmen ihrer Atomwaffen. Im östlichen Teil Europas und in der Sowjetunion findet keine mit dem Westen vergleichbare öffentliche Strategiediskussion statt, obwohl sich auch dort unterschiedliche Auffassungen über Möglichkeiten und Grenzen von Abschreckungspolitik erkennen lassen.

1. 3 Der Rüstungswettlauf und seine Ursachen

Ein wahrscheinliches Motiv des Rüstungswettlaufs — die weltweiten Rüstungsausgaben haben die Grenze von jährlich *1000 Milliarden DM* bereits überschritten — ist damit schon angesprochen:

Die wechselseitigen Abschreckungsstrategien, d. h. die wechselseitige Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung bzw. deren „Führbarkeit“, entwickeln eine eigene Dynamik und erhöhen auf lange Sicht — so wird argumentiert — die Kriegswahrscheinlichkeit. Dem läßt sich entgegenhalten, die Anhäufung von Waffen durch einen möglichen Angreifer mache nur dann den Konflikt wahrscheinlicher, wenn dieser aufgrund seines verringerten Risikos mit einem „Sieg“ rechnen könnte. Nichts spricht heute für derartige Erwartungen auf beiden Seiten.

Dennoch geht von dem immer schneller werdenden (qualitativen) Rüstungswettlauf, der unvermeidlich mit zunehmend größeren Unwägbarkeiten verbunden ist, mit hoher Wahrscheinlichkeit langfristig die eigentliche Gefahr für das physische Überleben der Menschheit aus.

Allerdings wird der Stellenwert der Waffen und Rüstungsgüter als Ursache für Unfrieden und Krieg häufig überbewertet. Rüstung ist — wie anfangs festgestellt wurde — lediglich der Überbau des existierenden strukturellen Unfriedens, Ausdruck und Folge von politischen und zwischengesellschaftlichen Konflikten.

Die erwähnte, vorerst unaufhebbare machtpolitische und ideologisch-geistige Auseinandersetzung zwischen Ost und West mit ihren daraus folgenden wechselseitigen Bedrohtheitsvorstellungen, überlieferten und ständig wiederkehrenden Feindbildern und Schwarzweiß-Deutungen ist vermutlich ein noch gewichtigerer Bedingungsfaktor für die bestehende Friedlosigkeit. Zweifellos stellt das durch den fortbestehenden Ost/West-Konflikt angesammelte und sich wechselseitig verstärkende Mißtrauen auf beiden Seiten eine zentrale Ursache des Rüstungswettlaufs dar (die Reaktionen im Westen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan 1979/80 einerseits und die fast spiegelbildlichen Reaktionen Moskaus auf die insbesondere von den USA eingeleiteten Gegenmaßnahmen bis hin zu einer

massiven amerikanischen Aufrüstung andererseits verdeutlichen dies besonders anschaulich. Entscheidend für die subjektive Einschätzung einer Verhaltensweise durch eine Seite ist nicht deren [subjektiver] Beweggrund, sondern deren *Wirkung* auf die wahrnehmende Seite. Anders ausgedrückt: Eine vielleicht vorwiegend defensiv motivierte Aktion von Staat A kann durchaus als offensiv von Staat B wahrgenommen werden).

Aber auch eine Einigung auf weiterreichende „vertrauensbildende Maßnahmen“ vermag höchstwahrscheinlich den Konflikt zwischen Ost und West dann nicht entscheidend zu dämpfen, wenn es um konkurrierende oder unvereinbare (macht-politisch und/oder geostrategische) Interessen geht — etwa um die Gewinnung, Erhaltung und Kontrolle von Einflußbereichen.

Die Friedensforschung ist in den letzten Jahren zunehmend zu der Erkenntnis gelangt, politisch-ideologischen Grundorientierungen als auslösende Elemente für Rüstungswettläufe einen größeren Stellenwert einzuräumen als dem Einfluß wirtschaftlicher Interessen auf rüstungspolitische Entscheidungen. Aufgrund zuverlässiger Beobachtungen ist die Bedeutung der Rüstungsnachfrage in vielen Industrieländern (z. B. in den USA und in der Bundesrepublik) seit geraumer Zeit erheblich gesunken und der relative Anteil der Militärausgaben am Brutto-sozialprodukt zurückgegangen (während die Entwicklungshilfeausgaben übrigens nicht gestiegen sind!).

Grundsätzlich lassen sich zwei große Kategorien von Auslösefaktoren des Rüstungswettlaufs unterscheiden:

Die These vom *außengeleiteten* Wettlauf besagt, daß die wesentlichen Ursachen von Aufrüstungsprozessen nicht in den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Systemen sondern *außerhalb* liegen, d. h. in Reaktionen auf die internationale Lage oder in Verhaltensweisen des angenommenen Gegners zu suchen sind (Aktions-Reaktions-These).

Ein *innengeleiteter* Rüstungswettlauf bezieht alle jene Faktoren mit ein, die im innergesellschaftlichen Bereich zu finden sind, wie z. B. die meist schon vorprogrammierte Eigendynamik der Waffentechnologien (die in der Regel zum „Rüstungswettlauf mit sich selbst“ führt), das Zusammenspiel von rüstungswirtschaftlichen, militärischen und staatlichen Interessengruppen (der sog. „militärisch-industrielle Komplex“), welches die Rüstungsdynamik vorantreibt, oder aber die innenpolitische Absicherung und Durchsetzung von abgeschlossenen Rüstungskontrollabkommen durch die Gewährung von Aufrüstungsprogrammen in anderen Bereichen — gleichsam als „Entschädigung“ der innenpolitischen Kritiker für deren Zustimmung.

Nahezu alle genannten „innen-“ und „außengeleiteten“ Bedingungsfaktoren lassen sich im Rüstungswettlauf zwischen den Weltmächten wiedererkennen. Auch wenn beispielsweise die sowjetische Rüstungsindustrie keine wirtschaftlichen Gewinne für einzelne Interessengruppen abwirft und der Staat bzw. die kommunistische Partei die Militärs und die Rüstungswirtschaft kontrolliert (und nicht umgekehrt), ist die leistungsfähige und mit erheblichen Vorrechten ausgestattete Rüstungsindustrie ein gewichtiges Instrument zur Macht- und Herrschaftssicherung der bürokratischen Apparate und Eliten. Das subjektive Gefühl der Kreml-Füh-

rung, in fast allen nicht-militärischen Bereichen dem Westen unterlegen zu sein, läßt die UdSSR auf das einzige Wettbewerbsfeld, die Rüstung, ausweichen. Hier können die systembedingten politischen und wirtschaftlichen Defizite mit beachtlichen Fortschritten ausgeglichen werden; mehr denn je erscheint die (Auf-)Rüstung als das einzige „Erfolgsereignis“ der Sowjetunion.

Wie bereits dargelegt, machen die schwierige geostrategische Zweifrontenlage, historisch begründete Einkreisungsbefürchtungen sowie die schon angesprochenen gegensätzlichen Militärstrategien und wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen der Sowjetunion deren fortgesetzte und systematisch betriebene Aufrüstung zumindest erklärbar. Entscheidend aber fällt ins Gewicht, daß auch eine vielleicht eher defensive, auf Bewahrung des Erreichten ausgerichtete Motivierung der sowjetischen Rüstungsanstrengungen auf die übrige Welt offensiv und aggressiv *wirkt* und vor allem im Westen als akute Bedrohung wahrgenommen wird, der es zu begegnen gilt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West von einer ganzen Reihe von Bestimmungsfaktoren angetrieben wird, die sowohl „innen-“ als auch „außengeleitet“ sind. Der existentielle, lebensbedrohende Charakter und die gefährlichen Folgen der kaum mehr zu zügelnden Rüstungsdynamik waren bis Ende der siebziger Jahre erstaunlicherweise in kaum einem Land ein großes innenpolitisches Thema, geschweige denn wurden sie öffentlich debattiert.

2. Der „NATO-Doppelbeschuß“ vom 12. Dezember 1979 im Widerstreit der Argumente

Die auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12. Dezember 1979 in Brüssel getroffene Entscheidung, die westlichen Nuklearkräfte, d. h. Mittelstreckenwaffen in und für Europa mit großen (über 1000 km) Reichweiten (die LRTNF = Long Range Theatre Nuclear Forces) durch die Bereitstellung von 572 amerikanischen bodengestützten Systemen (464 „Marschflugkörper“ — englisch: Cruise Missiles — und 108 Pershing II-Raketen mit folgender räumlicher Verteilung: Alle 108 Pershing II in der Bundesrepublik, ebenso 96 Marschflugkörper; 160 in Großbritannien, 112 in Italien, je 48 in Belgien und Holland) zu modernisieren und damit auf das ständig weiterwachsende vergleichbare Potential der Sowjetunion zu reagieren, hat zweifellos eine der größten innenpolitischen Kontroversen in der Geschichte der Bundesrepublik ausgelöst.

Im NATO-Kommuniqué vom 12. Dezember 1979, der einzigen offiziellen schriftlichen Mitteilung und Ausformulierung des sogenannten „Doppelbeschlusses“, wird der UdSSR ferner vorgeschlagen, mit den USA so bald wie möglich Verhandlungen über eine zu vereinbarende Begrenzung der LRTNF auf beiden Seiten zu beginnen. Der Bedarf der NATO an den aufzustellenden atomaren Mittelstreckenwaffen soll „im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden“ — so der letzte Satz der amtlichen Verlautbarung.

Die politischen Entscheidungsträger des westlichen Verteidigungsbündnisses gingen bei ihren Beratungen davon aus, die ersten neuen amerikanischen Systeme könnten nicht vor Ende 1983 (diese Jahreszahl wird allerdings im Kommuniqué nicht genannt) stationiert werden, und bis zu diesem Zeitpunkt bestehe die Möglichkeit, durch ein erstes Verhandlungsergebnis zwischen den Supermächten die westliche „Nachrüstung“ zu beeinflussen. Im günstigsten Fall könnte die Stationierung der geplanten 572 Systeme, deren Gesamtzahl insbesondere aus produktionstechnischen Gründen erst Ende 1988 in Europa verfügbar sein wird, durch ein entsprechendes Verhandlungsergebnis sogar überflüssig gemacht werden (die sog. „Null-Option“). Die intensive öffentliche Debatte über diese quer durch alle Lager umstrittene Entscheidung, die ab und zu das Ausmaß eines „Glaubenskampfes“ anzunehmen drohte, spiegelt sich in drei Grundpositionen wider:

- Stationierung der neuen Waffen um jeden Preis,
- Stationierung erst nach ergebnislosen Verhandlungen,
- Verhinderung der Stationierung um jeden Preis.

Die wichtigsten und häufigsten militärischen und politischen Begründungen und Rechtfertigungen dieses weitreichenden Beschlusses sowie die wesentlichen Argumente der Nachrüstungsgegner sollen in den beiden folgenden Kapiteln zusammenfassend dargestellt und erläutert werden.

2. 1 Politische und militärische Motive und Begründungen der „Nachrüstungsentscheidung“

a) Eine sorgfältige und auf alle wichtigen im Westen verfügbaren Quellen gestützte Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses in seiner zeitlich geordneten Abfolge zeigt deutlich, daß die entscheidenden Phasen der Modernisierung der westlichen und östlichen TNF*) (Theatre Nuclear Forces, deutsch: schauplatzgebundene Kernwaffen, gemeint sind: „Nuklearkräfte in und für Europa“) *nicht* parallel laufen. Die Entscheidungen der Sowjetunion zur Einführung ihrer neuen nuklearen Mittelstreckenrakete „SS-20“ („SS“ steht für „Surface to Surface“, d. h. es handelt sich bei dieser Bezeichnung um „Boden-Boden-Raketen“) mit einer Reichweite von 4500 bis 5000 km sowie des neuen sogenannten „Backfire“-Bombers (Kampfradius 4000 bis 4200 km) ab 1976/77 bzw. 1974/75 liegen *vor* den Beschlüssen der westlichen Allianz zur Entwicklung einer Pershing II-Rakete mit größerer Reichweite und der landgestützten Marschflugkörper (Cruise Missiles). Dieser westliche Entschluß ist *ohne* die vorausgegangene Modernisierung der UdSSR kaum denkbar! Vermutlich hätte ein sowjetischer Produktionsstopp eventuell noch im Laufe des Jahres 1979 den NATO-Doppelbeschuß verhindert. Entgegen anderer chronologischer Herleitungen — die vor allem von Kritikern der Brüsseler Entscheidung ins Feld geführt werden — läßt sich klar belegen, daß etwa bis zur Jahreswende 1977/78 innerhalb der NATO immer *nur* eine Verbesserung der Zielgenauigkeit und der nuklearen Munition des Vorläufertyps „Pershing Ia“ (Reichweite ca. 720 km), *nicht* jedoch eine *Reichweitensteigerung* (mit welcher das Territorium der Sowjetunion erreichbar gewesen wäre) zur Diskussion stand.

Auch das Planungs- und Entwicklungsstadium der *bodengestützten* Marschflugkörper läßt sich relativ genau auf 1977/78 datieren. Daß man dann ab Ende 1977 bei der Auswahl „geeigneter“ Nachrüstungssysteme in den entsprechenden Arbeitsgruppen der NATO auf bereits in der Entwicklung befindliche Technologien zurückgriff, erscheint einleuchtend; ebenso die Tatsache, daß die außerordentliche Verbesserung der sowjetischen Luftabwehrmöglichkeiten auf westlicher Seite mittelfristig mit einem Ersatz bemannter Flugzeuge für nukleare und nicht-nukleare Einsatzaufgaben durch unbemannte Flugkörper ausgeglichen werden sollte.

Dies belegen zahlreiche öffentliche Äußerungen von maßgeblichen Mitgliedern der SPD/FDP-Regierung in Bonn (Schmidt, Apel, Leber, Genscher) ab 1977. Die entscheidenden Anstöße zur „Nachrüstung“ des westlichen Verteidigungsbündnisses kamen *nicht* von den USA, sondern von deutscher Seite. Fast allen Äußerungen gemeinsam war die Forderung (auch der übrigen europäischen NATO-

*) Seit Ende 1981 von den USA umbenannt in „INF“ (Intermediate-range Nuclear Forces), deutsch: Nukleare Mittelstreckensysteme, welche Mittelstreckenflugkörper und Flugzeuge größerer und kürzerer Reichweite (Obergrenze: 5500 km) umfassen, über die in Genf zwischen den Supermächten verhandelt wird (INF-Verhandlungen seit 30. November 1981).

Partner) nach einer Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts bei den atomaren Mittelstreckenwaffen durch die amerikanische Carter-Regierung. Die Gründe hierfür lagen auf der Hand:

Die Europäer hegten zunehmend Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der amerikanischen Beistandsgarantie und zeigten sich in wachsendem Ausmaß besorgt über das unübersehbare Schwinden der amerikanischen Führungs- und Bündnisautorität unter Präsident Jimmy Carter. Hinzu traten Zweifel an der Brauchbarkeit der veralteten TNF-Systeme der NATO. Entscheidend aber war, daß die demonstrative Zurückhaltung Carters gegenüber europäischen Wünschen nach weitreichenden Marschflugkörpern von westeuropäischer Seite als Bereitschaft der USA zur sicherheitspolitischen *Abkoppelung* vom europäischen Schauplatz verstanden und gewertet wurde. Eine ursprüngliche und nach Meinung der Nachrüstungskritiker den Brüsseler Beschluß angeblich auslösende Absicht der USA, das atomare Risiko auf Europa zu verlagern, läßt sich *nicht* feststellen. Erst unter Carters Nachfolger Ronald Reagan verkehren sich die Fronten: Jetzt drängen die USA ihrerseits stärker auf die Nachrüstung, während die Europäer (insbesondere die Bonner Regierung) den Verhandlungsbestandteil des Doppelbeschlusses nachdrücklicher hervorheben.

b) Die Befürworter begründen die westliche Entscheidung militärisch vor allem mit einer Veränderung der Sicherheitslage insgesamt zu Ungunsten der NATO.

Sie verweisen zunächst auf das Vorhandensein einer *doppelten Lücke* im Abschreckungssystem des Westens:

Einmal sei durch die Festschreibung des Gleichgewichts (Parität) auf der übergreifenden strategischen Ebene zwischen den USA und der UdSSR im (allerdings *nicht* von der gesetzgebenden Gewalt in Washington bestätigten) SALT II-Abkommen von 1979 die Lücke im nuklearen Mittelstreckenbereich verstärkt worden. Die ständig zunehmende Zahl der sowjetischen Mittelstreckenwaffen könne wegen des bestehenden nuklear-strategischen Gleichgewichts nicht mehr wie früher durch den Überhang von amerikanischen strategischen Systemen mitabgedeckt werden. Ferner habe die Sowjetunion ab Mitte der siebziger Jahre ein qualitativ neues Mittelstreckenpotential (SS-20, Backfire, SS-21, SS-22, SS-23) gegenüber Westeuropa aufgebaut, obwohl für die UdSSR infolge ihrer gleichgewichtigen strategischen Leistungsfähigkeit eine fortbestehende „Geiselnahme“ Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen *nicht* mehr erforderlich sei. Es sei *kein* Sicherheitsinteresse Moskaus ersichtlich, welches den Aufbau neuer regionaler Systeme rechtfertigen könne. Seit 20 Jahren seien keine amerikanischen Mittelstreckenraketen mehr in Europa stationiert, die sowjetisches Territorium erreichen könnten.

Die zweite „Lücke“ ergebe sich aus der Tatsache, daß der amerikanische Abschreckungsschutz auf interkontinental-strategischer Ebene nicht mehr ausreiche. Seit 1974/75 habe die Sowjetunion mit ihren schweren Langstreckenraketen eine wachsende *Erstschlagsfähigkeit* gegen entsprechende landverbunkerte US-Raketen, die allerdings ein Viertel aller strategischen Gefechtsköpfe tragen, gewonnen (ein Argument, welches allenfalls in der Theorie haltbar ist und sich gleichermaßen umkehren läßt: Auch die USA verfügen mit ihren „leichteren“, aber

wesentlich zielgenaueren Raketen großer Reichweite über eine „Erstschlagsfähigkeit“ gegenüber den sowjetischen Bodenraketen, die 72 % ihres strategischen Gesamtpotentials ausmachen. Die Diskussion über diesen Punkt nimmt allerdings stark theoretisch-abstrakte Züge an, zumal die Verwundbarkeit landgestützter Waffensysteme schon technisch unaufhaltbar ist).

Im Mittelstreckenbereich habe die UdSSR mit der SS-20 und ihrem großen Zielfindungsvermögen eine „Erstschlagsfähigkeit“ gewonnen, etwa für begrenzte Angriffe auf einzelne militärische und die Nachschubwege betreffende Ziele und Gebiete (z. B. die Anlaufhäfen für Truppenverstärkungen aus den USA), ohne daß sofort ein großer Schlag geführt werden müßte. Sie stelle daher ein gezielt einsetzbares politisches Droh- und Druckmittel gegen Westeuropa (*nicht* gegen die USA) dar und trage damit zur „Abkoppelung“ Europas (das über keine eigenen Abschreckungsmittel verfüge) von Amerika bei.

Mit der Landstationierung der neuen westlichen Mittelstreckenwaffen und deren „Sichtbarkeit“ würde sowohl eine Abkoppelung Westeuropas von den USA verhindert (im Konfliktfall würden die amerikanischen Systeme sofort eingesetzt und damit Europa sicherheitspolitisch eng an die USA angekoppelt) als auch die Abschreckung verstärkt: Die Sowjetunion würde eher abgeschreckt, ein Gebiet anzugreifen, auf dem US-Raketen stehen, als wenn diese auf dem Atlantik schwimmen würden. Außerdem scheidet eine — in den NATO-Gremien anfangs diskutierte und dann abgelehnte — Seestationierung vor allem wegen der auftretenden Identifizierungsprobleme (strategische *oder* Mittelstrecken-Seeträger), der geringeren Treffgenauigkeit, der komplizierteren Kommunikationsverhältnisse und der Überwachungsschwierigkeiten (im Rahmen möglicher Rüstungskontrollvereinbarungen) aus (allerdings haben Befürworter einer Seestationierung zu jedem dieser Argumente ihrerseits ein Gegenargument parat). Der gewichtigste Einwand gegen eine Seestützung der neuen Waffen kam jedoch von den skandinavischen Ländern: Die nördlichen NATO-Staaten gaben bereits 1979 klar zu verstehen, daß sie einer Seestationierung die Zustimmung verweigern würden.

Eine Verschlechterung der Sicherheitslage insgesamt für den Westen ergebe sich zudem auch oder gerade im Teilbereich der regionalen Rüstung. Auf diesem Gebiet, welches durch die Konzentrierung der öffentlichen Diskussion auf „SS-20“ und „Backfire“ immer wieder in den Hintergrund trete, habe der Warschauer Pakt seine Überlegenheit ebenfalls systematisch ausgebaut. Mit den „kleineren“ Nachfolgemodellen der SS-20-Rakete, den zwischen 1978 und 1980 in Dienst gestellten SS-21-, SS-22- und SS-23-Flugkörpern (Reichweite: 65—1000 km) und der gesteigerten Offensivfähigkeit der sowjetischen Luftflotte (vor allem verbesserte Möglichkeiten zum Nukleareinsatz) seit die Verwundbarkeit der NATO-Gegenschlagskräfte im Mittelstreckenbereich (TNF) dramatisch erhöht worden (fast die Hälfte des westlichen Potentials ist flugzeuggebunden, d. h. auf Flugplätze angewiesen, die Erstschlagsziele abgeben. Die Wirkung der NATO-Flugzeuge wird durch die immer undurchdringlicher werdende Luftabwehr des Warschauer Paktes „entwertet“). Ferner lagern die westlichen taktischen Atomwaffen — 70 % von ihnen haben nur eine Reichweite bis 170 km — in nur 50 bis 60 Depots und sind deshalb besonders verwundbar).

c) Der militärische Sinn der neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme liegt für die Unterstützer einer NATO-Nachrüstung in der Fähigkeit zur Drohung mit der kontrollierten stufenweisen Steigerung des Einsatzes nuklearer Waffen mit Reichweiten über 1000 km, d. h. in der Bereitstellung von Mitteln für ausgewählte Einsätze (vor allem gegen militärische Ziele) in der Tiefe des Warschauer-Pakt-Gebiets, die für den Gegner erkennbare Begrenzungen einhalten und dessen Angriffsrisiko erhöhen sollen. Deshalb sei die Gesamtzahl der neuen Waffen *bewußt niedrig* gehalten — eine wesentlich höhere Anzahl hätte eine zusätzliche, die Sicherheit der UdSSR massiv bedrohende Möglichkeit bedeutet — und auf große Präzision und Treffgenauigkeit Wert gelegt worden. Marschflugkörper und Pershing II mit Reichweiten von 1800 bis 2500 km seien absichtlich *nicht* als Waffen gegen die bewegliche SS-20-Rakete geplant worden, deren Stellungen außerhalb dieser Reichweiten lägen. Beide neuen westlichen Flugkörper taugten allenfalls für eine sehr begrenzte „Teilentwaffnung“ der Sowjetunion, die schon wegen der gegebenen umgekehrten Möglichkeit einer sowjetischen „Teilentwaffnung“ Westeuropas kaum Sinn habe:

Ohne die Vorbereitung auf eine Stationierung der US-Systeme in Europa ab Ende 1983, d. h. ohne den eigentlichen Nachrüstungsbeschluß, gäbe es für die UdSSR keinen Anlaß, in konkrete Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA überhaupt einzutreten. In der sich damit eröffnenden Möglichkeit, auf beide Verhandlungspartner einzuwirken und dabei die europäischen Interessen einzubringen, liege ein entscheidendes Motiv für die Zustimmung zum Doppelbeschluß.

Der „Fortschritt“ dieser Entscheidung gegenüber früheren Modernisierungsbeschlüssen ergebe sich aus drei wesentlichen Elementen:

- Aus der *frühzeitigen Ankündigung* des Rüstungsvorhabens (geraume Zeit vor der Aufstellung),
- aus der selbstgesetzten zahlenmäßigen *Begrenzung* der Systeme (572),
- aus der Koppelung mit einem Rüstungskontrollangebot *vor* der Stationierung.

Hätte, so argumentieren nicht nur die Befürworter, die Sowjetunion mit ihren Modernisierungsmaßnahmen in den siebziger Jahren ein ähnliches Verfahren gewählt, wäre die politische Entwicklung vermutlich anders verlaufen.

Die Nachrüstungsentscheidung der NATO — soviel läßt sich sagen — ist sicherlich *kein* Beispiel für eine waffentechnologische „Zwangsläufigkeit“, für eine automatische und unaufhörliche Fortschreibung eines einmal begonnenen Rüstungsprogrammes, welches eine kaum mehr zu kontrollierende Eigendynamik entfaltet hat. Die Modernisierung des angesprochenen Kernwaffenpotentials der NATO hätte aus technischer Sicht längst *vor* 1979 erfolgen können: Der erste erfolgreiche Test einer sogenannten „Neutronenwaffe“, d. h. einer 1958 entwickelten und für kürzere Reichweiten vorgesehenen Nuklearwaffe mit „gesteigerter Strahlung“, fand bereits 1963 statt.

2. 2 Die Argumente und Bedenken der „Nachrüstungs“-Gegner

a) Aus der Sicht der Sowjetunion — so wird vor allem von seiten der Nachrüstungskritiker, aber auch von offizieller sowjetischer Seite hervorgehoben — stellt sich die von den europäischen NATO-Partnern als Kernargument für die Nachrüstung ins Feld geführte Gefahr einer sicherheitspolitischen Abkoppelung der USA von Europa aus umgekehrter, subjektiv bedrohlicher Perspektive dar:

Die UdSSR fürchtet bzw. unterstellt mit der Stationierung der neuen amerikanischen Systeme eine größere Risikobereitschaft der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Schauplatz, von dem sich die amerikanische Seite dann fernhalten könnte. Mit bodengestützten Marschflugkörpern und Pershing II-Raketen wären die Amerikaner aus sowjetischem Blickwinkel in der Lage, die UdSSR mit einem *zweifachen (strategischen) Potential* zu bedrohen: Einmal von bis an die Grenzen des östlichen Paktgebietes vorgeschobenen Positionen aus mit sogenannten „vorne stationierten Systemen“ (FBS = Forward Based Systems) und zweitens vom eigenen amerikanischen Territorium aus mit interkontinental-strategischen Waffen. Im Gegensatz zu Äußerungen in vielen westlichen Veröffentlichungen ist die Bezeichnung „FBS“ *kein* eindeutig kommunistischer Kampfbegriff, sondern ein Fachausdruck, der auch in offiziellen westlichen (Regierungs-)Dokumenten verwendet wird. In einer engeren Definition meint er alle amerikanischen Bomber oder Kampfflugzeuge in Europa oder auf Flugzeugträgern, die über eine nukleare Ausrüstung verfügen und Ziele in der Sowjetunion angreifen können. Weiter gefaßt werden darunter alle land- und seegestützten nuklearfähigen Flugzeuge der NATO in Europa verstanden.

Die UdSSR einerseits und die westliche Allianz andererseits interpretieren Stellenwert und Funktion der FBS aus völlig verschiedenen Interessenlagen heraus:

Für die sowjetische Seite bilden die „vorne stationierten Systeme“ der NATO die Speerspitze eines die Sowjetunion einkreisenden amerikanischen Stützpunktnetzes (sowjetische Quellen beziffern deren Zahl auf 386, davon 139 in Westeuropa), welches den USA eine einseitige Kriegführungsmöglichkeit auf der Ebene der Mittelstreckenwaffen eröffnet. Mit den modernisierten westlichen Systemen könne — so die offizielle Auffassung Moskaus — die amerikanische Seite die UdSSR direkt bedrohen, also komme ihnen *strategische* Bedeutung zu. Die SS-20 hingegen sei „nur“ in der Lage, die US-Verbündeten in Europa, nicht jedoch die USA selbst zu bedrohen; deshalb handle es sich bei diesem System eindeutig um *keine* strategische Waffe.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die sowjetische Position und Argumentation gegenüber den FBS der NATO ist die Tatsache, daß die UdSSR den Westeuropäern ausdrücklich das Recht auf ein regionales nukleares Gleichgewicht (durch die „vorne stationierten Systeme“) zur Atommacht der Sowjetunion *bestreitet* und den während der SALT-Verhandlungen zwischen beiden Supermächten vereinbarten Grundsatz der „gleichen Sicherheit“ *nur* auf das zweiseitige Verhältnis USA—UdSSR anwendet.

Für die NATO hingegen, vor allem aber für die europäischen Bündnispartner der USA ist Sicherheit ohne amerikanische FBS undenkbar. Die Westeuropäer

sehen in diesen Systemen (ebenso wie in den in Mitteleuropa stationierten amerikanischen Landstreitkräften) einen Teil jenes Mechanismus, der die USA mit der Verteidigung Europas *verkoppelt*. Deshalb spielen die FBS für die westeuropäischen Bündnispartner eine besonders bedeutsame *politische* Rolle, gleichsam als ein Symbol für das amerikanische Engagement zur Verteidigung Europas. Aus dieser Überlegung heraus kamen beide Supermächte während der ersten SALT-Phase (im Mai 1971) überein, die FBS-Problematik zunächst aus dem Verhandlungsprozeß auszuklammern. Aus westlicher Sicht stellt die dargelegte sowjetische Haltung die NATO als einheitliche Sicherheitsgemeinschaft in Frage, denn im Gegensatz zum geschlossenen Landgebiet des Warschauer Paktes ist das westliche Bündnisterritorium über zwei durch den Atlantik getrennte Kontinente verteilt (die Grenze zwischen den Bündnissen verläuft nicht mitten im Atlantischen Ozean, sondern in der Mitte Europas, sozusagen „vor der Haustüre“ der Sowjetunion). Wirkungsvoller Schutz und Abschreckung sind für die NATO nur möglich, wenn sich die Allianzpartner insgesamt *als Einheit* betrachten. Für die NATO hat folglich eine Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen die *gleiche* Bedeutung wie eine Bedrohung der USA durch Langstreckenraketen Moskaus (Prinzip der „unteilbaren Sicherheit“).

Ein Blick auf sowjetische Äußerungen und Verhaltensweisen zeigt, daß die sowjetische Diplomatie in *beiden* Kategorien denkt und kalkuliert:

Je nach ihrer Interessenlage wägt die UdSSR einmal Supermacht gegen Supermacht gegeneinander ab (wie in den SALT I- und II-Verträgen von 1972 und 1979), bei anderer Gelegenheit (so bei den seit Ende November 1981 in Genf stattfindenden Verhandlungen zwischen Washington und Moskau über eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen) Bündnis gegen Bündnis. Bei letzterer Zählweise, die beiden Seiten Vorteile bringt, müßten beispielsweise Waffensysteme mitgezählt werden, die das Gebiet von Mitgliedern des jeweils anderen Bündnisses erreichen können — auf sowjetischer Seite etwa der „Backfire“-Bomber mit einer Einsatzreichweite von ca. 4200 km; auf westlicher Seite müßten dann Systeme einbezogen werden, die *nicht* die UdSSR erreichen können, wohl aber die kleineren Warschauer Pakt-Staaten und eine Reichweite von unter 1000 km haben (z. B. die Pershing I a-Rakete, von der 72 Stück mit einer Reichweite von 720 km auf deutschem Territorium stehen).

b) Der vielleicht gewichtigste Einwand aus europäischer Sicht gegen die geplante NATO-Nachrüstung wird nicht nur von maßgeblichen Teilen der „Friedensbewegung“, sondern auch von Vertretern der „kritischen Friedensforschung“ vorgebracht. Dieses Argument geht allerdings *ausschließlich* von der Voraussetzung aus, daß die Abschreckung versagt hat und ein Konflikt bereits ausgebrochen ist:

Die landgestützten nuklearen Mittelstreckensysteme wie unbemannte Marschflugkörper und Pershing II, die erstmals von deutschem Boden aus mit äußerst geringen Vorwarnzeiten (Pershing II ca. 10—15 Minuten Flugzeit, Cruise Missiles ca. 2 Stunden) und einer extrem verbesserten Zielgenauigkeit (die geschätzte Zielabweichung beider Systeme liegt bei ca. 20—40 m; zum Vergleich: SS-20 ca. 300 m) wichtige Ziele in weiten Teilen der europäischen Sowjetunion erreichen können, taugten wegen dieser Fähigkeiten nur zu einem „ersten Schlag“. Aus

diesem Grunde müßte die UdSSR diese Waffen in einem unkontrollierbar werdenden Krisenfall (also noch *vor* Ausbruch der eigentlichen militärischen Auseinandersetzung) möglichst schnell ausschalten, zumal sie davon ausgehen müsse, daß die USA diese Systeme nur durch ihren „rechtzeitigen“ Einsatz vor der Zerstörung durch sowjetische Raketen schützen könnten. Daher paßten solche Waffensysteme eher in ein *instabiles* Kriegführungskonzept als in eine stabile Abschreckungskonzeption. Wesentlich „krisenstabiler“ sei dagegen das sowjetische SS-20-Potential, das eine hohe Mobilität aufweise und außerhalb des Wirkungsbereiches der neuen US-Raketen liege.

Verstärkt würde diese Tendenz zu einem einen NATO-Angriff mit diesen Waffen „vorwegnehmenden“ (präemptiven) oder „vorbeugenden“ (präventiven) sowjetischen Entwaffnungsschlag noch durch die leichte Verwundbarkeit der amerikanischen Systeme: Die Pershing II soll nach westlichen Planungen in denselben Stützpunkten wie die Pershing I stationiert werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit längst auf der Zielliste der sowjetischen Trägerwaffen stehen. Bei den bodengestützten Cruise Missiles sind vier Marschflugkörper auf einen Transporter bzw. auf ein Abschußgerät montiert, d. h. sie bilden für einen Angreifer jeweils nur ein Ziel.

Darüber hinaus bedeuteten die ab Ende 1983 für Europa vorgesehenen beiden US-Systeme aus sowjetischer Sicht den Einstieg in eine neue, massiv zu Gunsten des Westens ins Gewicht fallende Qualität von Bedrohungspotential, in dessen Zielgebiet erstmalig auch sowjetische Langstreckenraketen-Felder (z. B. in der Südukraine sowie nordwestlich und südlich von Moskau) lägen (dieses Argument gilt aber *auch* in umgekehrter Richtung: Bei einer Stationierung von SS-20-Raketen im äußersten Nordosten der Sowjetunion, etwa auf der überwiegend dünn besiedelten ostsibirischen Tschuktschen-Halbinsel, lägen nicht nur Kanada und die dortigen Frühwarnstationen der NATO, sondern auch die im Nordwesten der USA gelegenen Langstreckenraketen-Felder und Flugplätze der strategischen Luftwaffe in den Bundesstaaten Montana, North und South Dakota, Washington und Kalifornien im Zielbereich der sowjetischen Mittelstreckenraketen).

Vor allem in der neuen Technologie der unbemannten Marschflugkörper — die in Bodennähe annähernd mit Schallgeschwindigkeit fliegen und ihre Flugbahn automatisch korrigieren können — verfügten die USA über einen Vorsprung von mindestens fünf Jahren. Allein dieses Waffensystem belebe den militärischen Minderwertigkeitskomplex der UdSSR aufs Neue und zwingen sie förmlich, diese neue schwerwiegende Bedrohung ihrer Sicherheitsinteressen mit fast allen Mitteln auszuschalten. Die damit zwangsläufig verbundene weitere Erhöhung des nuklearen Bedrohungspotentials in Europa verursache beinahe automatisch weitere krisenträchtige Konflikte. Deshalb liege die Verweigerung der Nachrüstung gerade im europäischen Interesse.

(Die These, eine Stationierung der geplanten bodengestützten amerikanischen Mittelstreckenwaffen zöge gleichsam sowjetische Entwaffnungsschläge an — vergleichbar einem Verteidiger, der in einem „Glashaus“ sitzend den gegnerischen Steinwurf herausfordert — und sich deshalb schon die Kriegswahrscheinlichkeit

erhöhe, wird von zahlreichen Befürwortern einer Stationierung nachdrücklich bestritten und als unlogisch qualifiziert, weil eine mögliche Erhöhung der Abschreckungswirkung durch diese Waffen von Anfang an ausgeschlossen werde. Um die begrenzt beweglichen 572 US-Systeme vorbeugend oder zuvorkommend auszuschalten, müßte die Sowjetunion erstens mindestens ebensoviele eigene Systeme einsetzen. Aber auch dann habe sie *nicht* die Gewähr, *alle* Flugkörper wirklich funktionsunfähig gemacht zu haben. Zweitens käme ein solcher massenweiser Angriff auf die westeuropäischen NATO-Länder einem strategischen Angriff der Sowjetunion auf das gesamte westliche Bündnis gleich und würde unweigerlich in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg münden, der nicht im sowjetischen Interesse liege. Deshalb sei ein „vorwegnehmender“ sowjetischer Schlag mit *keinem* der beiden denkbaren politischen Kriegsziele Moskaus — Ausdehnung der politischen Kontrolle und/oder Schwächung der amerikanischen Weltmacht — vereinbar. Mit der Aufstellung von Pershing II und Marschflugkörpern werde eine sowjetische Entscheidung *für* den Gebrauch militärischer Macht weitaus schwieriger, d. h. die Abschreckungswirkung auf die UdSSR *erhöhe* sich, weil sie einerseits nicht mit der Möglichkeit eines hinreichend erfolgreichen Entwaffnungsschlages rechnen könne, andererseits aber — ohne einen zum Krieg führenden „ersten Schlag“ — mit einem Einsatz dieser westlichen LRTNF kalkulieren müsse.)

c) Für einige „Gegenexperten“ und prominente Gegner des NATO-Doppelbeschlusses stehen die Entscheidung zur Nachrüstung und die vornehmlich seit etwa Mitte der siebziger Jahre geführte inneramerikanische Diskussion um eine verbesserte Fähigkeit, auch einen Nuklearkrieg militärisch „führbar“ zu machen, in einem untrennbaren Zusammenhang. Das Ziel der amerikanischen Militärs und Strategen — so argumentieren sie —, auf verschiedene Formen von Gewaltandrohung begrenzter und flexibler antworten zu können, um die Abschreckung insgesamt glaubhafter zu machen, setze die „Begrenzbarkeit“ eines Atomkrieges z. B. auf Europa (die sog. „Europäisierung des Atomkrieges“) fast zwingend voraus. Ausreichend bestückte regionale Abschreckungssysteme sollten das globale Abschreckungssystem ersetzen, um damit amerikanischen (Sicherheits-)Interessen besser und mit wesentlich geringerer Schadenserwartung dienen zu können (als Beleg für diese Auffassung wird immer wieder die von US-Präsident Carter am 25. Juli 1980 unterzeichnete geheime *Präsidentendirektive [PD] 59* zitiert, die im Rahmen der amerikanischen Nuklearstrategie „begrenzte nukleare Optionen“, d. h. Reaktionsmöglichkeiten unterhalb der Schwelle massiver atomarer Erwiderng bereitstellen soll. PD 59 legt eine neue Zielplanung fest, die sich auf ausgesuchte, für die Sowjetunion wichtige Ziele — konventionelles und nukleares Militärpotential, politischer und militärischer Kontrollapparat und kriegswichtige Industriekapazitäten — konzentriert. Aus offizieller amerikanischer Sicht dient „PD 59“ sowohl der Kriegsverhinderung als auch der Kriegsbegrenzung; glaubwürdig seien beide Ziele nur, wenn Atomwaffen „selektiv“ und nicht massiv eingesetzt werden könnten. Abschreckung soll über eine Kriegsverhinderung hinaus wirken und den Konflikt auf einer möglichst niedrigen Schadensstufe begrenzen).

Folglich mache auch die von amerikanischen Planern vorgebrachte und innerhalb der NATO diskutierte Ansicht, daß die geplante Stationierung von 572 Mittelstreckensystemen in Europa militärisch unzureichend sei, Sinn. Notwendig seien, so deren Auffassung, vielmehr 1500—2000 Systeme. Daraus ergebe sich eindeutig die Absicht der westlichen Führungsmacht, die atomare Abschreckung von den USA auf Europa zu verlagern, was dem europäischen Sicherheitsinteresse völlig zuwiderlaufe. Kriege — so schlußfolgern radikale Kritiker —, die nicht die Vereinigten Staaten berührten, sollten möglich werden, nicht Gleichgewicht, sondern Überlegenheit solle (wieder) erreicht werden. Die Abschreckung kehre sich damit um zur Bedrohung.

(Offizielle Äußerungen der Bundesregierung wiederum wenden gegen diese Beweisführung ein, daß von einer „Führbarkeit eines Nuklearkrieges“ keine Rede sein könne, da jede Seite durch die gesicherte Zweitschlagfähigkeit der Supermächte mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen die eigene Vernichtung riskiere. Hinzufügen lassen sich zwei andere Gegenargumente.

Die von zahlreichen Kritikern immer wieder unterstellte amerikanische Absicht, sich durch Bereitstellung regionaler Mittelstreckenraketen im atomaren Konfliktfall von Europa abkoppeln zu wollen, ist aus zwei Gründen zweifelhaft:

Zunächst existiert auf absehbare Zeit schon rein technisch *keine* zuverlässige Möglichkeit, einen atomaren Schlagabtausch unter Kontrolle zu halten. Die Hoffnung, daß der erste Einsatz von Kernwaffen nicht unbedingt in einen allgemeinen Nuklearkrieg mündet, bleibt lediglich ein Glaubenssatz. Wenn aber ein Atomkrieg nicht begrenzt werden kann [infolge zerstörter Kommunikationsverbindungen, fehlender Kontrolltechniken etc.], ist er auch schwerlich führbar.

Zweitens kann es der Sowjetunion letztlich gleichgültig sein, ob ein Raketenangriff von Westeuropa oder von den USA aus erfolgt. Der sowjetische Gegenschlag würde sich nach Ansicht prominenter sowjetischer Experten sowohl gegen das europäische Stationierungsland als auch gegen die Vereinigten Staaten direkt richten.)

d) Ein weiteres Kernargument gegen die westliche Nachrüstungsentscheidung versucht, die sowjetische Entschlußfassung zur Entwicklung und Produktion der SS-20 als logische und verständliche *Reaktion* auf *einseitige* Aufrüstungs- und Modernisierungsmaßnahmen des Westens darzustellen:

Viele Kritiker weisen darauf hin, daß — was auch von Befürwortern des Brüsseler Beschlusses nicht bestritten wird — die technische Modernisierung der veralteten sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-4 und SS-5 Anfang der siebziger Jahre geboten gewesen sei. Die 1959 und 1961 in Dienst gestellten insgesamt 600 Systeme (mit einer Reichweite von 1900 und 4100 km) seien nicht beweglich, wiesen eine umständliche und gefährliche Flüssigkeits-Betankung auf (im Gegensatz zum Feststoffmotor der SS-20) und seien mit ihrem wichtigen Einzelsprengkopf von 1 Megatonne (= 1 Mill. t Sprengstoff) lediglich zu flächendeckenden Angriffen in der Lage, was die andere Seite zu massiven Vergeltungsschlägen geradezu herausfordere. Ihr Einsatz für „begrenzte“ Schläge gegen einzelne Ziele oder Gebiete sei also schon wegen des damit verbundenen hohen „Selbstabschreckungswertes“ höchst unwahrscheinlich.

Bedeutsamer seien für die sowjetische Seite die erheblichen qualitativen Umrüstungs- und Modernisierungsmaßnahmen der westlichen Nuklearmächte und der Volksrepublik China ab Ende der sechziger Jahre (in der Tat verweisen offizielle sowjetische Stimmen immer wieder darauf, daß die UdSSR „vier potentielle Gegner in ihre Überlegungen einbeziehen“ müsse: die USA, deren europäische Verbündete, Japan und China).

Großbritannien habe zwischen 1967/68 und 1971 vier Atom-U-Boote („Polaris“) eingeführt, deren seegestützte Raketen über eine Reichweite von 4600 km verfügten. In Frankreich sei 1971 der Aufbau einer land- und seegestützten Raketenstreitmacht angelaufen, die mit Reichweiten von ca. 3000 km große Teile des sowjetischen Territoriums abdecken könne. Die französischen und britischen Kernwaffensysteme seien außerdem *nicht* in den SALT-Verhandlungsprozeß miteinbezogen worden.

Die Vereinigten Staaten hätten ihrerseits 1971 mit der Umrüstung ihrer seegestützten Polaris-Raketen auf Mehrfachsprengköpfe vom Typ „Poseidon“ begonnen, ein System, das bis zu 14 einzelne Gefechtsköpfe (jeder mit einer Reichweite von ca. 4600 km) ins Ziel bringen könne. Weiter verbessert würde das seegestützte US-Potential durch die 1980 in die Wege geleitete Umstellung auf „Trident“-U-Boote, von denen jedes 16 Raketen mit je acht Mehrfachsprengköpfen, die über eine Distanz von 7400 km reichen, tragen könne. Auch Großbritannien habe sich bereits für eine Übernahme des „Trident“-Systems entschieden.

Im übrigen werde immer wieder das im Mai 1978 von der NATO beschlossene und auf 15 Jahre angelegte „Langfristige Verteidigungsprogramm“ „vergessen“, welches auch eine Modernisierung der taktischen Atomwaffen vorsehe.

Schließlich dürfe der „Faktor China“ nicht ausgeklammert werden. Die Sowjetunion habe bereits 1968 ein Viertel ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen in den Fernen Osten verlegt (amerikanische Aufklärungssatelliten entdeckten im Frühjahr 1976 auch die *erste installierte* SS-20 im äußersten Osten der Sowjetunion, auf der Halbinsel Kamtschatka). Die Volksrepublik China verfüge außerdem seit Mai 1980 über eine Interkontinentalrakete mit einer Reichweite von 13 000 km.

(Die Nachrüstungsbefürworter begegnen dem Hinweis auf diese „bedrohlichen“ Programme der Drittländer mit dem Argument, daß diesen Potentialen eine äußerst geringe Bedeutung zukomme: Die Volksrepublik China verfüge bis 1990 über ein nur sehr kleines Langstreckenraketen-Arsenal und habe darüber hinaus völlig veraltete nuklearfähige Flugzeuge. Die landgestützte Raketenstreitmacht Frankreichs sei mit 18 Exemplaren unbedeutend; die Luftwaffe Großbritanniens habe keine wirklichen strategischen Fähigkeiten.)

Nach Auffassung der Kritiker würden die von der UdSSR subjektiv durchaus als Bedrohung empfundenen Drittländerprogramme in ihrer Gefährlichkeit noch durch die Tatsache gesteigert, daß die USA zur Verstärkung des euro-nuklearen NATO-Mittelstreckenpotentials dem NATO-Oberbefehlshaber für Europa (SACEUR) mindestens 40 seegestützte „Poseidon“-Raketen aus ihrem strategischen Bestand mit je 10 Gefechtsköpfen für europäische Einsatzzwecke zugewiesen hät-

ten. Da diese Waffen eindeutig für Einsätze auf einem möglichen europäischen Kriegsschauplatz bestimmt und programmiert seien, müßten sie bei einer Gegenüberstellung der „Nuklearwaffen in und für Europa“ mittlerer und größerer Reichweiten auf westlicher Seite mitgezählt werden (die mindestens 400 Poseidon-Sprengköpfe machen nach Berechnungen des regierungsunabhängigen „Internationalen Instituts für Strategische Studien“ in London von 1980/81 allein fast 52 % aller im Kriegsfall „ankommenden nuklearen Sprengköpfe“ aus und fallen deshalb bei einem TNF-Vergleich *entscheidend* ins Gewicht. Ihre Einbeziehung nimmt das Ergebnis — ein von der Sowjetunion seit Frühjahr 1981 behauptetes „annäherndes Gleichgewicht“ auf diesem Sektor — schon vorweg). Allerdings stößt die Berücksichtigung dieser amerikanischen Langstreckenraketen (die bei SALT II schon mitgezählt wurden) im regionalen Stärkevergleich zwischen NATO und Warschauer Pakt bei zahlreichen Experten auf Widerspruch. Insbesondere drei von den Nachrüstungsgegnern bisher noch nicht überzeugend widerlegte Argumente werden gegen eine Einbeziehung der „Poseidon“ ins Feld geführt:

Einmal unterstrichen die US-Seeraketen den Zweck, die Bereitschaft der Vereinigten Staaten nach Abzug aller bodengestützten amerikanischen Mittelstreckenwaffen aus Europa seit 1963 mit ihrer großen Überlegenheit im Bereich der strategischen Waffen das eindeutig überlegene sowjetische Mittelstreckenpotential in Europa „abzudecken“. Die dem NATO-Oberbefehlshaber für Europa (SACEUR) zugeteilten US-Raketen verblieben aber unter *nationaler* amerikanischer Befehlsgewalt und unterstünden *nicht* der Einsatzbestimmung („operational control“) durch SACEUR. Ihre Zuordnung bedeute lediglich, daß das NATO-Kommando „Europa“ an der Zielplanung (dem sog. „strike plan“) für diese Waffen beteiligt würde. Ihr Charakter als eindeutig *strategische* Systeme der USA bliebe erhalten. Auch wenn sie eventuell auf Ziele im europäischen Teil der UdSSR gerichtet seien, mache sie diese Eigenschaft noch *nicht* zu euro-strategischen Waffensystemen. Schließlich zähle auch die sowjetische Regierung selbst in einer an die Bundesregierung gerichteten diplomatischen Note vom August/September 1981 die 400 „Poseidon“-Sprengköpfe *nicht* mehr zum TNF-Potential der NATO.

Zweitens dienten die SACEUR zugeteilten strategischen Raketen der Vereinigten Staaten den automatischen Einsatzprogrammen seines (europäischen) Kommandobereiches für den *allgemeinen Kernwaffenkrieg*, welche *nicht* für sich allein (d. h. nur in einem rein euro-strategischen Krieg) durchgeführt würden. Deshalb sei eine Unterscheidung in „strategische“ und „regionale“ Einsatzaufgaben nicht möglich; die Unterstellung eines ausschließlich auf Europa begrenzten Atomkrieges, in welchem gleichmäßig und mit gleichartiger Zielplanung „nur“ die LRTNF-Potentiale eingesetzt würden, sei wegen der künstlichen Isolierung eines kleinen Teils weitreichender Waffen aus einem viel größeren Gesamtbereich eine vernunftwidrige Annahme.

Drittens bedeute die Anrechnung der genannten US-Systeme unter *Ausklammerung* jener *sowjetischen strategischen Systeme*, die ebenfalls regional einsetzbar und auf Ziele in Europa gerichtet seien (ca. 180—360 landgestützte Interkon-

tinentalraketen sowie eine größere Anzahl seegestützter Raketen), die Anwendung von *ungleichen* Definitions- und Bewertungskriterien.

Regionale Kernwaffen ließen sich von strategischen nur auf zweierlei Weise sinnvoll abgrenzen:

Entweder nach *SALT-Kriterien* (d. h. im TNF-Vergleich *Nichterfassung* von Systemen, die im SALT-Prozeß als „strategisch“ definiert und angerechnet sind) oder aber nach *Zuordnungs-Kriterien* (d. h. gezählt werden nur die dem europäischen Schauplatz *ausdrücklich* zugeteilten Waffensysteme).

Aufschlußreich sei und zu wenig Beachtung gefunden habe, daß in der UdSSR interkontinental-strategische Raketen *und* Mittelstreckenraketen großer Reichweite (LRTNF) gemeinsam den „Strategischen Raketen-Streitkräften“ (Strategic Rocket Forces) sowie Lang- *und* Mittelstreckenbomber gemeinsam den „Fernflieger-Luftstreitkräften“ (Long-Range Air Force) unterstünden. Daraus lasse sich schließen, daß die strategische und die regionale Ebene *nicht* ausdrücklich getrennt würden und Überlappungen jederzeit möglich und vermutlich auch vorgesehen seien. Vor die Schwierigkeit, angemessene Zuteilungs- und Vergleichskategorien zu entwickeln, sei daher jeder zahlenmäßige Kräftevergleich gestellt. Dies gelte vor allem auch für die Einbeziehung von Flugzeugen, wo Unterscheidungsmerkmale eine Rolle spielen wie Nuklearfähigkeit (beim Warschauer Pakt sind hier nur subjektive, eher spekulative Schätzungen möglich), Einsatzreichweiten (mindestens 1000 km; in einigen vorliegenden TNF-Vergleichen sind die Operationsreichweiten vor allem von NATO-Flugzeugen teilweise drastisch überhöht worden), Eindringfähigkeit, Treibstoffreserven, Zuladung und Nachladefähigkeit. Die Einschätzung des Leistungsvermögens eines Waffensystems sowie die Gewichtung der einzelnen meist unterschiedlichen Definitions- und Meßkriterien sind auch hier stets *subjektive* Wertungen, die dem Zahlen- und Datenmaterial eine nur *begrenzte* Aussagefähigkeit verleihen und häufig auf unbewiesenen oder unabweisbaren Einschätzungen beruhen.

Mit der zusammenfassenden Darstellung dieser Schwierigkeiten ist der grundsätzliche Stellenwert von Stärkevergleichen sicherlich zutreffend umrissen. Festzuhalten bleibt der generell hypothetische Charakter vieler zugrundegelegter Annahmen und „Drehbücher“.

Daß die Datenvergleichsproblematik durch die prinzipielle und bisher kaum eingeschränkte Weigerung der Sowjetunion, eigene aufgeschlüsselte Angaben über den Stand ihrer Rüstung vorzulegen, noch verschärft wird, versteht sich von selbst. Informationen der UdSSR über militärische Stärken erfolgen immer nur unter ausdrücklicher Berufung auf ausgewählte westliche Quellen. Aus dieser Verhaltenspraxis ergeben sich für die sowjetische Diplomatie logischerweise beträchtliche politische Möglichkeiten, die westliche militärische Leistungsfähigkeit zu vergrößern und die eigene zu verkleinern, Qualitätsunterschiede von Waffensystemen zu verwischen und nicht vergleichbare Typen gleichzusetzen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß auch der „Friedensbewegung“ relativ nahestehende Friedensforscher wiederholt auf die illusionäre Einschätzung der sowjetischen Rüstungspolitik und Rüstungsproduktivität durch Teile der Nachrüstungsgegner hingewiesen haben.

3. Möglichkeiten und Grenzen von alternativen Sicherheitsmodellen

Seit Ende der siebziger Jahre wird in der Bundesrepublik Deutschland Sicherheitspolitik nach langer Zeit wieder kontrovers und teilweise mit großer Leidenschaft diskutiert. Die erstarrten Grundpositionen in der sicherheitspolitischen Diskussion sind in Bewegung geraten. Es gibt kaum ein anderes Thema, welches das öffentliche Engagement heute stärker beansprucht als Sicherheit, Nachrüstung und Friedenswahrung.

Vor allem die sich seit kurzer Zeit formierende vielschichtige „Friedensbewegung“ hat die gesamte Friedens- und Sicherheitsthematik in eine breite öffentliche Debatte eingebracht, die durch eine erhebliche Polarisierung der Meinungen und Positionen gekennzeichnet ist. Das für viele Bundesbürger erstaunliche und häufig nicht recht verständliche Auftreten einer lautstarken, gewaltlosen außerparlamentarischen Bewegung erlaubt den Schluß, daß die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und des Westens insgesamt gegenwärtig von einer wachsenden Anzahl von Menschen als objektiv fragwürdig und friedensgefährdend betrachtet wird. Die Glaubwürdigkeit von offiziellen sicherheitspolitischen Begründungen, Rechtfertigungen und Bedrohungsanalysen hat abgenommen, der Konsens über die Sicherheitspolitik scheint weitgehend in Frage gestellt. Erstmals wird eine offene, sich nicht nur auf Expertenkreise beschränkende sicherheitspolitische Diskussion insbesondere über die atomare Rüstung, ihren Sinn und ihre Folgen geführt.

Zweifellos ist neben der Skepsis gegenüber der Kernenergie, vorwiegend wirtschaftlich begründeten Zukunftsängsten und der Perfektionierung der modernen Waffentechnik die Sorge um die Erhaltung des Friedens vor dem Hintergrund eines sich rasch verschlechternden Ost/West-Verhältnisses — das von Intervention, Drohung und Gegendrohung, „Vor-“ und „Nachrüstung“ bestimmt ist — ein wesentliches Motiv für diesen Tatbestand. Der NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 reicht als Erklärung für das Protestverhalten gegen die „Nachrüstung“ sicherlich *nicht* aus; er ist lediglich der unmittelbare Anlaß, ein Anzeichen für die ins öffentliche Bewußtsein tretende Widersprüchlichkeit der betriebenen Rüstungs- und Sicherheitspolitik mit ihren Zwängen, Abhängigkeiten und Gefährdungen. Die Opposition gegen die Aufstellung neuer Kernwaffen in und für Europa hat bisher — wie immer man sie auch beurteilen mag — zumindest einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet:

Es ist ihr bis jetzt mitinigem Erfolg gelungen, eine Grundsatzdebatte über die westliche Sicherheitspolitik zu entfachen und eine dadurch stärker sensibilisierte Öffentlichkeit zu veranlassen, die Grundlagen europäischer (und vor allem deutscher) Sicherheitspolitik kritisch zu überdenken und den veränderten politischen, wirtschaftlichen, militärischen und psychologischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Es ist nun verständlich, daß im Zusammenhang mit der Brüsseler Entscheidung von 1979 die Diskussion über alternative Verteidigungsstrategien und Sicherheitsmodelle erneut und heftig aufgebrochen ist.

Die bereits im ersten Teil dieser Darstellung angeschnittenen grundsätzlichen Fragen und Dilemmata, die sich mit dem militärischen Abschreckungskonzept verknüpfen, sind durch den Nachrüstungsbeschluß noch drängender geworden und haben die Debatte über Alternativen (mit und ohne militärische Mittel) vorangetrieben und zunehmend in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rücken lassen. Zu Recht ist von Kritikern hervorgehoben worden, die herrschende Sicherheitspolitik sei trotz ihrer prinzipiellen Schwächen (auch) deshalb so stark, weil bisher einigermaßen begründete und ausformulierte Gegenvorstellungen, die über eine reine Kritik hinausreichten, fehlten. Die inzwischen vorliegende Palette von Vorschlägen und Konzepten reicht von einem Auseinanderrücken der Militärblöcke im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone in Europa („von Polen bis Portugal“) über eine strikt defensive, nur reaktive Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr bis hin zu einem völligen Verzicht auf jegliches militärisches Verteidigungspotential. Die maßgeblichen Initiativen dieser Alternativvorstellungen gehen fast alle von der Grundannahme aus, nur durch (langfristige) Überwindung des gegenwärtigen risikobeladenen Sicherheitssystems und seiner Rechtfertigungsmuster könne der Weg zu echtem und dauerhaften Frieden freigemacht werden und daß angesichts der unaufhörlich steigenden Rüstungsspirale neue Mittel und Wege zu suchen seien. Wie die meisten Alternativvorschläge teilen sie gerade auf einem Feld, wo es keine „letzten Gewißheiten“ und „endgültigen Wahrheiten“ gibt, eine unvermeidbare Schwäche: Ebenso wenig wie die Befürworter der Abschreckung mit militärischen Mitteln können auch sie exakt „beweisen“, daß sie den Frieden wirkungsvoller, überzeugender und letztlich erfolgreicher zu sichern imstande sind als die jeweils andere Konzeption.

Als Beiträge zur sicherheitspolitischen Debatte kommt ihnen dennoch ein grundsätzlicher Stellenwert zu, unternehmen sie doch den Versuch, den einzelnen Bürger zu veranlassen, ohne Verdrängungen und intensiver als bisher über die eigene Sicherheit nachzudenken.

Im folgenden Teil sollen die vier (nur innerhalb der „Friedensbewegung“) am häufigsten diskutierten Alternativvorstellungen in ihren zentralen Aussagen dargestellt und ihre grundsätzlichen Möglichkeiten und Grenzen im Überblick aufgezeigt werden. Damit werden gleichzeitig die Umriss des aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Diskussionsstandes in der Bundesrepublik Deutschland (und darüber hinaus) sichtbar. Es versteht sich von selbst, daß die vorgestellten alternativen Positionen schon aus Platzgründen weder vollständig noch bis in alle konzeptionellen Einzelheiten wiedergegeben werden können. Die Nennung von maßgeblichen Vertretern der einzelnen Modelle beschränkt sich auf wenige, in der Öffentlichkeit weitgehend bekannte Namen und erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Die Schwierigkeiten einer personellen Zuordnung bestehen häufig in der Ungewißheit, ob sich die genannten Initiatoren und Befürworter auch so verstanden wissen wollen. Dennoch soll, schon wegen der dadurch beabsichtigten größeren Verstehbarkeit, auf die Erwähnung von einigen wenigen (und wichtigen) Repräsentanten nicht verzichtet werden.

3. 1 Atomwaffenfreie Zone in Europa bzw. Auseinanderrücken („Disengagement“) der Blöcke in Europa

3. 1. 1 *Inhalte, Zielvorstellungen und Varianten*

Ausgangspunkt der Idee eines atomwaffenfreien Europa ist die Annahme ihrer Vertreter, die gegenwärtigen politischen Voraussetzungen und Möglichkeiten ihrer Realisierung seien so günstig wie noch nie. Einerseits könne die Sowjetunion nicht mehr über die osteuropäischen Staaten verfügen wie sie möchte (das polnische Beispiel zeige dies sehr deutlich), andererseits unterscheide die sich nicht nur in der Bundesrepublik abzeichnende Tendenz einer stärkeren Verselbständigung gegenüber den USA, daß die Suche nach europäischen Alternativlösungen mit Erfolg vorangetrieben werden könne.

Pläne eines „Disengagement“ — der Begriff geht auf den amerikanischen Diplomaten George Kennan zurück, der ihn 1957 in die politische Diskussion eingebracht hat —, eines „Auseinanderrückens“ der Blöcke sind nicht neu, sondern waren bereits in den fünfziger und sechziger Jahren Gegenstand der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik. Am bekanntesten wurden die Pläne und Vorstellungen des damaligen britischen Außenministers Anthony Eden von 1954/1955, des britischen Oppositionsführers Hugh Gaitskell 1957/58, des bereits erwähnten US-Diplomaten Kennan von Ende 1957 sowie die drei Pläne des ehemaligen polnischen Außenministers Adam Rapacki, die 1957 und 1958 vortragen wurden. Fast alle diese Vorschläge gingen von einer Verminderung der Rüstungen und Streitkräfte in einem geographisch begrenzten Gebiet in Europa und ferner von einem Verbot der Stationierung von Atomwaffen (atomwaffenfreie Zone) in diesem Raum aus. Ein Teil dieser Überlegungen sah auch den Austritt der Länder dieser Zone aus den bestehenden militärischen Bündnissen vor. Das in diese Pläne einbezogene Gebiet sollte sich in der Regel auf beide deutsche Staaten und einige osteuropäische Länder (Polen, ČSSR, Ungarn) erstrecken.

Grundgedanke dieser Modelle ist auch heute noch die Erkenntnis, Europa könne durch ein Auseinanderrücken der Militärblöcke und den Abzug des auf seinem Territorium gelagerten umfangreichen Kernwaffenpotentials aus dem atomaren Rüstungswettlauf ausscheiden, wobei sich dadurch die Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt an den gefährlichsten Nahtstellen (nirgendwo in der Welt ist die konventionelle und nukleare Militärdichte größer als hier) abbauen lasse. Damit vermindere sich sowohl die Gefahr eines Atomkrieges auf europäischem Boden als auch einer konventionellen militärischen Auseinandersetzung. Die Großmächte könnten sich auf diese Weise einem politischen Interessenausgleich annähern, der ihre eigenen Territorien nicht berühre, d. h. sie hätten *ihre* Länder einer militärischen Begrenzung nicht zu unterwerfen. Eine Zone verminderter Rüstung führe außerdem zu einem Abbau von Feindbildern und Bedrohungsvorstellungen.

Für den Realitätsgehalt dieses Konzeptes spreche, daß es die vorgefundene Wirklichkeit am wenigsten verändere: Es bleibe nach wie vor auf die Blockkonfron-

tation in Europa bezogen und verändere das Abschreckungssystem der Supermächte als solches nicht.

In der gegenwärtigen Diskussion lassen sich vier, nicht immer klar voneinander abgrenzbare und zuzuordnende Varianten eines atomwaffenfreien Europa erkennen, die jeweils verschiedene Akzente setzen, unterschiedliche Perspektiven entwickeln und von weitgehend bekannten Vertretern in die Debatte eingebracht wurden:

- Die von dem aus der DDR ausgebürgerten Regimekritiker *Rudolf Bahro* (einem der einflußreichsten strategischen Vordenker der „Friedensbewegung“) in der Bundesrepublik maßgeblich unterstützte Initiative der britischen „Bertrand-Russell-Friedensstiftung“ (Bertrand-Russell-Peace Foundation) für europäische nukleare Abrüstung, deren Appell von dem britischen Sozialhistoriker E. P. Thompson verfaßt wurde.
- Die „Gesamtdeutsche Friedensinitiative“, die der in der DDR lebende und Mitte April 1982 verstorbene Systemkritiker *Robert Havemann* vor allem in zwei 1981 an Helmut Schmidt und Leonid Breschnjew gerichteten offenen Briefen umrissen hat (die allerdings ausschließlich auf die Situation in Mitteleuropa fixiert sind).
- Das Konzept der „Paktfreiheit“ beider deutscher Staaten, entworfen von den Westberliner Historikern *Peter Brandt* und *Herbert Ammon*, das im Frühjahr 1981 in das Programm der Berliner „Alternativen Liste“ (AL) aufgenommen worden ist und in den Medien unter dem Schlagwort „Nationalneutralismus“ bekannt wurde.
- Einige nur in Umrissen dargelegte Vorstellungen des Starnberger Friedensforschers *Alfred Mechttersheimer* (einer der schärfsten und lautstärksten Kritiker des NATO-Doppelbeschlusses), die der Bundesrepublik eine Art Schlüssel-funktion bei der angestrebten Emanzipation Westeuropas von den Vereinigten Staaten zuweisen.

Rudolf Bahro und der von ihm unterstützte Aufruf der „Russell-Friedensstiftung“ gehen von der Zielvorstellung einer langfristig erreichbaren Auflösung der Militärblöcke überhaupt aus, beginnend mit einem Abbröckeln der Allianzen an den Rändern, um dadurch eine Entschärfung der Blockkonfrontation zunächst an besonders gefährlichen Berührungsflächen in Europa (vor allem in Deutschland, aber auch in der skandinavischen Region) zu erreichen. Eine *einheitliche* Strategie zur Erreichung eines atomwaffenfreien Europa wollen die Russell-Initiative und ihre Unterstützer nicht durchsetzen. Minimalkonsens ist lediglich die Idee einer kernwaffenfreien Zone in Europa als Denkmodell, programmatische Plattform und politisches Fernziel. Unterschiedliche Einschätzungen und Schwerpunktbildungen sollen nicht ausgeschlossen, sondern gemeinsam fruchtbar gemacht und diskutiert werden. Als praktische Vorgehensweise schlägt die Initiative eine „allseitig einseitige Abrüstung“, d. h. zuerst eine einseitige Abrüstung im eigenen Land vor, völlig unabhängig vom Zeitplan und Verhalten irgendeiner Gegenseite. Sie will bewußt mit dem Tabu brechen, für Mitteleuropa eine Perspektive der Neutralität bzw. der Pakt- oder Blockfreiheit grundsätzlich auszuschließen. In-

sofern greift dieses Konzept durchaus Vorstellungen anderer alternativer Sicherheitsmodelle auf wie z. B. der einseitigen (unilateralen) Abrüstung und einer anzustrebenden Neutralität.

Bahro und die Russell-Initiative (wie übrigens auch Mechttersheimer) stellen die bedingungslose Bündnistreue West- und Osteuropas insgesamt in Frage und zielen darauf ab, das Risiko der Abhängigkeit vom zweipoligen weltpolitischen Kräftefeld maximal zu reduzieren. Erst wenn die Blöcke in Deutschland zu bröckeln begännen, könnten sich die beiden deutschen Staaten eher aufeinander zubewegen. Die bisherige Entspannungspolitik habe sich durch eine prinzipielle Unzulänglichkeit ausgezeichnet, weil sie sich auf Abmachungen zwischen den Machtblöcken beschränkte. Nur eine Überwindung dieser Strukturen könne zu Abrüstung und Frieden führen und die verhängnisvolle Tendenz zur Selbstausslöschung der Menschheit (dem „Exterminismus“) aufhalten und umkehren. Als Verfahrensweise spricht sich Bahro für „Militanz des zivilen Ungehorsams mit grundsätzlicher Gewaltfreiheit in den Mitteln“ aus. Es gelte, die Basisbewegungen zu stärken, die auf beiden Seiten der Blockgrenzen zunächst vor allem das eigene Bündnis unter Druck zu setzen hätten und dabei einen neuen Internationalismus schaffen würden. Nur so sei das außen- und sicherheitspolitische Monopol der Machteliten diesseits und jenseits aufzubrechen, welche auf die reale Betroffenheit der Bevölkerungen durch Vor- und Nachrüstungen keinerlei Rücksichten nähmen und Störungen ihrer eigenen Handlungs- und Verhandlungsfähigkeit auszuschalten versuchten.

Auch *Robert Havemanns* Initiative zielte darauf ab, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In seinen beiden offenen Briefen an Bundeskanzler Helmut Schmidt und den sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew vom Sommer und Herbst 1981, die von einer Anzeigenaktion begleitet und (so der Breschnew-Brief) von zahlreichen Bürgern beider deutscher Staaten mitunterzeichnet wurden, wies der DDR-Regimekritiker darauf hin, daß die ursprünglich als endgültige Entmachtung Deutschlands gedachte Aufteilung in zwei Staaten das Gegenteil erreicht habe: Nicht mehr Sicherheit sei dadurch geschaffen worden sondern die Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben habe. Die Ost/West-Auseinandersetzung habe aus den beiden deutschen Staaten Aufmarschbasen und atomare Speerspitzen des einen gegen den anderen werden lassen. Havemann schlug eine schrittweise Entfernung aller Nuklearwaffen vom Territorium der Bundesrepublik und der DDR vor, weiterhin den Abzug aller ausländischen Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands (bei Sicherung der Stellung West-Berlins), den Abschluß von Friedensverträgen sowie Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands. Als nicht einmal sehr ferne Perspektive sah er eine weitgehende Annäherung beider deutscher Staaten. Der von den DDR-Behörden von 1976 bis 1980 unter „Hausarrest“ gestellte Havemann war überzeugt, daß die UdSSR sehr wohl bereit sein könnte, auf ihre militärische Basis in der DDR zu verzichten, wenn gleichzeitig die amerikanischen Stützpunkte in der Bundesrepublik und in Europa überhaupt aufgelöst würden. Die Großmächte müßten für diesen Fall garantieren, daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militärpotential geschaffen würde.

Die deutschlandpolitische Konzeption der jungen Berliner Historiker *Peter Brandt* und *Herbert Ammon* faßt zunächst eine „Jugoslawisierung der DDR“ und eine „Schwedisierung der Bundesrepublik“ ins Auge. Ausgangspunkt ist auch hier die Überlegung, nur ein Auseinanderrücken der Blöcke verschaffe den erwünschten politischen und sozialen Emanzipationsprozessen Sicherheit vor möglichen Eingriffen von außen. Ihre Überlegungen sehen zusammengefaßt vier etappenweise erreichbare Lösungsstufen vor: Atomwaffenfreie Zone — Paktfreiheit — Umrüstung — Konföderation. Im einzelnen ist folgender Fahrplan vorgesehen:

Als erste Maßnahme soll der militärische status quo verändert werden, basierend auf einem Ausscheiden beider deutscher Staaten aus ihren Paktsystemen und der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Kombiniert werden müßte dieser Schritt mit der Umrüstung der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee auf defensive Territorialverteidigung. Ferner seien die ausländischen Truppen in allen vier Sektoren Berlins auf symbolische Kontingente zu reduzieren.

In einer zweiten Stufe wäre die Veränderung des *politischen* status quo anzustreben, gemeint ist die Bildung einer „Deutschen Gemeinschaft“ mit gemeinsamen Organen und einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung, die den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 ersetzen würde. Verbunden damit wäre eine stufenweise Liberalisierung der Freizügigkeit der Bevölkerungen und der wechselseitigen Kommunikation.

Die Veränderung des *wirtschaftlichen* status quo steht im Mittelpunkt der dritten Etappe des Brandt/Ammon'schen Lösungsmodells. Der Schaffung einer „Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft“ käme eine wichtige „Brücken- oder Scharnierfunktion“ zu, gerade weil sie die Souveränität beider deutscher Staaten sowie ihrer jeweiligen inneren Ordnungen nicht in Frage stelle.

In einem vierten Schritt würde der *juristische* status quo verändert. Mit den Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges könnten Bundesrepublik und DDR einen Friedensvertrag abschließen, der die „deutsche Blockfreiheit“ garantieren und ein Interventionsverbot aussprechen müßte. Deutschland würde dann alle Grenzen (einschließlich jener zu den osteuropäischen Staaten) als endgültig anerkennen. Im Gegenzug hätten die Siegermächte einer möglichen Wiedervereinigung beider Teilstaaten keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Von Bedeutung an diesem Berliner „Deutschland-Modell“ ist der Hinweis beider Autoren auf die Unvereinbarkeit des von ihnen vorgeschlagenen Umrüstungskonzeptes mit grundsätzlichen pazifistischen Strömungen. Die Konzeption einer Defensivverteidigung verlange von der „Friedensbewegung“ deshalb ein Umdenken und trage dem legitimen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung.

Die Autoren verstehen sich mit ihren alternativen Vorstellungen weder als nationalistisch noch als neutralistisch. Sie wollen weder an die Neutralitätsideen der fünfziger Jahre anknüpfen noch in eine nationalstaatliche Idylle ausweichen. Der von ihnen gewählte Begriff der „Paktfreiheit“ soll dies unterstreichen und Folgewirkungen in West- und Osteuropa auslösen. Im Gegensatz zu den Vorschlägen Bahros und Havemanns bildet das Denkmodell von Brandt/Ammon ein fertiges, ausformuliertes Konzept, dessen einzelne Bauelemente und Stufen in die „Friedensbewegung“ und sogar in die politischen Parteien einzusickern begonnen ha-

ben und dort diskutiert werden. Allerdings handelt es sich bei den Anhängern dieser Konzeption in der Tat um eine kleine Minderheit innerhalb der „Friedensbewegung“, die große Mehrheit hat mit eher nationalistischen Alternativmodellen (schon wegen deren Verbindung zu „autoritären“ Traditionen) wenig im Sinn.

Alfred Mechttersheimer schließlich spricht — wenn auch nur in allgemeinen Wendungen — von der Notwendigkeit der Emanzipation, d. h. der Verselbständigung Westeuropas von den USA, wobei der Bundesrepublik eine Schlüsselfunktion zukomme. Eine Gewinnung echter westeuropäischer außen- und sicherheitspolitischer Identität erreiche man im wesentlichen nur durch eine „sicherheitspolitische partielle Abkoppelung“ der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten. Sie wäre zusammen mit einem „Atom pazifismus“ ein wichtiger Bestandteil einer Strategie zur Abschwächung des militärischen Konfliktpotentials zwischen beiden Supermächten. Der „globalen Bipolarisierung“, dem zweipoligen Abschreckungssystem und dem militärischen Blockdenken sei eine Differenzierung der weltpolitischen Ordnung entgegenzusetzen. Ein selbständiges Europa wäre nicht nur ein interessanter Partner für die Dritte Welt, sondern würde auch die Entstehung einer „militärischen Pufferzone“ in Europa begünstigen (hier knüpft Mechttersheimer deutlich an Grundvorstellungen eines Disengagement an). Eine solche Konzeption setze den Austritt aus der NATO nicht voraus, die westliche Bündnisorganisation sei flexibel genug, um eine militärische Umorganisation Westeuropas zu erlauben.

3. 1. 2 *Kritische Einwände und Grenzen der „Disengagement“-Konzeptionen*

Aus dem Verlauf der Diskussion über die Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone, wie sie in der zweiten Hälfte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre öffentlich diskutiert wurden, ergeben sich bereits einige kritische Einwände gegen das Konzept selbst. Bisherige Erfahrungen ließen Pläne für ein Disengagement in Europa an einem Tatbestand scheitern, der damals wie heute festzustellen ist und nicht wegdiskutiert werden kann: Nach wie vor verfügt die Sowjetunion (und ihre Bündnisorganisation) über eine erhebliche konventionelle Überlegenheit, welche die östliche Seite weiter vergrößert hat. Dieses seit Gründung der NATO im Jahre 1949 bestehende Ungleichgewicht, das den geographischen Nachteil eines durch 6000 km Atlantik getrennten westlichen Bündnisgebietes noch verstärkt, konnte und kann die westliche Allianz *nicht* ausschließlich mit konventionellen Mitteln bewältigen. Deshalb spielte und spielt die nukleare Abschreckung, d. h. die Bereitstellung von taktischen (= Gefechtsfeld)-Atomwaffen der USA in Europa eine Schlüsselrolle in der NATO-Strategie. Die großen Vorteile des Warschauer Paktes, vor allem seine erheblich kürzeren lebenswichtigen Nachschubwege, die über eigenes Territorium laufen und deshalb weniger verwundbar sind, die größere Raumtiefe sowie die damit verbundenen Möglichkeiten, seine offensiv ausgerichteten Truppenverbände wesentlich schneller und einfacher zu verstärken, würden bei einem Abzug aller Atomwaffen

aus Europa die Verteidigungsfähigkeit Westeuropas im Kern treffen und dem Warschauer Pakt ohne Einschränkung erhalten bleiben.

Bei der Diskussion der aktuellen Disengagement-Vorschläge spielt zweifellos die Auffassung der UdSSR zu kernwaffenfreien Zonen eine entscheidende Rolle und muß bei einer Prüfung des Realitätsgehalts dieser Vorstellungen ein wichtiges Kriterium sein. Die offiziellen und offiziellen Moskauer Grundsatzäußerungen zur Frage einer atomwaffenfreien Zone im skandinavischen Raum, in Lateinamerika und in Südasien, die immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind, erlauben auch Rückschlüsse auf die sowjetische Einstellung gegenüber Plänen für andere kernwaffenfreie Zonen in Europa, etwa „von Portugal bis Polen“. Eine Dokumentation der sowjetischen Stellungnahmen erbringt einen interessanten, aber nicht völlig eindeutigen Befund:

Während in offiziellen Handbüchern allgemein davon gesprochen wird, daß zu errichtende kernwaffenfreie Zonen „im Ringen um die Begrenzung der atomaren Rüstungen eine wichtige Rolle spielen“ und „ein Mittel zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen“ darstellten, schloß der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew in seinem ausführlichen SPIEGEL-Interview vom November 1981 „die Möglichkeit nicht aus, daß im Zusammenhang mit der Schaffung einer nord-europäischen kernwaffenfreien Zone auch einige auf unserem Territorium zu verwirklichenden Maßnahmen erörtert werden“. Wenn sich in einem Teil Europas die Möglichkeit einer kernwaffenfreien Zone eröffne, würde die UdSSR „die praktischen Schritte in dieser Richtung aufs tatkräftigste unterstützen“.

Aufschlußreicher scheint ein programmatischer Fachaufsatz zu dieser Problematik zu sein, den die dem sowjetischen Außenministerium nahestehende Zeitschrift „Neue Zeit“ (Nr. 16/1981) veröffentlichte:

Aus diesen Äußerungen geht klar hervor, daß die UdSSR als Kernwaffenmacht die Einbeziehung von Teilen ihres Territoriums (in diesem Fall der Ostsee) in eine kernwaffenfreie Zone ablehnt, weil die Forderung eines solchen einseitigen Zugeständnisses — lediglich weil die Sowjetunion an eine zu schaffende atomwaffenfreie Zone angrenze — die Sicherheit des Sowjetstaates direkt beeinträchtigen würde.

Daher würde die sowjetische Seite einer Einbeziehung von Gebieten und Einflußbereichen, die ihre Sicherheit direkt berühren, in eine atomwaffenfreie Zone vermutlich kaum zustimmen und dies umso weniger, als eine mögliche Einbeziehung osteuropäischer Staaten (wie z. B. Polens) Militärstrategie und Streitkräftestruktur des Warschauer Paktes vor eine völlig neue Situation stellen und die sowjetischen Sicherheitsinteressen erheblich beeinträchtigen würde.

Auch ein zweiter kritischer Einwand resultiert aus den historischen Erfahrungen mit Disengagement-Plänen in den letzten 30 Jahren und läßt sich gegen die dargelegten deutschlandpolitischen Varianten dieser Konzeption ins Feld führen.

Zahlreiche Konzepte und Vorschläge eines Auseinanderrückens der Blöcke in Europa gingen in den fünfziger Jahren davon aus, daß dies ein erster wichtiger Schritt, ja sogar die Grundvoraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands sein könne. Die Frage einer bündnisfreien oder paktfreien Position der Bundesrepublik Deutschland stellt sich allerdings heute nicht mehr, weil die Entschei-

dung darüber durch die Entstehung, Existenz und Stabilisierung zweier Teilstaaten auf deutschem Boden mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen — eingebunden in sich feindlich gegenüberstehende Block- und Paktorganisationen — längst gefallen ist. Auf sowjetischer Seite stehen Alternativen zur deutschen Teilung schon seit langem nicht mehr zur Diskussion. Die Verhinderung eines Gesamtdeutschlands mit 80 Millionen Menschen liegt im Interesse *aller* vier Siegermächte und der Nachbarstaaten Deutschlands. Die Einbindung beider deutscher Staaten in rivalisierende Bündnisse bedeutet deshalb, was häufig vergessen wird, nicht nur Sicherheit „für“, sondern auch Sicherheit „vor“ Deutschland. Kritiker eines möglichen deutschen Sonderweges aus den Blöcken heraus und in eine Paktfreiheit hinein verweisen nachdrücklich auf das tiefsitzende Mißtrauen und die Beunruhigung in Ost und West, welche durch Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ und „Abzug der Besatzungstruppen“ ausgelöst würden. „Auch diese Ängste“ — so formulierte es Willy Brandt in einem SPIEGEL-Essay Anfang Februar 1982 — „gehören zur Wirklichkeit unserer Existenz in Europa“. Zweifelhaft scheint, ob die „Friedensbewegung“ die mit solchen Schlagworten geweckten oder bestärkten nationalistischen Ablehnungsgefühle noch kontrollieren kann, die sie immer mehr in eine isolierte Position innerhalb Europas führt. Ein verborgener linker Nationalismus, eine Spielart von „deutschem Gaullismus“, würde die Bundesrepublik in kürzester Zeit des Rückhalts bei ihren politischen und wirtschaftlichen Bündnispartnern in Europa berauben; eine Fortsetzung erfolgreicher Bonner Ostpolitik ohne westpolitisches Fundament wäre dann unmöglich. Die drei westlichen Siegermächte halten sich (wie übrigens auch die UdSSR in der DDR) nicht nur aufgrund von vertraglichen Abmachungen über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, die im Februar 1955 vom zweiten Deutschen Bundestag mit absoluter Mehrheit verabschiedet wurden, sondern verfügen noch immer über im Deutschlandvertrag von 1954 verankerte „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes“. Damit sind die nicht gering zu veranschlagenden Rahmenbedingungen gesetzt, innerhalb derer ein Spielraum für deutsche Politik gegeben ist. Hinzu kommt, daß die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Anwesenheit der verbündeten westlichen Truppen als Schutz empfindet und beibehalten möchte. Eine Einbeziehung der beiden deutschen Teilstaaten in eine bündnisfreie Zone in Europa würde massiv in die macht- und sicherheitspolitischen Interessen der Großmächte auf ihrem wichtigen strategischen Vorfeld eingreifen (daß es ein gemeinsames Interesse der vier Siegermächte an der Verhinderung eines wiedervereinigten Gesamtdeutschlands gibt, wird in den Vorschlägen nicht diskutiert. Das Konzept einer „deutschen Paktfreiheit“ müßte auch die tiefe Verunsicherung einkalkulieren, welche die übrigen Staaten in Europa angesichts eines Machtvakuum in ihrer Mitte erfassen würde.

Die Entscheidung der Bundesrepublik für eine Westorientierung und für die damit verbundene Eingliederung in das westliche Verteidigungsbündnis stellten — so bemerkte Egon Bahr im Juni 1979 in einer Podiumsdiskussion in Berlin — Entwicklungen dar, die nicht mehr revidierbar und revisionsfähig seien. Die Sowjetunion habe im Berlin-Abkommen von 1971 und in der KSZE-Schlußakte von

Helsinki 1975 in Anwesenheit der Vereinigten Staaten in Europa anerkannt. Amerika sei ein Faktor, ohne oder gegen den man Sicherheit in Europa nicht mehr aushandeln könne. In Willy Brandts Worten: „Sollte es je einen Sonderzug gegeben haben, so ist er in den fünfziger Jahren abgefahren. Wer heute die militärpolitische Einbettung der beiden deutschen Staaten gegen den Willen der Weltmächte revidieren wollte, würde Illusionen nähren und den Frieden gefährden.“ Chancen für eine bessere Ordnung der deutschen Dinge ergäben sich nicht durch Ausbruch aus den Allianzen, sondern dadurch, daß man auf deren künftige Entwicklung Einfluß nehme.

Auch der Vorschlag einer zunächst nur einseitigen Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland, wie er von Rudolf Bahro ins Auge gefaßt wird, müßte die Frage beantworten, *wie* sich ein paktfreies und damit militärisch alleinstehendes Land verteidigen könnte (etwa gegen Eingriffe von Blockführungsmächten) und ob allgemein gehaltene Garantie- und Absichtserklärungen, atomwaffenfreien Zonen gegenüber keine Kernwaffen einzusetzen, auch in Zeiten verschärfter Konfrontation zwischen den Großmächten tragfähig und glaubhaft sein können.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich ein dritter Einwand gegen Vorstellungen, die Frage der Atomrüstung und deren Eingrenzung bzw. Reduzierung zunächst nur auf eine geographisch begrenzte Grundlage zu stellen:

Obwohl eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa durchaus das nukleare Vernichtungsrisiko abbauen könnte, bedeutet dies *nicht*, daß Kernwaffenmächte bei einem denkbaren militärischen Konflikt in und um Europa auf dem dortigen Kriegsschauplatz keine Atomwaffen einsetzen würden. Die technologische Entwicklung und deren Beeinflussung durch die jeweiligen militärstrategischen Erfordernisse haben es längst ermöglicht, schon mit taktisch-nuklearen Waffensystemen einer Reichweite bis zu 1000 km vom sowjetischen Territorium aus jedes Ziel in Mitteleuropa zu treffen. Ferner könnte ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der westlichen Allianz eine erhebliche atomare Aufrüstung Frankreichs und Großbritanniens bewirken, zumal dann die gesamte NATO-Strategie der „flexiblen Antwort“ völlig neu entworfen werden müßte, weil die Bundesrepublik als Stationierungsland für taktische Kernwaffen der NATO ausfele. Eine massive konventionelle Aufrüstung der übrigen nicht-atomar gerüsteten Bündnispartner wäre wahrscheinlich eine weitere Konsequenz.

3. 2 Militärische Verteidigung nur durch Defensivwaffen

3. 2. 1 Voraussetzungen und konzeptionelle Vorstellungen

Die Befürworter einer ausschließlich auf Abwehr eines militärischen Angriffs eingestellten Verteidigung gehen grundsätzlich davon aus, ein Staat gewinne mehr Sicherheit, wenn er an seiner für die Gegenseite klar erkennbaren nur reaktiv-defensiven Absicht — unterstrichen durch die Bereithaltung von reinen Verteidigungswaffen — keinen Zweifel lasse. Dadurch würden Bedrohungsvorstellungen, Ängste und Unwägbarkeiten auf der Seite des möglichen Gegners abgebaut.

Gleichzeitig aber werde einem denkbaren Angreifer signalisiert, daß ihm das Territorium des Angegriffenen nicht „kostenlos“ anheimfalle. Das Defensivkonzept eröffnet nach den Vorstellungen seiner Initiatoren die Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Wettrüsten, weil es einen radikalen Bruch mit dem bestehenden Abschreckungssystem bedeute, das Sicherheit als militärtechnisches und weniger als politisches Problem begreife.

Den konzeptionell weitreichendsten Entwurf einer „Friedenspolitik mit militärischen Mitteln“ hat der Starnberger Friedens- und Strategieforscher *Horst Afheldt* erstmals 1976 vorgelegt. Ähnliche Überlegungen finden sich auch in Äußerungen des ehemaligen Bundeswehrgenerals *Gert Bastian* sowie bei zwei militärischen Praktikern, dem Österreicher *Emil Spannocchi* und dem Franzosen *Guy Brossollet*, die in ihrem Buch „Verteidigung ohne Schlacht“ (1976) das Konzept einer „Flächen-“ bzw. „Raumverteidigung“ entworfen haben. Ein ähnliches, detailliert ausformuliertes Konzept, bezogen auf die Verhältnisse der Bundesrepublik, legte Ende 1981 der ehemalige General und Militärschriftsteller *Jochen Löser* zusammen mit fünf Mitautoren vor: Mit einem „Sicherheitsnetz der raumdeckenden Verteidigung“ soll einem potentiellen Angreifer in kalkulierbarer wirksamer Verteidigung begegnet und damit vom Krieg abgeschreckt werden.

Auch einzelne Varianten der im letzten Kapitel dargelegten Disengagement-Vorstellungen weisen einer Umrüstung der beiden deutschen Armeen auf defensive Territorialverteidigung eine zentrale Bedeutung zu.

Alfred Mechttersheimer etwa spricht von der Notwendigkeit einer Defensivarmee, die in der Verteidigung wesentlich leistungsfähiger sei, ohne die nachteiligen politischen Effekte aufzuweisen.

Ausgangspunkt der Afheldt-Studie ist die nach Ansicht des Verfassers festzustellende „Irrationalität“ der gültigen NATO-Strategie, die das Wettrüsten vorantreibe, den Gegner zu vorbeugenden bzw. zuvorkommenden Erstschlägen veranlasse und deshalb als Strategie der „Abschreckung“ unglaubwürdig sei, weil die von ihr vorgesehenen Reaktionsarten (konventionell und nuklear) die Bundesrepublik als lebensfähigen Industriestaat völlig zerstören würden. Deshalb fordert Afheldt den *Verzicht* auf alle offensiven militärischen Mittel sowie auf taktische, d. h. auf einem begrenzten Gefechtsfeld einzusetzende Atomwaffen. Strategische Kernwaffen der USA allerdings, auf U-Booten stationiert, bilden in seinem Konzept eine tragende Säule als Instrumente einer „rationalen Droh- und Zwangsstrategie“. Das von Afheldt entwickelte Alternativkonzept zur Strategie der „flexiblen Erwidern“ hält eine rationale Friedenspolitik *und* eine Verteidigung mit militärischen Mitteln, eine „Zweitschlagsverteidigung“, durchaus für möglich.

Im Mittelpunkt seiner Überlegungen steht ein Netz von „Techno-Kommandos“, mit dem das Territorium der Bundesrepublik überzogen werden soll. Jedes dieser etwa 10 000 und zwischen ca. 20 und 36 Mann umfassenden Kommandos (20 Soldaten bekämpfen die gegnerischen Panzerverbände, 16 weitere sind für die Luftabwehr und andere Aufgaben zuständig) deckt durchschnittlich ein Gebiet von etwa 20 qkm ab, *außer* Großstädten und Hochgebirgslandschaften.

Dies bedeutet, daß eine Gesamtzahl von ca. 360 000 (mit „Verbindungseinheiten“

390 000) Soldaten für die Bundesrepublik bereitgestellt werden müßte. Die „Techno-Kommandos“ haben die Aufgabe, mit technologisch modernsten Abwehrwaffen (präzisionsgelenkten Panzerabwehrwaffen, zielsuchenden Raketen, hochentwickelten Luftabwehrmitteln etc.), die überdies wesentlich kostengünstiger als Offensivwaffen seien, das von ihnen abzudeckende Gebiet bei einem Angriff von außen selbständig zu verteidigen, falls der mögliche Gegner in diesen Teilbereich vorstoßen sollte. Die kleinen Einheiten sollen mit diesem Einsatzauftrag dem Angreifer die Besetzung westlicher Bündnisterritorien „politisch und militärisch so teuer wie möglich machen“, d. h. ihm einen „hohen Eintrittspreis“ abverlangen und dadurch eine glaubhafte nicht-nukleare Abschreckung begrenzter Tragweite gewährleisten. Dem Schutz der Zivilbevölkerung kommt dabei erhebliche Bedeutung zu; deshalb ist vorgesehen, die Verteidigung von Großstädten durch „Techno-Kommandos“ zu unterlassen, dort sei eher kollektiver Widerstand im Sinne von „sozialer“ bzw. „ziviler Verteidigung“ erfolgversprechend. Jedes Kommando habe die Aufgabe, durchschnittlich drei Panzer zu zerstören, falls es angegriffen wird. Mit einer derartigen Abschlußquote könnte theoretisch der gesamte Panzerbestand des Warschauer Paktes ausgeschaltet werden. Da die „Technoguerilla-Einheiten“ eine Besetzung des eigenen Territoriums nur aufhalten, nicht jedoch verhindern können, seien weitere Druckmittel notwendig, um die Ausgangssituation wiederherzustellen bzw. ein Ende der Kampfhandlungen zu erzwingen — oder aber, um die Bündnispartner der Sowjetunion daran zu hindern, an einem Angriff auf Westeuropa teilzunehmen. Diesem politischen Ziel und dieser Strategie dienten *nur* die amerikanischen Atom-U-Boote, weil eine Drohung mit Kernwaffen nur dann sinnvoll erscheine, wenn deren Unverwundbarkeit sichergestellt und keine Zerstörung von Territorien durch vorbeugende entwaffnende Schläge der Gegenseite die Folge sei.

Eine atomare Gegendrohung der UdSSR bezöge sich wie die Drohung der USA nicht auf das Gebiet der jeweiligen Supermacht, weil dies den Grundprinzipien rationaler Abschreckung widerspräche. Sie könnte sich somit nicht mehr gegen von östlichen Truppen besetzte westdeutsche Großstädte richten. Eine systematische punktweise Zerstörung des Netzes der Technokommandos wäre für die östliche Seite kaum lohnenswert, da es keine klaren Fronten, Truppenkonzentrationen, Luftstützpunkte und Raketenstellungen gäbe und damit — im Gegensatz zur gültigen NATO-Strategie — dem Gegner keine lohnenden Ziele für den Einsatz von Kernwaffen geboten würden. Der Gefahr eines atomaren Schlagabtausches in Europa wäre auf diese Weise vorgebeugt.

Afhelldt ist sich bewußt, daß die Umsetzung seines defensiven Verteidigungskonzepts in die Praxis und die Ausrüstung der Bundeswehr mit den dafür notwendigen Waffen einen tiefgreifenden Umbau der Streitkräfte und eine umfassende Umstrukturierung ihrer gesamten Bewaffnung erfordern würde. Allerdings, so der Verfasser, lägen die Kosten für hochentwickelte reine Verteidigungswaffen um ein Vielfaches unter den Aufwendungen für komplizierte und störanfällige Offensivsysteme (z. B. Kampfflugzeuge wie der „Tornado“); sie könnten deshalb in so großen Serien und Stückzahlen gefertigt werden, daß sie das Angriffspotential eines Gegners mehrfach absorbieren könnten.

Wie Horst Afheldt, so spricht sich auch Generalmajor a. D. *Bastian* für eine militärische Strategie, die den Bestand der Territorien und das Überleben der Bürger garantiere, aus. Zusammen mit sechs anderen ehemaligen hohen Militärs aus NATO-Mitgliedsstaaten schlägt er, parallel zu einer „Entnuklearisierung“ Europas, modern bewaffnete Streitkräfte in Europa vor, die auch ohne weitere Atomwaffen für einen denkbaren Angreifer einen hohen Abschreckungswert hätten. Konkret ist die Rede vom Ausbau eindeutig auf die Verteidigung des eigenen Gebiets gerichteter Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die auf offensive, weitreichende Waffen verzichten könnten. Ferner regt Bastian den Ausbau der Heimatverteidigung mit Milizcharakter an, die jedem Gegner eine militärische Inbesitznahme von Territorien und Objekte aussichtslos erscheinen ließe.

3. 2. 2 *Kritische Einwände gegen das Defensivkonzept*

Das wichtigste Kriterium, an dem die sicherheitspolitische Alternative einer defensiven Raumverteidigung zu messen ist, muß die Frage sein, ob dieser Entwurf die Sicherheit der Bundesrepublik besser, d. h. mit geringerem Vernichtungsrisiko, gewährleistet als die gültige Verteidigungsdoktrin der NATO.

Ein nicht wegzudiskutierender Einwand gegen die Vorstellungen Afheldts und seiner Kollegen resultiert aus der Unsicherheit darüber, ob die Vereinigten Staaten ihre militärische Schutzgarantie für die Bundesrepublik auch dann aufrechterhalten, wenn sie *nicht* auf (taktische) Atomwaffen zurückgreifen könnten, die auf westdeutschem Bündnisterritorium stationiert wären. Offen bleibt auch, ob die beiden anderen nuklear gerüsteten Bündnispartner Bonns zusammen mit den USA die Besetzung des westdeutschen Aufmarschgebietes und wichtigen strategischen Vorfeldes akzeptieren würden, ohne mit gezielten atomaren Schlägen gegen die (östlichen) Besatzungstruppen zu reagieren.

Weiterhin frag- und diskussionswürdig sind eher technische Einzelheiten der Afheldt-Konzeption. Sie betreffen die zweifelhafte Annahme eines nur geringen Zerstörungsausmaßes einer auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnten Verteidigung, die nicht in Rechnung gestellten militärtechnischen Gegenmittel gegen die Defensivwaffen der „Techno-Kommandos“, die Frage des Nachschubs für die einzelnen kleinen Kampfseinheiten sowie die Möglichkeiten eines Schutzes der atomwaffenfreien Bundesrepublik gegen die feindliche Androhung oder Durchführung von ausgewählten Nuklearangriffen.

Problematisch sind auch die ungelöste Großstadtverteidigung und ihre Folgen, vor allem der fehlende Schutz gegen feindliche Bombenangriffe. Kritisiert wurde ferner die Tatsache, daß die bei Afheldt als politische Drohmittel dienenden Kernwaffen die stufenweise Steigerung einer militärischen Auseinandersetzung ebenso wenig verhindern könnten wie die geltende NATO-Strategie und der Kreislauf von Drohung und Gegendrohung nicht aufgebrochen würde; auf den Vorrang der militärischen Logik werde damit nicht verzichtet. Auch eine konventionell hochgerüstete Armee könne der Gefahr einer technologischen Eigendynamik erliegen.

Ernstzunehmen sind schließlich auch grundsätzliche Einwände, die sich vor allem auf gesellschaftliche Folgewirkungen eines realisierten defensiven Verteidigungskonzeptes konzentrieren, z. B. auf die Festschreibung der wechselseitigen Feindbildstrukturen mit ihren Schwarzweiß-Deutungen oder die dauernde „Militarisierung“ der gesamten Bevölkerung und ihrer Verhaltensweisen.

Afheldts Modell bildet zweifellos, auch nach Meinung seiner Kritiker, einen interessanten Versuch, grundsätzliche Kriterien für eine rationale Friedens- und Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln herauszuarbeiten, die für alle weitergehenden Überlegungen wichtige Anhaltspunkte und Richtmarken liefern. Da der Verfasser selbst seine Konzeption nicht als ein in sich geschlossenes und überzeugendes Alternativmodell betrachtet, eröffnet es Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung einiger seiner Teilelemente und Schlußfolgerungen.

3. 3 Das Konzept der „sozialen Verteidigung“ bzw. des „gewaltfreien Widerstandes“

3. 3. 1 Ausgangsüberlegungen und konzeptionelle Elemente

Der von dem Westberliner Politikwissenschaftler und Friedensforscher *Theodor Ebert* maßgeblich entwickelte Alternativvorschlag einer „sozialen Verteidigung“ geht von der von zahlreichen Friedensforschern geteilten Grundüberzeugung aus, daß die Bundesrepublik Deutschland (aber nicht nur sie) wegen ihrer wirtschaftlichen Struktur, ihrer hohen Bevölkerungsdichte und ihrer besonders störanfälligen geographischen Lage an der Nahtstelle der Blöcke mit militärischen Mitteln *nicht* zu verteidigen sei, d. h. für dieses Land gebe es keine sinnvolle und zugleich wirksame militärische Verteidigungsmöglichkeit. Ihm bleibe im Ernstfall nur die Wahl zwischen totaler Vernichtung und sofortiger Kapitulation.

Aufgrund dieser Einschätzung der Situation knüpft Ebert an Vorstellungen anderer alternativer Sicherheitsmodelle an und formuliert die Frage, wie eine Verteidigungsfähigkeit beschaffen sein müsse, welche die Kosten für den Angreifer höher veranschlage als dessen erwartbare Gewinne. Eine solche „ausreichende Verteidigungsfähigkeit“ könne nicht nur dadurch hergestellt werden, daß man — wie beim Konzept einer defensiven Raumverteidigung — einem angenommenen Aggressor einen „hohen Eintrittspreis“ abverlange, sondern in dem auch der „Aufenthaltspreis“ für den Angreifer hoch angesetzt werde. Dies wiederum sei anhand zweier möglicher Verhaltensweisen zu erreichen: Entweder durch „Guerilla-Kampf“, d. h. Widerstandsaktionen im Untergrund (die allerdings als Möglichkeit für die Bundesrepublik aus vielerlei Gründen nicht praktikabel seien) oder aber durch zivilen Widerstand der breiten Bevölkerung.

Die Konzeption einer derartigen sozialen oder zivilen *gewaltfreien* Verteidigung will einem möglichen Gegner im voraus signalisieren, er werde bei einem Einmarsch in das angegriffene Land nicht auf militärischen Widerstand, dafür aber auf die geschlossene Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit durch die einheimische Bevölkerung stoßen. Ein wichtiges Kampfmittel ist neben der Nichtzusam-

menarbeit der zivile Ungehorsam. Diese Aussicht würde — im Idealfall — dem Gegner entweder von Anfang an einen Angriff wegen der damit verbundenen hohen Kosten sinnlos erscheinen lassen oder einen bereits einmarschierten Aggressor systematisch zum Abzug seiner Besatzungstruppen zwingen.

Ebert unterscheidet drei Kriegsziele eines potentiellen Angreifers:

- *Politische* Gleichschaltung, d. h. Gleichschaltung bzw. Anpassung der politischen Institutionen und Ideologien an die eigenen (sie kann bis zu Umsiedlungen oder Vernichtung bestimmter Gruppen führen).
- *Wirtschaftliche* Nutzung, wie z. B. Einsatz der Industrie und Landwirtschaft des besetzten Landes für die eigenen Planziele, Ausbeutung von Rohstoffen, Nutzung der Arbeitskraft etc.
- *Militärische* Nutzung, etwa die Nutzung des besetzten Territoriums, die Einrichtung von militärischen Anlagen und Rekrutierung von Soldaten oder die Herstellung von Rüstungsgütern usw.

Nicht jeder Aggressor, so argumentiert Ebert, verfolge alle drei Ziele. Allen genannten Zielsetzungen entsprächen bestimmte Formen der Zusammenarbeit und des Widerstandes. Es sei durchaus vorstellbar, in einem Bereich zu kooperieren und in einem anderen Widerstand zu leisten.

In fast allen seinen Darlegungen verweist Ebert vor allem auf drei historische Beispiele, die aufschlußreiche Erfahrungswerte für das Konzept des gewaltfreien Widerstandes und seinen Erfolg lieferten: Neben der von dem Inder Mahatma Gandhi und der indischen Unabhängigkeitsbewegung in den vierziger Jahren gegen die britische Besatzungsmacht angewandten Form der „non-cooperation“ (Nicht-Zusammenarbeit) dienen insbesondere die deutsche Besetzung Norwegens und Dänemarks im Zweiten Weltkrieg sowie der „Ruhrkampf“ von 1923 als Fallbeispiele. Im ersten der beiden letzten Fälle habe sich der Widerstand vornehmlich gegen die politische Gleichschaltung gerichtet, während es sich im „Ruhrkampf“ um ein Beispiel wirtschaftlicher Nichtzusammenarbeit in einem Industriegebiet, zumindest für einige Monate, gehandelt habe (gemeint ist der passive Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die wegen mangelhafter Erfüllung deutscher Kriegsentschädigungsverpflichtungen ins Ruhrgebiet einmarschierten Franzosen, der allerdings unter Reichskanzler Stresemann wenige Monate später abgebrochen wurde).

Auf die Wirkungen des gewaltlosen Widerstandes eingehend, stellt Ebert fest, für einen Angreifer entstünden die geringsten Kosten dann, wenn er Territorium und Luftraum eines besetzten Landes *nur militärisch* nutzen wolle (genau an diesem Punkt setzt auch die Kritik dieses Alternativmodells an); gerade wenn ein Aggressor „nur“ durchmarschieren und/oder über das entsprechende Gebiet hinwegfliegen wolle, gäbe es vermutlich weniger Möglichkeiten, ihn daran wirkungsvoll zu hindern. Hier zeige sich, daß passiver gewaltfreier Widerstand immer dann am besten funktioniere, wenn der Angreifer auf die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung oder Teilen von ihr angewiesen sei. Wenn die Strategie des Feindes eine wirtschaftliche Ausbeutung beabsichtige, müsse die Verteidigung so aufgebaut sein, daß die Produktion gerade noch den eigenen Bedarf decke, aber

keine Überschüsse erzeuge. Die vorläufige Errichtung einer „Auftragsverwaltung“ und die systematische Besetzung wichtiger Positionen mit eigenen Leuten könne dadurch verhindert werden, indem das bisherige Personal (welches nun unter Aufsicht der Besatzungsmacht arbeiten sollte) freiwillig kein Amt räume, die Befehle und Anordnungen des Aggressors ignoriere und gemäß eigener Planungen den Absichten des Feindes entgegenwirke.

3. 3. 2 Zur Kritik an den Vorstellungen „sozialer Verteidigung“

Es läßt sich schwerlich bestreiten, daß entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg einer Kriegsverhütungskonzeption (mit oder ohne militärische Mittel) deren Einschätzung und Wirkung in der Sicht eines möglichen Gegners ist. Daher muß auch an Vorstellungen gewaltlosen Widerstandes und zivilen Ungehorsams die Frage gerichtet werden, ob durch „Abschreckung mit gewaltfreien Mitteln“ ein Konfliktausbruch verhindert werden kann. Mit anderen Worten: Entfaltet dieses Konzept eine abschreckende Wirkung auf einen denkbaren Aggressor bzw. stellt seine Praktizierung für den Angreifer ein untragbares Risiko dar?

Zweifel an dieser Vermutung scheinen angebracht zu sein, zumal die grundsätzlichen sowjetischen Einstellungen gegenüber gewaltlosen (pazifistischen) Verhaltensweisen von klaren Nützlichkeitsabwägungen gekennzeichnet sind. Da ein angenommener Gegner von vornherein einschätzen kann, ob ihn eine erfolgreiche soziale Verteidigung eventuell veranlassen müßte, sein geplantes Vorhaben aufzugeben, dürfte er — um diesen erwartbaren Gesichtsverlust von Anfang an auszuschalten — mit größerer Entschlossenheit und Härte angreifen. Einem eigenen untragbaren Vernichtungsrisiko ist er in keinem Fall ausgesetzt. Diese Erkenntnis allein schon könnte eine beabsichtigte Gewaltaktion in den Augen des Initiators weitgehend risikofrei machen.

Ein zweiter Einwand: Ebert selbst gesteht zu, daß für einen Angreifer die geringsten Kosten bei einer in Aussicht genommenen militärischen Nutzung des besetzten Gebietes entstünden. Die Frage stellt sich, ob die angedrohte zivile Verweigerung einen Gegner beeindrucken kann, der *nicht* das wirtschaftliche Potential nutzen will, sondern zunächst „nur“ einen machtpolitischen Raumgewinn (z. B. strategische „Brückenköpfe“) ansteuert und dazu günstig gelegene militärische Operationsbasen in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.

Drittens muß gefragt werden — nicht zuletzt kirchliche Vertreter haben dies in der öffentlichen Diskussion zu bedenken gegeben —, ob das Verhaltensmuster des gewaltfreien Widerstandes nicht Ansprüche an jeden Einzelnen stellt, die über das individuelle menschliche Leistungsvermögen hinausgehen. Die dem Einzelnen (*jeder* Bürger sollte ja zum Widerstandskämpfer werden) zugemutete Opferbereitschaft und Leidensfähigkeit dürften vermutlich die Grenze der physischen wie psychischen Belastbarkeit dann übersteigen, wenn ein um die moralischen Kosten nicht besorgter, entschlossener Aggressor zu Mitteln individuellen Terrors (z. B. systematische Erschießung wichtiger Personen) oder gruppenweiser Unterdrückung (Ermordung ganzer Bevölkerungsteile) greift.

Gegen diesen Einwand ist vorgebracht worden, es sei ein wichtiges Ziel zu leisten-

der Friedenserziehung, eine gemeinsame, solidarische, auf Gewaltlosigkeit basierende „Widerstandsmentalität“, eine Art „Widerstandsmoral“ zu erzeugen, gerade weil eine aktive soziale Verteidigung nur dann erfolgreich sein könne, wenn alle Betroffenen gegen einen möglichen Angreifer zusammenstünden.

Hinter einer solchen häufig anzutreffenden Argumentation werden das Dilemma und die Herausforderung von pazifistischen Einstellungen sichtbar: Sie müssen das angestrebte, zu erreichende Ziel (eine „Welt ohne Waffen“) praktisch ständig neu *voraussetzen*, d. h. sie unterstellen entscheidende Bedingungen für den Erfolg ihrer Konzeption, die noch *nicht* eingetreten bzw. geschaffen worden sind. Anders ausgedrückt: Der Pazifismus, die Ablehnung des Krieges und der Rüstung aus religiösen oder ethischen Gründen, konkreter: eine weltweite Abschaffung der Waffen setzt die Beseitigung oder Verminderung der inner- und zwischengesellschaftlichen Bedingungsfaktoren des existierenden Unfriedens voraus. Ein Pazifist muß in einer friedlosen, gewalttätigen Welt so handeln — gewaltfrei —, als wäre die zu erschaffende neue friedliche und waffenlose Welt bereits verwirklicht, in offensichtlichem Gegensatz zur politischen Realität!

Auch einem vierten Kritikpunkt kommt Gewicht zu:

Wie bei den aufgezeigten Überlegungen einer ausschließlich defensiven, nur reagierenden Verteidigung resultieren auch aus dem Modell eines zivilen Widerstandes gesellschaftliche Folgeprobleme. Eine landesweit geplante und organisierte soziale Verteidigung bedarf einer systematischen „Militarisierung“ (hier verstanden als Erziehung zu einer Art „Dauerabwehrbereitschaft“) der gesamten Bevölkerung und einer damit verbundenen dauernden physischen und psychischen Vorbereitung auf den Konfliktfall. Ob die schwierige Organisation ziviler Verteidigung ihren demokratischen Charakter wahren und dies alles *ohne* Festschreibung von Feindbildern und Belebung von überkommenen Bedrohungsvorstellungen möglich sein kann, erscheint mehr als fraglich.

Schließlich verkennen die Befürworter derartiger Vorstellungen teilweise die kaum übertragbaren besonderen Bedingungen der aufgeführten historischen Vorbilder: Gandhis gewaltloser Widerstand gegen die britische Herrschaft in Indien wäre *ohne* den zunehmenden innenpolitischen Druck in England in Richtung auf eine Freigabe des indischen Subkontinents *nicht* möglich gewesen. Erst der Sieg der englischen Arbeiterpartei im Jahre 1945 machte die Unabhängigkeit Indiens (1947) möglich, gewaltfreier Widerstand allein hätte sie *nicht* erzwingen können.

Auch im Falle der sowjetischen Besetzung der ČSSR im August 1968 wurde deutlich, daß sich der zivile Widerstand der Tschechen gegen die Entschlossenheit der Besatzungsmacht nicht durchsetzen konnte.

Die Vertreter des sozialen Verteidigungsmodells führen gegen die geäußerten kritischen Einwände ein grundsätzliches Argument ins Feld, das kaum entkräftet werden kann, jedoch die Frage nach der Erreichung und Wahrung eines Friedens *in freier Selbstbestimmung* generell aufwirft: Ein „Kapitulationsrisiko“ sei bei gewaltfreiem Widerstand unvermeidbar gegeben, allerdings *kein* „Vernichtungsrisiko“ mehr für ein derart verteidigtes Land. Damit aber, so ließe sich dagegenhalten, würde der angestrebte Friedenszustand mit politischer Unterwerfung, d. h. durch Aufgabe des Willens nach eigenen Vorstellungen zu leben, erkauf.

3. 4 Die einseitige (unilaterale) Abrüstung

3. 4. 1 Sinn, Inhalt und Varianten

Vorschläge einer einseitigen Abrüstung stellen die radikalste Alternative zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik dar, weil sie mit allen gängigen Vorstellungen einer Friedenssicherung mit militärischen Instrumenten brechen. Teile der „Friedensbewegung“ (und hier besonders deutlich „Die Grünen“ mit ihrer Bundesvorsitzenden Petra Kelly) fordern tiefgreifende einseitige Maßnahmen auf dem Feld der Rüstungspolitik, um auf diese Weise das Risiko eines Atomkrieges entscheidend zu verringern.

Überlegungen, die sich eine Überwindung der Rüstungsdynamik bzw. eine Umkehrung der Rüstungsspirale durch gezielte einseitige Abrüstungsschritte zum Ziel gesetzt haben, sind nicht neu. Bekannt wurden vor allem die Arbeiten der amerikanischen Sozialwissenschaftler *Charles Osgood* und *Amitai Etzioni*. Der Psychologe Osgood hat 1960 die Strategie einer „wechselseitigen Initiative“ entworfen, die es einem Land erlauben würde, anhand dosierter Maßnahmen einseitiger Spannungsverminderung die Initiative zu ergreifen und sich dabei innerhalb tragbarer, d. h. berechenbarer Sicherheitsrisiken zu bewegen. Ziel des Osgood'schen Denkansatzes ist es, die Spirale aus Spannung und Rüstungswettlauf durch einseitige Aktionen, die einen Erwidierungsdruck auf die Gegenseite erzeugen, zum Stillstand zu bringen und zurückzudrehen; auf diese Weise soll eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen werden, in der weitere politische Entspannungsschritte möglich erscheinen. In einem angefügten hypothetischen Programm versucht Osgood, seine Überlegungen zu konkretisieren und eine praktische Handlungsanleitung zu liefern.

Osgoods Kollege, der Soziologe Etzioni von der Columbia University in New York, machte 1966 anhand einer detaillierten Untersuchung des sogenannten „Kennedy-Experiments“, d. h. eines praktischen Ablaufmusters der amerikanischen Außenpolitik der Kennedy-Ära zwischen Juni und November 1963 die Probe aufs Exempel und wandte Osgoods Modell einer Umkehrung der psychologischen stufenweisen Steigerung auf diesen konkreten Handlungsablauf an.

Die Forschungsarbeiten beider Wissenschaftler stellen bis heute den einflussreichsten und zweifellos auch interessantesten Versuch dar, mit Hilfe *gradualistischer* Maßnahmen, d. h. durch stufenweise Vorleistungen mit oder ohne Bedingungen, den Prozeß der Vertrauensbildung und Rüstungsbegrenzung voranzubringen.

Insgesamt lassen sich im Bereich einseitiger Abrüstungskonzepte zwei große Denkschulen oder Programme unterscheiden:

Während Osgood und Etzioni als wichtigste Vertreter des *Gradualismus* gelten und für eine eher vorsichtige, stufenweise Friedensstrategie plädieren, kommen die Empfehlungen des *Unilateralismus* am deutlichsten in den Studien des amerikanischen Psychoanalytikers *Erich Fromm* zum Ausdruck. Er vertritt die These, nur durch radikale einseitige Maßnahmen sei aus dem immer gefährlicher werdenden psychologischen Kreislauf von Furcht und Gegenfurcht, Drohung und Gegendrohung herauszukommen. Das Schlimmste, was die Großmächte voneinander zu befürchten hätten — so zitiert Fromm den amerikanischen Zukunfts-

forscher Herman Kahn —, sei die Furcht selbst. Das wahrscheinliche Ergebnis einer einseitigen Abrüstung sei deshalb die Verhinderung eines militärischen Konfliktes.

Nahezu allen Modellen einer einseitigen Abrüstung liegt, wie bereits angedeutet, der angenommene psychologische Befund zugrunde, daß Mißtrauen, Feindbilder und Bedrohungsängste die entscheidenden Ursachen des Ost-West-Gegensatzes sind. Deshalb könnten einseitige Vorleistungen durchaus zur Vertrauensbildung beitragen, indem sie der Gegenseite ihre Bedrohtheitsvorstellungen nähmen oder minderten und diese gleichzeitig unter einen Erwidierungs- und Rechtfertigungsdruck setzten, der entstünde, wenn das gegnerische Militärpotential als einzige Rechtfertigung für die eigene Rüstung abgebaut würde. Hierbei hätte die Öffentlichkeit sozusagen als Interessengruppe für eine Erwidierung der vom Gegner eingeleiteten einseitigen Maßnahmen durch die eigene Regierung eine wesentliche Rolle zu spielen.

Es sind insbesondere die Befürworter einseitiger Abrüstungsschritte, welche die Diskussion über Sinn und Grenzen des Begriffs vom *Gleichgewicht* neu entfacht haben. Abgesehen davon, daß sich Gleichgewicht, d. h. eine Ausbalancierung der Stärkepotentiale objektiv und exakt nicht definieren, messen und vergleichen lasse (was sich allein schon aus der Verschiedenartigkeit und Nichtvergleichbarkeit der Waffensysteme in Ost und West ergebe) und die nichtmilitärischen Fähigkeiten kaum berücksichtige, *fehle* der Nachweis, daß die Herstellung bzw. das Vorhandensein von Parität in der Vergangenheit wirklich konfliktmindernd gewirkt habe. Im Gegenteil: Der Friede sei meist dann in Gefahr gewesen, wenn die Kräfte sich die Waage gehalten hätten. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis und die nationale Interessenlage eines Staates sei mit der Erreichung eines angestrebten 50 : 50-Gleichgewichtsverhältnisses in der Praxis nicht zufriedengestellt, weil die Entscheidungsträger nie ganz sicher sein könnten, ob echte Parität auch wirklich bestehe. Deshalb „müsse“ ein Land immer etwas mehr Potential anhäufen, d. h. eine ausreichende Sicherheitsspanne einkalkulieren, um sichergehen zu können, daß ein Gleichgewicht auch konkret besteht. Diese Tendenz zur „Rückversicherung“ hat zwangsläufig zur Folge, daß der Versuch einer Seite, Parität zu erreichen, in den Augen der anderen Streben nach Überlegenheit bedeutet. Der Gleichgewichtsbegriff weise deshalb nicht nur einen falschen Harmonisierungscharakter auf, sondern habe eine eindeutige Rechtfertigungs- und Verschleierungsfunktion: Unter Hinweis auf ein angeblich nicht mehr bestehendes Gleichgewicht werde „nachgerüstet“, um die aufgetretene „Lücke“ zu schließen. Die in ihren Auswirkungen verhängnisvolle Gleichgewichtsphilosophie halte das aus lauter „Nachrüstungen“ bestehende Wettrüsten laufend in Gang und blockiere echte Abrüstung.

Dieser Argumentation ist entgegengehalten worden, militärische Ungleichgewichte erzeugten durchaus (subjekt wahrgenommene) Unsicherheit, Mißtrauen und Fehlannahmen. Gleichgewicht als ständige Aufgabe und Zielvorstellung stelle ein Prinzip dar, das in vielen Lebensbereichen Bedeutung habe und den nachvollziehbaren Lebens- und Alltagserfahrungen der meisten Menschen in allen Gesellschaften entspreche. In der Öffentlichkeit könnten militärische Vorkehrungen

nur dann mit Aussicht auf Erfolg durchgesetzt werden, wenn sie sich als praktische Konsequenzen des Paritätsgrundsatzes glaubhaft machen ließen. Gleichgewicht sei vornehmlich in Rüstungskontrollverhandlungen zwischen Ost und West zur wechselseitig akzeptierten Richtschnur geworden; sie bilde aber keine Beschwörungsformel, die alle sicherheitspolitischen Probleme löse.

Ein anderer Gedankengang ließe sich noch hinzufügen: Trotz der kontroversen Beurteilung der Bedeutung der Parität ist das Gleichgewichtsdenken im Vergleich zu Überlegenheitsauffassungen, die in der Ära des „Kalten Krieges“ der vierziger und fünfziger Jahre vorherrschend waren, zweifellos ein Fortschritt.

In der Diskussion um einseitige Abrüstungsmaßnahmen werden vor allem in jüngster Zeit drei Varianten diskutiert, die über die erwähnte Einteilung in „Gradualisten“ und „Unilateralisten“ hinausgehen:

- Einseitige Rüstungsreduzierungen *symbolischer* Natur, mit denen ein Sicherheitsrisiko nicht verbunden ist (als Beispiel können die Breschnew-Initiative vom Oktober 1979 — Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR — sowie der Abzug von 1000 amerikanischen taktischen Atomwaffen aus Europa im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 gelten).
- *Substantielle* einseitige Abrüstungsmaßnahmen, die im System der gegenwärtigen Militärstrategien beider Seiten eine „Abschreckungslücke“ aufreißen würden und mit gewissen Risiken verbunden sind.
- *Totale* einseitige Abrüstung im Sinne der „unilateralistischen“ Vorstellungen Erich Fromms (die allerdings weder theoretisch ausreichend begründet noch politisch durchsetzbar scheinen).

Von Anhängern der „Friedensbewegung“ wurden die folgenden Teilelemente einseitiger Abrüstungsschritte vorgelegt und zur Diskussion gestellt:

- Einseitige abrüstungsfördernde Maßnahmen wie z. B. die Vorlage von standardisierten Verteidigungshaushalten, Veröffentlichung von Manöverregistern, Entwicklung der Planung einer Umwandlung von militärischer in zivile Produktion (Rüstungskonversion), Verzicht auf die NATO-Nachrüstung, Verbot jeglichen Rüstungsexports etc.
- Einseitige Abrüstungs- bzw. Umrüstungsmaßnahmen im konventionellen Bereich (hierunter würden etwa eine ausschließlich defensive Ausrüstung der Bundeswehr und als Langzeitperspektive die Praktizierung von „sozialer Verteidigung“ fallen).
- Einseitige Abrüstungsmaßnahmen im nuklearen Bereich. In diesem Zusammenhang wird ein aktueller dreiteiliger Vorschlag unterbreitet: Erstens anstatt Nachrüstung Abzug sämtlicher amerikanischer „vorne stationierten Systeme“ (FBS); zweitens eine einseitige atomare Abrüstung im Bereich der weitreichenden Mittelstreckensysteme der westeuropäischen Kernwaffenmächte; und drittens einseitiger Abzug sämtlicher Mittelstreckenpotentiale von westeuropäischem Territorium.

Zur Erläuterung dieser drastischen Forderungen wird angeführt, die UdSSR könne zum Abzug ihrer SS-20-Raketen veranlaßt werden, indem der Westen seinerseits diejenigen Systeme abziehe, mit denen die Sowjetunion die Auf-

stellung ihrer Raketen rechtfertige. Der von einer solchen substantiellen Abrüstungsvorleistung ausgehende Erwidierungsdruck wäre sicherlich groß. Das damit unzweifelhaft verbundene Sicherheitsrisiko in Form von „Abschreckungslücken“ sei aber vertretbar, wenn gleichzeitig die Vergeltungsandrohung eines ausgewählten Atomwaffeneinsatzes der Vereinigten Staaten (wie im Defensivkonzept Afheldts) gegenüber dem Warschauer Pakt für den Fall einer atomaren Bedrohung der westeuropäischen NATO-Staaten erfolge (ob allerdings die USA bei einer derart massiven einseitigen Abrüstung ihrer europäischen Bündnispartner überhaupt noch dazu bereit wären, erscheint sehr zweifelhaft! An dieser Stelle zeigt sich besonders auffallend, daß die Initiatoren von einschneidenden atomaren Abrüstungsmaßnahmen die sicherheitspolitischen Konsequenzen und bündnispolitischen Rahmenbedingungen offensichtlich nicht gründlich genug geprüft haben).

3. 4. 2 *Friedenssicherung durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen?*

Die von Befürwortern unilateraler Abrüstung häufig geäußerte Meinung, einseitige Schritte in dieser Richtung verringerten entscheidend das Risiko eines Atomkrieges, ist *weder* gesicherte Erkenntnis *noch* beweisbar. Radikale einseitige Vorleistungen *können* destabilisierende Wirkungen entfalten, die Gefahr eines Scheiterns der Abschreckung vergrößern und darüber hinaus beabsichtigte Gewaltaktionen aus der Sicht eines möglichen Angreifers *risikofrei* machen. Einseitige Schritte lassen den feindlichen Nachbarn nicht automatisch wehr- und aggressionslos werden. Derartige Maßnahmen *müssen* beim nicht abrüstenden Gegner *keineswegs* Furcht und Unsicherheit beseitigen, im Gegenteil: Dieser kann nie völlig sicher sein, ob der Zustand des Abgerüstetseins auf der anderen Seite auch wirklich anhält (das technologische Wissen über die Waffenherstellung ist nicht abrüstbar und kann kurzfristig reaktiviert bzw. umgesetzt werden!) oder ob die einseitige Abrüstung nur ein taktisches Manöver ist.

Eine gesicherte Erkenntnis besagt, der weitaus größte Teil der Bevölkerungen in den westlichen (und sicherlich auch in den östlichen) Gesellschaften vertrete die Auffassung, Rüstung sei zur Sicherung von Frieden und Freiheit notwendig und sinnvoll. Damit bleibt unbestreitbar militärische Macht vorerst elementarer Bestandteil der Sicherheitspolitik aller Staaten der Erde, obwohl eine waffenlose Welt grundsätzlich keineswegs völlig aussichtslos scheint und menschliche Gesellschaften lernfähig sind, d. h. ein ehemals militaristisches Verhalten ändern können. Die Friedensforschung hat zu Recht darauf hingewiesen, die Vorstellung einer einseitigen Entwaffnung *widerspräche* fundamental den Lebens- und Alltagserfahrungen der meisten Menschen in allen Gesellschaften, die gerade nicht gewaltfrei bzw. pazifistisch organisiert seien. Die möglichen politischen Folgewirkungen und Risiken einer einseitigen Abrüstung könnten selbstverständlich nur von einer demokratischen *Mehrheit* getragen und verantwortet werden.

Ein zweiter grundlegender Einwand betrifft die Ausgangsdiagnose der Ursachen von Rüstung und Unfrieden durch die Befürworter von einseitigen Abrüstungsvorstellungen. Nur *wenn* hinreichend bewiesen ist, daß Mißtrauen und Furcht die ausschlaggebenden Ursachen des Ost-West-Konflikts und der daraus resul-

tierenden wechselseitig aufgebauten Waffenpotentiale sind, können einseitige Vorleistungen in der Lage sein, Vertrauen zu schaffen und Bedrohungsvorstellungen abzubauen. Interpretiert und definiert man aber den Ost/West-Gegensatz als Konfliktmuster, das von konkurrierenden oder nicht zur Deckung zu bringenden machtpolitischen und ideologischen Interessen bestimmt wird — und hierfür scheinen, wenn man das Ost/West-Verhältnis der letzten 35 Jahre betrachtet, gewichtige Gründe zu sprechen —, dann *gefährden* einseitige Abrüstungsmaßnahmen eher die eigene Sicherheit oder mögliche Rüstungskontrollverhandlungen.

Weiterhin muß untersucht werden, unter welchen konkreten Rahmenbedingungen unilaterale Schritte zu wechselseitigen Rüstungsverminderungen führen oder führen können. Einseitige wie auch weltweite Abrüstung würde *nicht* zwangsläufig jene inner- und zwischengesellschaftlichen Bedingungsfaktoren des „organisierten Unfriedens“ insgesamt beseitigen (etwa die existierenden unvereinbaren politischen, sozioökonomischen und ideologischen Grundauffassungen). Keiner der grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte wäre damit geregelt. Waffenpotentiale sind, wie anfangs erwähnt, Ausdruck, Anzeichen und Folgen politischer Auseinandersetzungen, kaum aber ihre eigentliche Ursache. Die Verringerung von Rüstungen *muß* die Kriegsgefahr nicht vermindern, sie *kann* sie sogar noch erhöhen, wenn die dahinter zum Vorschein kommenden *politischen* Absichten und Bedrohungsvorstellungen nicht zur „Entspannung“ beitragen. Eine von zahlreichen Wissenschaftlern und ehemaligen Diplomaten vorgeschlagene sofortige Reduzierung der Atomwaffenvorräte der USA und der UdSSR um 30—50 % würde zwar sicherlich keinen Machtverlust für die Supermächte bedeuten, aber kaum zu einer grundsätzlichen Veränderung ihres gegenseitigen Verhältnisses und ihrer jeweiligen Anschauungen und Überzeugungen führen.

Abrüstungsmaßnahmen können also immer nur einzelne Bausteine eines Gesamtkonzeptes der Konfliktregulierung sein, die mit anderen Schritten wie etwa Rüstungskontrollvorschlägen und politischen Absprachen (vertrauensbildenden Maßnahmen etc.) gekoppelt werden müssen, um eine positive Wirkung entfalten zu können. Die Forderung nach radikaler einseitiger Abrüstung vor allem atomarer Waffen erscheint schon deshalb nicht als erfolgversprechend, weil der Weg zurück in die Idylle eines vornuklearen Zeitalters nicht mehr vorstellbar ist. Das „nukleare Dilemma“ wie das „Verteidigungsdilemma“ lassen sich durch ein einseitiges Aussteigen aus den bestehenden sicherheitspolitischen Strukturen nicht auflösen; die Menschheit wird weiterhin mit Atomwaffen und Hochrüstung leben müssen. Das Problem der *praktischen* Kriegsverhütung bleibt daher täglich neu gestellt.

Ein dritter kritischer Einwand gegen einseitige Vorleistungen bezieht sich auf die skizzierte „gradualistische“ Strategie Osgoods. Sein Konzept einer „wechselseitigen Initiative“ sieht vor, durch einseitige abgewogene Maßnahmen den Adressaten zu einer Erwiderung zu veranlassen. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, ob die andere Seite wirklich in der Lage ist, mit einer Gegenleistung zu antworten und ob diese Erwiderung in den Augen des Initiators als „angemessen“ betrachtet wird. Dies würde voraussetzen, daß beide Gegner die wechselseitigen Maßnahmen sicherheitspolitisch ähnlich einschätzen bzw. übereinstimmend defi-

nieren, was als unverzichtbares Minimum an jeweils subjektiv empfundener Sicherheit zu gelten hat. Ein Beispiel aus der politischen Praxis soll diese Schwierigkeit illustrieren:

Der von US-Präsident Carter in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verkündete Baustopp für den geplanten B-1-Bomber und die „Neutronenwaffe“ wurden aus amerikanischer Sicht von der Sowjetunion *nicht* mit einer ihrerseits vorgenommenen Reduzierung oder Verlangsamung ihrer Mittelstreckenrüstung „honoriert“. Aus dem Blickwinkel der UdSSR hingegen hatten beide einseitigen amerikanischen „Nichtaufrüstungsmaßnahmen“ wahrscheinlich andere Motive: Auf den B-1-Bomber konnten die amerikanischen Militärs wegen der fortschreitenden Entwicklung ihrer weitreichenden Marschflugkörper leicht verzichten; die Entscheidung über eine „Nichtproduktion“ der Neutronenwaffe war vorrangig auf den Widerstand europäischer NATO-Staaten zurückzuführen und nur ein *vorläufiger*, jederzeit revidierbarer Entschluß.

Umgekehrt wurde in die Ost-Berlin verkündete Breschnew-Initiative vom 6. Oktober 1979 — Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR — vom Westen eher als taktisches Manöver zur Verhinderung des anstehenden NATO-Doppelbeschlusses interpretiert, das auch von seinem Inhalt her außerdem zu spät komme. Beide einseitigen Maßnahmen haben eher das latente Mißtrauen vertieft als Vertrauen in die Absichten der jeweils anderen Seite geschaffen.

Ein damit zusammenhängender vierter Kritikpunkt verweist auf die Tatsache, daß in der Sowjetunion und in den Staaten ihrer Bündnisorganisation Rüstungsentscheidungen weder in der Öffentlichkeit diskutiert noch gerechtfertigt werden und darum öffentlicher Druck auf die eigene Regierung weitgehend fehle. Hinzu komme die Möglichkeit einer erheblich stärkeren Beeinflussung des Entscheidungsprozesses im Westen durch die UdSSR als umgekehrt. Daher fehle einer „gradualistischen“ Strategie, die auf Schaffung eines Erwiderungsdrucks hin angelegt sei, eine entscheidende politische und psychologische Voraussetzung.

Als Fazit der Diskussion von Möglichkeiten und Grenzen einseitiger Abrüstungsmaßnahmen bleibt festzuhalten, daß unilaterale Vorleistungen als Teilelemente einer Strategie der *Rüstungskontrolle* durchaus ihre Bedeutung haben *können* — trotz der wenig optimistischen historischen Erfahrungen mit der Rüstungskontrollpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg und der massiven Kritik dieses Konzeptes seitens einiger kritischer Friedensforscher (z. B. Mechttersheimer) als „Legitimationshilfe für Aufrüstung“ (die erheblichen innenpolitischen und internationalen Hindernisse, die einer Rüstungskontrollpolitik entgegenstehen, sprechen aber noch nicht gegen das politische Konzept als solches). Rüstungskontrolle, die teilweise auch mit dem Begriff der „kooperativen Rüstungssteuerung“ umrissen wird, kann die Entwicklung von Waffenpotentialen, ihre technologischen Merkmale und Einsatzzuweisungen steuern, sie wechselseitig aufeinander abstimmen und ihnen damit ihren bedrohlichen Charakter nehmen.

Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch bei allen Vorschlägen einseitiger Abrüstung, daß ein Scheitern solcher Vorleistungen durchaus die Gefahr einer Stabilitäts- und Friedensgefährdung in sich birgt.

4. Jugendprotest und „Friedensbewegung“ — Ursachen, Inhalte und Folgen

Die „Friedensbewegung“ (dieser selbstgewählte und deshalb umstrittene Begriff unterstellt bereits ein erkennbares Subjekt und scheint deshalb für eine tiefergehende Analyse wenig aussagefähig) läßt sich soziologisch zunächst als eine jener *Neuen Sozialen Bewegungen* charakterisieren, die bereits seit den siebziger Jahren nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland in wachsendem Umfang in Erscheinung getreten sind. Neu an diesen außerparlamentarischen Formationen ist vor allem ihr fast gleichzeitiges Auftreten, ihre lockere Verflechtung untereinander und die fast durchgängige Ablehnung von traditionellem Fortschritts- und Wachstumsglauben durch ihre Anhänger.

„Bürgerinitiativbewegung“, „Ökologiebewegung“, „Frauenbewegung“ und auch die „Friedensbewegung“ (die Gesamtheit dieser Bewegungen wird häufig unter dem weiten Sammelbegriff „Alternativbewegung“ zusammengefaßt) zeichnen sich alle durch einige besondere Merkmale aus: Sie verfügen über keine geregelte Mitgliedschaft und deshalb über eine hohe personelle Fluktuation, einen nur geringen Organisationsgrad (der aus der Vielfalt ihrer verschiedenartigen Anhängerschaft resultiert) und geben sich durch eine deutlich feststellbare direkte Artikulation gemeinsamer Betroffenheit und Motivation sowie durch die ausgeprägte Neigung zu kollektiver Selbsthilfe zu erkennen. Gemeinsam ist diesen Strömungen das Gefühl, daß die traditionelle Politik zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit gestoßen ist und sie zufriedenstellende Antworten auf die drängenden politischen und sozialen Fragestellungen nicht mehr zu geben vermag. Schon deshalb weisen diese sozialen Bewegungen eine eindeutig *politische*, d. h. politikbeeinflussende und politikverändernde Richtung auf. Sie stellen kollektive Abwehrreaktionen von wachsenden Teilen der Bevölkerung dar gegen die Folgekosten politisch-gesellschaftlicher Modernisierung, gegen die zunehmende Kluft zwischen Fortschrittsversprechungen einerseits und der politischen Wirklichkeit mit ihren Sachzwängen andererseits. Der Aufstieg der „Alternativbewegung“ (ablesbar am Erfolg der „Grünen“) offenbart eine *neue* Konfliktdimension, bei der es um zwei grundsätzlich *verschiedene Politikbegriffe* geht:

Im *traditionellen* Politikverständnis der herkömmlichen Parteien wird dem *Bewirken von Fortschritt* (Sicherheit, Wachstum, soziale Gerechtigkeit), der Verbesserungsfähigkeit, dem „Vollkommener-machen“ der Lebensverhältnisse Vorrang eingeräumt. Dieser Auffassung entgegengesetzt ist der *alternative* Politikbegriff: Er strebt keinen weiteren Fortschritt an, sondern will im Interesse des Schutzes lebenswichtiger Werte den *Verzicht* (auf Atomkraftwerke, Nachrüstung, Flughafenerweiterung), die *Vermeidung* nicht mehr korrigierbarer Fehler, die *Bewahrung* dessen, was besteht und erhalten werden soll (z. B. die gefährdeten natürlichen Lebensgrundlagen, der destabilisierte Frieden etc.).

Das Aufkommen einer „Friedensbewegung“ in den vergangenen zwei Jahren wird vor dem Hintergrund *dreier* durchaus parallel laufender Entwicklungen bzw. Ereignisse verständlich:

Einmal spielt das allgemeine Protestverhalten der Jugend, d. h. die zunehmende Kluft zwischen offizieller Politik und größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, eine wichtige Rolle, das in einem engen Zusammenhang mit erfahrbaren Veränderungen in der Lebenswelt der jungen Generation, die ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit ist, und den Auswirkungen dieser Veränderungen auf deren subjektive Situation steht.

Zweitens kam der *Wandel* von einer Phase der politischen und militärischen *Entspannung*, in der die heute 15- bis 25jährigen herangewachsen sind, zu einem Zeitabschnitt wachsender *Spannung*, Aufrüstung und Unsicherheit für zahlreiche junge Menschen so plötzlich, daß zu Recht von einer Art „Schock“ gesprochen werden kann. Das instinktive Gefühl einer bedrohlichen Verschlechterung der internationalen Situation im Vergleich zu den Jahren vorher wurde in Form einer Rückkoppelung von der Medienberichterstattung, aber auch durch Äußerungen von Politikern selbst bestätigt und noch verstärkt.

Drittens hat der *NATO-Doppelbeschluß* vom 12. Dezember 1979 (insbesondere dessen Nachrüstungsteil) diesen Eindruck symbolisch wie praktisch-politisch noch unterstrichen. Die Brüsseler Entscheidung löste nicht nur eine der heftigsten innenpolitischen Kontroversen seit Bestehen der Bundesrepublik aus, sondern verdeutlichte weit über die Grenzen unseres Landes hinaus das Ausmaß des lebensbedrohenden Risikos einer fortschreitenden atomaren Rüstung und die damit verbundene Betroffenheit jedes Einzelnen.

Das allen drei Entwicklungen zugrundeliegende Bewußtsein kleiner gewordener und kaum mehr beeinflusbarer Handlungsspielräume für die Politik, militärpolitischer Zwangsläufigkeiten und gemeinsamer Betroffenheit ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der wichtigste Impuls für die Herausbildung und Entfaltung einer inzwischen stark angewachsenen „Friedensbewegung“.

Die Schwierigkeiten einer ersten Untersuchung dieser „Bewegung“ ergeben sich schon beim Versuch zu bestimmen, wie sie sich zusammensetzt, wer oder was für sie repräsentativ ist, welche einzelnen oder gemeinsamen Zielsetzungen sie verfolgt und was die ausschlaggebenden Beweggründe für ihr Engagement sind. Kann man überhaupt von einer einheitlichen und überschaubaren Bewegung mit deutlich identifizierbaren Vorstellungen und Absichten sprechen? Unterstellt der Begriff „Friedensbewegung“ — der sich übrigens bereits im Jahre 1952 nachweisen läßt — nicht schon ein erkennbares Subjekt?

Eine vorläufige Antwort darauf läßt sich schon an dieser Stelle geben: Wie die Darlegung der verschiedenen, teilweise extrem voneinander abweichenden alternativen Sicherheitsmodelle in Teil 3 unserer Untersuchung gezeigt hat, besteht der kleinste gemeinsame Nenner, das einzige gemeinsame Band der vielfältigen „Friedensbewegung“ im Kampf gegen die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses, d. h. in der Verhinderung und Ablehnung der damit zusammenhängenden Maßnahmen. Zwischen den verschiedenen Positionen der einzelnen Gruppierungen sind kaum weitere grundsätzliche konzeptionelle Berührungspunkte auszumachen. Die bekanntgewordenen Alternativvorschläge unterscheiden sich weit stärker voneinander als dies gemeinsame Kundgebungen und Meinungsäußerungen ahnen lassen.

Die moralisch, radikal ethisch motivierte Forderung „zunächst“ nach einer Verhinderung neuer Atomraketen auf deutschem Boden, grundsätzlich aber nach einer *anderen* Sicherheitspolitik, läßt sich in fast allen Äußerungen der Bewegung dokumentieren. Die moralisch-ethische Grundmotivation des weitaus größten Teils der „Friedensbewegung“ hat sich *unabhängig* von einer politischen Links/Rechts-Einteilung entwickelt. Von den vier von der „Friedensbewegung“ am häufigsten diskutierten und vorgetragenen, in Kapitel 3 ausführlich erörterten sicherheitspolitischen Alternativkonzepten — Auseinanderrücken der Blöcke bzw. atomwaffenfreies Europa, militärische Verteidigung nur durch Defensivwaffen, soziale Verteidigung und einseitige Abrüstung — bildet die Forderung nach einer „atomwaffenfreien Zone in Europa“ den wichtigsten konzeptionellen Berührungspunkt der einzelnen Flügel und Gruppen. Für dieses (Fern-)Ziel, dem sich auch einzelne Politiker von SPD und FDP zumindest verbal angeschlossen haben, wollen die meisten Aktivisten der Bewegung die Öffentlichkeit mobilisieren und um Unterstützung für eine Art „Nuklearpazifismus“ werben. Deutlich erkennbar ist die etwa im „Friedensmanifest '82“ (formuliert um die Jahreswende 1981/82 in West-Berlin unter der Federführung von Heinrich Albertz, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Horst-Eberhard Richter u. a.) zum Ausdruck kommende Absicht der geistigen Köpfe der „Friedensbewegung“, über die Verhinderung der „Nachrüstung“ hinaus auf den ersten Blick utopisch erscheinende Fernziele, „konkrete Utopien“ anzu- steuern, d. h. von der bloßen Verweigerung und Blockierung wegzukommen, hin zu einer humaneren Politik und Gesellschaft. Die Vision einer „Welt ohne Waffen“ ins Blickfeld der praktischen Friedenspolitik zu rücken, sie zur Leitlinie jeder konkreten Sicherheitspolitik zu machen — dies scheint der größte Teil der „Friedensbewegung“ auf seine Fahnen geschrieben zu haben.

Da noch Mitte 1980 von einer „Friedensbewegung“ nicht die Rede war, spricht viel dafür, daß es sich bei diesem rasch angewachsenen Protestpotential um eine außerparlamentarische Volksbewegung, um eine echte Basisbewegung handelt, die weniger von der Einheit als von der Vielfalt lebt und Impulse von den *verschiedensten* Gruppierungen (politische, soziale, konfessionelle) und Fraktionen erhält. Einzelpersonen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft, fast aller Altersklassen und mit teilweise völlig gegensätzlichen Zielen und Programmen haben sich zusammengefunden, um eine nach ihrer Meinung neue gefährliche Dimension atomarer Bedrohung von deutschem Territorium fernzuhalten. Die Stärke und das Hauptmerkmal der „Friedensbewegung“, ihre Vielfältigkeit, ist gleichzeitig auch ihre Schwäche: Regionalisierung und Aufsplitterung in einzelne Gruppen und Grüppchen bedeutet in der Praxis Minderung ihrer öffentlichen Breitenwirkung, Orientierungslosigkeit und mangelhafte organisatorische Durchsetzungsfähigkeit. Dennoch, so scheint es, ist sie auf dem Wege, politischen und sozialen Strömungen zum Durchbruch zu verhelfen, die sich im Parlament und innerhalb der Parteien nicht entfalten können. Damit läßt sich erneut ein Eindringen gesellschaftlicher Bewegungen auch in die internationale Politik und Diplomatie beobachten. Die Unabhängigkeit der „Friedensbewegung“ insgesamt dokumentierte sich wiederholt in der erfolgreichen Abwehr von Versuchen einzelner Gruppen (Grüne, DKP), die Bewegung in bestimmte politische Richtungen zu lenken.

Bereits an diesem Punkt taucht fast zwangsläufig die Frage nach einer möglichen Steuerung der „Friedensbewegung“ auf, die immer dann in den Vordergrund rückt, wenn sich eine schnell angeschwollene Massenbewegung den allgemeinen öffentlichen Erklärungsmustern entzieht. Gerade weil die Frage einer Beeinflussung von außen in der öffentlichen Diskussion insbesondere parteipolitisch kontrovers beantwortet wird — und dies mit zum Teil sehr fragwürdigem Beweismaterial — soll im folgenden auf einige Aussagen kompetenter Stellen zurückgegriffen werden. Zwei parlamentarische Anfragen zu diesem Thema von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten beantwortete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, am 1. September und 13. November 1981 mit dem Hinweis, daß der Bundesregierung bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz *keine* Erkenntnisse vorlägen, wonach „Friedensbewegungen“ in der Bundesrepublik Deutschland durch den sowjetischen Geheimdienst KGB gesteuert würden bzw. eine finanzielle Förderung der „Friedensbewegung“ aus Moskau erfolge.

Anfang Dezember 1981 meldete die Deutsche Presseagentur (dpa), die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern seien aufgrund langer Beobachtungen und Ermittlungen zu der Schlußfolgerung gelangt, orthodoxe Kommunisten (DKP und ihre Nebenorganisationen) bildeten zwar eine zahlenmäßige Minderheit, stellten aber die „größte geschlossene und aktivste Gruppierung“ in der Bewegung dar. Allerdings sei zweifelhaft, ob es der DKP gelingen werde, die „Friedensbewegung“ für andere Nahziele zu gewinnen.

Der Präsident des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, erklärte Mitte Januar 1982, entgegen anderslautenden Meldungen steuere der sowjetische Geheimdienst KGB die „Friedensbewegung“ nicht (um das Gewicht seiner Aussage offenbar noch zu unterstreichen, verwies Meier darauf, kein Nachrichtendienst der westlichen Welt habe so viele Spionagefälle aufgedeckt wie der westdeutsche Verfassungsschutz).

Bundesinnenminister Baum hat in seiner schriftlichen Antwort vom 19. Januar 1982 namens der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten zu dieser Thematik betont, daß es bei Aktionen gegen den NATO-Doppelbeschluß „zu unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens von orthodoxen Kommunisten und Nichtkommunisten gekommen“ sei. „Die weitaus überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der Demonstration vom 10. Oktober 1981 lehnt kommunistische Zielsetzungen ab. Unsere freiheitliche Demokratie muß das friedliche Engagement von Bürgern auch dann ernst nehmen, wenn Kommunisten mitmarschieren oder mitorganisieren“ (Bundestagsdrucksache 9/1287).

Es spricht angesichts dieser Einschätzungen vieles dafür, daß die inzwischen auf schätzungsweise über 2 Millionen „Mitglieder“ und Aktivisten angewachsene Bewegung längst zu groß und (auch politisch) zu vielschichtig geworden ist, als daß sie überhaupt noch von einer Seite „fernzusteuern“ wäre. Auch die Anerkennung der kommunistischen Gruppierungen, die bisher Randgruppen geblieben sind, als gleichberechtigte Partner durch andere beteiligte Kräfte der „Friedensbewegung“ muß den moskautreuen Kommunisten *nicht* automatisch und unbedingt

die Chance einräumen, ihre politische Isolierung auch in anderen Bereichen zu durchbrechen. Alle bekanntgewordenen Versuche der DKP (vor allem ihrer jüngeren Mitglieder), „Friedensgruppen“ zu dominieren, sind bisher fehlgeschlagen. Kommunisten, so lassen sich die vorliegenden Daten und Beobachtungen zusammenfassen, sind dabei, marschieren und organisieren mit, aber weder prägen sie das Gesamtbild der „Friedensbewegung“ noch haben sie ihr den Anstoß gegeben. Unbestreitbar stellt sich für die Atomwaffen-Gegner grundsätzlich die Frage der „Bündnispolitik“, d. h. der Abgrenzung gegenüber jenen Teilen der „Friedensbewegung“, die der offiziellen sowjetischen Position in der Nachrüstungsdiskussion *einseitig* Gehör und Geltung verschaffen wollen und mittels Schwarzweiß-Deutungen nur die Rüstung des östlichen Bündnisses als „objektiv friedenserhaltend“ darstellen. Die Antwort auf die Frage, *wie* die „Friedensbewegung“ mittelfristig mit dem Problem der in ihr wirkenden geschlossenen Kadergruppen („Trittbrettfahrer“) fertigwerden wird, dürfte darüber entscheiden, ob sie als Massenbewegung oder nur als Splittergruppierung überleben kann. Auch von Friedensforschern, die der „Friedensbewegung“ durchaus zustimmend gegenüberstehen, ist — wie bereits erwähnt — die illusionäre Einschätzung der sowjetischen Rüstungsdynamik durch große Teile der Bewegung kritisiert worden (der französische Politikwissenschaftler Pierre Hassner wies vor kurzem auf den „dreifachen Kraftakt“ hin, welcher der UdSSR gelinge: Eine außerordentliche, hauptsächlich gegen Europa gerichtete Aufrüstung zu bewerkstelligen, das eigene Volk immer mehr zu militarisieren und sich trotzdem an die „Spitze einer Friedenskoalition“ zu stellen, ohne irgendeine echte Konzession zu machen). Die teilweise völlige Ausblendung des Machtfaktors Sowjetunion, ihres Kräftepotentials, ihrer Interessenausrichtung und ihrer Herrschaftsordnung kennzeichnet die reduzierte Wahrnehmung nicht weniger Anhänger der Bewegung.

Obwohl die empirische Sozialforschung die studentische Protestbewegung Ende der sechziger Jahre nicht rechtzeitig erkannte und herkömmliche repräsentative Befragungen häufig nicht auf die Lebenspraxis der jugendlichen Zielgruppen zugeschnitten sind (was allerdings für die letzte der beiden umfangreichen Shell-Studien von 1979 und 1981 *nicht* zutrifft), bieten sich für eine Untersuchung des Potentials der „Friedensbewegung“ zahlreiche empirische Erhebungen aus der letzten Zeit an. Vor allem aus der breit angelegten demoskopischen Umfrage des Bielefelder EMNID-Instituts, die in der ersten Oktoberhälfte 1981 und Ende März 1982 durchgeführt wurde, läßt sich ein erstes aufschlußreiches Bild ermitteln.

Als „potentiell Aktiver“ der Bewegung läßt sich demnach jemand bezeichnen, der in der Regel das folgende Profil aufweist:

- unter 36 Jahre alt
- höhere Schulbildung (Abitur)
- kein fester CDU/CSU-Wähler
- „postmaterialistische“ (d. h. nicht-materielle) Einstellung

— Tendenz zu Formen „unkonventionellen Verhaltens“ (Demonstrationen, Bürgerinitiativen etc.).

Lediglich 8—9 % der insgesamt befragten Bundesbürger bilden das aktive Handlungspotential der „Friedensbewegung“, die *passiven* Befürworter der Bewegung stellen mit 39—44 % die größte Gruppe. 74 % aller Befragten lehnen jede Form von Gewalt ab; die Gewaltbereitschaft wird offensichtlich häufig überschätzt (dieses Ergebnis haben übrigens auch Untersuchungen der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen allgemein erbracht).

Nachdem die EMNID-Daten neben anderen Erhebungen außerdem belegen, daß die allgemeine Politikverdrossenheit in der Altersgruppe bis 25 Jahre am größten ist und der von der „Friedensbewegung“ aufgegriffene Interessenbereich „Frieden — Sicherheit — Abrüstung“ anderen Untersuchungen zufolge das bedeutendste politische Thema der jungen Generation verkörpert, soll zunächst nach Ursachen und Wirkungen des allgemeinen jugendlichen Verweigerungsverhaltens in der Bundesrepublik gefragt werden. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich Motive, Strukturen und Denkweisen der „Friedensbewegung“ besser verstehen.

Als Quellen herangezogen werden die bereits genannten detaillierten Studien des Jugendwerks der Deutschen Shell von 1979 („Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung“, Hamburg 1980) und 1981 („Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder“, 3 Bände, Hamburg 1981); Umfrageergebnisse der Institute EMNID (1980, 1981 und 1982), Allensbach (1981) und Infratest (1979); Untersuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung (1979) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (1980); Forschungsergebnisse des Jugendsoziologen Walter Jaide aus dem Jahre 1981 sowie zwei Studien des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit ebenfalls von 1981. Außerdem wird auf Daten der sogenannten „Ursachenforschung Terrorismus“ beim Bundesminister des Innern Bezug genommen. Eingeflossen sind ferner Informationen und Erfahrungen von Vertretern der praktischen politischen, sozialen und konfessionellen Jugendarbeit.

4. 1 Antriebsmomente, Zielrichtung und Auswirkungen des jugendlichen Protestverhaltens

4. 1. 1 Die „äußeren“ Ursachen

Die vorliegenden Daten und Erfahrungen deuten auf einen engen Zusammenhang zwischen dem Protestverhalten der jungen Generation, ihrem Pendeln zwischen „Aufbruch und Verweigerung“ und den Auswirkungen der Veränderungen in der Lebenswelt von Jugendlichen auf deren individuelle Situation. Die wichtigsten und folgenreichsten Veränderungen betreffen die Themen- und Erfahrungsbereiche

- Lebensqualität
- Bildung, Ausbildung, Berufsperspektive

- Familie
- Freizeit
- Entwicklung in den Städten
- Wertesystem (Einstellungen zum Lebensstandard etc.)
- Politik.

Die Mehrheit der jungen Generation sieht die Zukunft der Gesellschaft *pessimistisch* und düster. Bei über drei Vierteln der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren — in dieser Phase vollzieht sich für die Mehrheit der Jugend der Umschwung vom Schülerstatus zum Nicht-mehr-Schüler — ist der Glaube, mit der Technologie auch menschlichen Fortschritt weiterzuentwickeln, stark erschüttert worden: 95 % rechnen nicht damit, daß Kriege abgeschafft werden und es eine sorgenfreie Gesellschaft geben wird; 78 % erwarten zukünftig nicht mehr Gleichheit unter den Menschen; 80 % halten Rohstoffknappheit, Wirtschaftskrisen und Hungersnöte für wahrscheinlich; für 76 % sind Technik und Chemie umweltzerstörend (Shell-Studie '81). Die industrielle Zivilisation hat für sie deutlich an Attraktivität verloren. Der enorme Pessimismus der jungen Generation spiegelt nicht nur spezifische Zukunftsvorstellungen und eher abstrakt-theoretische Einstellungen wider, sondern wirkt tief in die heutige Lebenspraxis der Jugendlichen hinein, prägt und steuert ihre Grundhaltungen in der Gegenwart. Aus allen empirischen Untersuchungen läßt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen düsteren Zukunftserwartungen und der Bereitschaft zu Kritik und Widerstand herstellen. Mit zunehmendem Bildungsstand steigen nicht nur Skepsis und Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, sondern auch die Neigung zu „*unkonventionellen*“ Protestformen: Je pessimistischer die Zukunftsvorstellungen, desto häufiger und engagierter die Unterstützung oder Teilnahme an neuen politischen und sozialen Protestbewegungen wie Hausbesetzer, Kernkraft- und Startbahngegner etc.

Das *Mißtrauen* junger Leute stützt sich insbesondere auf die Vermutung, die Erwachsenen beuteten Lebensraum und Ressourcen ohne Rücksicht auf die Zukunft aus. Ein Teil der Jugend erlebt die Älteren als Übermächtige und Fremde, mißtraut ihnen und schließt sich von der Erwachsenenwelt ab („Jugendzentrismus“).

Obwohl das *Bildungswesen* in den sechziger und vor allem siebziger Jahren großzügig ausgebaut wurde und niemals zuvor mehr Jugendliche eine so qualifizierte Schul- und Berufsausbildung wie heute genossen haben, ist die Berufsperspektive durch die rasch ansteigende Jugendarbeitslosigkeit (bei unter 20jährigen betrug sie im Januar 1982 7,6 %; im Juni 1981 lag sie noch bei 3,9 %) schlechter geworden. Die Prognosen klingen wegen der geburtenstarken Jahrgänge besonders düster. Trotz wesentlich geringerer Berufschancen streben Eltern und Schüler immer höhere Schulabschlüsse an, der „*Schock*“ des Eintritts in das Arbeitsleben zögert sich dadurch erheblich hinaus, eine seit den siebziger Jahren feststellbare *Nach-Jugendphase* (Post-Adoleszenz) tritt zwischen Jugend und soziales Erwachsensein — mit allen Folgewirkungen für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung.

Die politisch Verantwortlichen haben offenbar verkannt, daß der Verdrängungsprozeß der weniger Qualifizierten durch Gleichaltrige mit höherer Bildung das Selbstwertgefühl des Einzelnen massiv beeinträchtigt hat und ein arbeitsloser Jugendlicher von der wichtigsten Form der Teilnahme am Leben der Gemeinschaft, der Mitarbeit, ausgeschlossen ist. Aufgrund von Arbeit werden Lebenschancen verteilt. Der Arbeitsplatzbesitzer schottet sich gegenüber dem Arbeitslosen ab, der Gutverdienende gegenüber dem Schlechtverdienenden; die Gesellschaft insgesamt scheint in „Segmente“ zu zerfallen. Eine in ihren Auswirkungen nicht abzuschätzende Belastung des Verhältnisses von jungen Menschen zur übrigen Gesellschaft liegt hier begründet. Jeder seines Glückes Schmied — so wird auch von Jugendlichen gefragt — ist das wirklich soziale Gerechtigkeit?

Die *Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes* nimmt in der Prioritätenliste von Jugendlichen nach dem Schutz der Umwelt bzw. der Erhaltung der Lebensqualität den *zweiten* Platz ein (Shell-Studie 1979).

Auch im Bereich der *Familie* haben sich erhebliche Veränderungen vollzogen, die sich vorwiegend aus der Zunahme der 1-Kind-Familien, der unvollständigen Familien und der berufstätigen Familien ergeben. Die auch dadurch bedingte Ausklammerung der Großelterngeneration aus dem täglichen Lebenszusammenhang vermindert die Erfahrung des Aufeinanderangewiesenseins der Generationen. Berufstätige Eltern oder Elternteile sehen sich in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft in der Aufgabe überfordert, ihren Kindern eine inhaltliche Orientierung zu vermitteln. Dieses Defizit wird immer häufiger durch materielle Versorgung und Verwöhnung ausgeglichen. Jugendliche stellen heute die elterliche Autorität stärker in Frage als früher, ein eigener Standpunkt wird früher artikuliert, der Zugang zu den „Privilegien“ der Erwachsenen (Status-Symbole, „Vergnügungen“ etc.) hat sich vorverlagert.

Im Bereich der *Freizeitgestaltung* ist eine Verdoppelung des Medienkonsums von Jugendlichen seit Mitte der sechziger Jahre zu verzeichnen, was zu einem größeren Einfluß der sogenannten „Bewußtseinsindustrie“ auf den Einzelnen geführt hat. Der Freizeittrend verläuft zu *Ungunsten* von aktiver geistiger Beschäftigung („Musikhören“ wird von den befragten 12- bis 23jährigen als wichtigste Freizeitbeschäftigung angegeben) und fördert eher *passive* Zerstreuung und Unterhaltung. Gerade beim passiven Medienkonsum machen junge Menschen die für ihre späteren Einstellungen und Aktivitäten wesentliche Erfahrung, daß ungewöhnliches, „unnormales“ Verhalten von den Massenmedien mit erhöhter Aufmerksamkeit belohnt wird und in der Regel nur die Abweichung von der gesellschaftlichen Norm Nachrichtenwert hat.

Auch die Entwicklung in den *städtischen Ballungszentren*, der natürlichen physischen Umwelt für heranwachsende Jugendliche, stellt vor allem junge Menschen vor erhebliche Probleme:

Der preiswerte Wohnungsbestand hat abgenommen, flächendeckende Sanierungen machen die Entwicklung von neuen Wohn- und Lebensformen fast unmöglich, die Schwachen am Markt (dazu gehören gerade auch junge Wohnungssuchende) werden durch hohe Mieten zunehmend verdrängt. Es ist daher nur verständlich, wenn junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren Reformen bei Miet- und

Grundstückspreisen sowie beim sozialen Wohnungsbau für wesentlich dringlicher halten als die Gesamtbevölkerung.

Eine entscheidende Veränderung vollzog sich im *Wertesystem*, in der Einstellung zum materiellen wie nicht-materiellen Lebensstandard (Sozialwissenschaftler haben für den Begriff der „Lebensqualität“ folgende Kriterien gefunden: Ausreichende und ausgewogene Versorgung, größere Verteilungsgerechtigkeit, wachsende Beteiligungschancen, persönliche Zufriedenheit). Seit Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre hat eine deutliche Verschiebung in der Werterangfolge insbesondere der 15- bis 24jährigen stattgefunden. Sozialwissenschaftler und Demoskopien diagnostizieren eine „stille Revolution“ der Bedürfnisse, Erwartungen und Wertorientierungen in Richtung auf eine steigende Bedeutung von *post-materiellen*, d. h. immateriellen, eher geistig-ideellen Werten: Persönliche Selbstverwirklichung, Solidarität und Mitwirkung an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen spielen eine erheblich größere Rolle als materieller Wohlstand, Sicherheit und Konsumorientierung und nehmen in der persönlichen Wunschkala Vorrang ein. Dies erscheint umso bemerkenswerter, als die heute 20jährigen, die „Kinder des Wachstums“, in Stabilität und Wohlstand, die selbstverständlich waren, aufgewachsen sind und ihre Vorstellungen von einem verbreiteten Anspruchsdenken geprägt wurden. Eher abstrakte Begriffe wie „Frieden“ und „Freiheit“ sind von dieser Generation nicht als Summe von Erfahrungen ihrer *Verneinung* erlebt worden und haben deshalb an Ausstrahlungskraft verloren. Detaillierte Forschungen lassen im Prozeß der Umschichtung der Werte ein Generationengefälle erkennen.

Während die Älteren noch fast ausschließlich auf materielle Werte fixiert sind, zeichnet sich ein beinahe radikaler Bewußtseinswandel bei den jüngeren Altersgruppen ab, der als aufschlußreiches Signal für die künftige Politik gewertet werden muß. Für einen Teil der Jugendlichen wie auch für immer mehr Hochschulabsolventen bedeutet „Karriere“, d. h. ein „normaler“ Werdegang oder herkömmlicher Lebensentwurf nicht mehr das wichtigste, sondern eher freie, private Lebensgestaltung ohne die üblichen Zwänge und Anpassungsprozesse. Eine „Durchschnittsbiographie“ erscheint *nicht* mehr besonders attraktiv.

Auch in Verhaltensmustern Jugendlicher gegenüber der *Politik* verdienen einige interessante Beobachtungen Aufmerksamkeit:

Eine *relativ breite Zustimmung zum demokratischen System* der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich aus einer positiven Grundeinstellung von ca. 60—70 % (manche Untersuchungen sprechen sogar von 87—90 %), bei deutlich erkennbarer Kritik im einzelnen. Die Zustimmungquote liegt damit höher als in anderen westlichen Demokratien. Die politisch fordernde Generation der Studentenbewegung von 1968/69 ist — wie noch gezeigt werden soll — offenkundig von einer Generation abgelöst worden, die eher zu einem „Marsch *aus* den Institutionen“ neigt. 80 % der befragten Jugendlichen waren 1979 mit dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik „im großen und ganzen zufrieden“, 1973 waren es nur 70 % (Shell-Studie 1979).

Auch bei der Einordnung junger Menschen in die bestehende Parteienlandschaft ergeben sich bemerkenswerte Resultate. Auf die Frage, welche politische Grup-

pierung ihnen alles in allem am nächsten stehe (gefragt wurde *nicht* nach einer potentiellen Wahlentscheidung), entschieden sich 24 % der Befragten für die SPD, 20 % für die „Grünen“, 18 % für die CDU/CSU und 6 % für die FDP; auf alle anderen Gruppierungen (DKP, KBW, NPD und Freie Wählervereinigungen) entfielen jeweils weniger als 0,5 % (Shell-Studie '81). Zwei Schlüsse lassen sich aus diesen Erhebungen ziehen: „Die Grünen“ verfügen bei den Jugendlichen über große Sympathien, während extrem linke und rechte Gruppen auf keinerlei Resonanz stoßen.

Unmittelbar mit dieser Aussage verknüpft ist die für die Rekrutierung von Reserven für die „Friedensbewegung“ wichtige Frage nach der Bedeutung von Protestbewegungen für die junge Generation. Engagierte Protestbewegungen (und damit sicherlich auch die vielschichtige „Friedensbewegung“) stoßen bei den Jugendlichen allgemein, die in ihrer Mehrheit kaum von der offiziellen Politik Notiz nehmen (eine wachsende Zahl geht nicht mehr zur Wahl), auf viel Sympathie. 50—80 % stehen Umweltschützern, Alternativen, Hausbesetzern und Kernkraftgegnern positiv gegenüber (Shell-Studie '81). Je mehr sich große Teile der jungen Generation von der offiziellen Politik und den sie tragenden Parteien abwenden, desto eindringlicher wird die Suche nach einer *anderen Identität*.

Vor allem drei Kritikpunkte werden von Jugendlichen gegen „die Politik“ immer wieder vorgebracht: Die *Unüberschaubarkeit* von Politik, Staat und Bürokratie mache es schwierig, verantwortliche Gesprächspartner zu finden; zweitens die Handhabung des Rechts als Mittel zur *Durchsetzung* der *Interessen* von *politisch und wirtschaftlichen mächtigen* Einzelpersonen und Gruppen; drittens schließlich die Tatsache, daß die Erwachsenen grundsätzlich die vorhandenen gesellschaftlichen *Widersprüche passiv*, d. h. als gegeben hinnehmen. Das insbesondere in Protestgruppen verbreitete Gefühl der moralischen Überlegenheit hat hier seine Wurzeln: Nur die nicht angepaßten Jugendlichen seien noch fähig dazu, diese Widersprüche wahrzunehmen und eine besondere Sensibilität für die notwendige Problemlösung zu entwickeln.

Als *Hauptwidersprüche* werden genannt:

- Steigende Rüstungsausgaben und wachsende Lebensmittelberge einerseits, Hunger und Massenelend in den Entwicklungsländern andererseits;
- Radikale Ahndung von Straftaten Jugendlicher (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc.) einerseits, zunehmende „Gesellschaftsfähigkeit“ von Wirtschaftsverbrechen andererseits;
- Gerechtigkeit und Solidarität sind nur abstrakte Floskeln, während in der Praxis häufig Entscheidungen zu Gunsten mächtiger Interessengruppen gefällt werden.

Miteinzubeziehen in das Spannungsverhältnis zwischen offizieller Politik und größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist das oft diskutierte, aber häufig überschätzte Problem der (auch politisch motivierten) *Gewaltbereitschaft* unter Jugendlichen. Auf die durch den Medienkonsum offen zu Tage tretenden Auswahlmechanismen der Massenmedien, ungewöhnliches, der Norm widersprechendes Verhalten gerade von Jugendlichen mit erhöhter Aufmerksamkeit

zu „belohnen“, wurde bereits hingewiesen. Es ist hinreichend belegt, daß die Medienberichterstattung tatsächliche Vorfälle, bei denen Gewalt praktiziert wird, verzerrt wiedergibt. Gewaltanwendung bei Demonstrationen (Brokdorf, Gorleben, Startbahn West, Hausbesetzungen), in rechtsradikalen Gruppierungen (Wehrsportgruppe Hoffmann, Junge Nationaldemokraten), in der Drogenszene oder in Fußballstadien ist *nicht* repräsentativ für eine generelle Gewaltbereitschaft. Bei Zusammenstößen mit den Sicherheitsorganen wird das Gesamtbild von jenen kleinen Demonstrationsgruppen bestimmt, die Konflikt und Krawall um fast jeden Preis suchen und dadurch besondere Aufmerksamkeit der begleitenden Medien genießen. Insgesamt kann ein Zusammenhang zwischen dem Ausbleiben von Reaktionen der politischen Institutionen auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen, auf die zunächst mit üblichen Mitteln von den Jugendlichen aufmerksam gemacht wurde, und einem Ansteigen der Gewaltbereitschaft hergestellt werden. Jugendliche mit Abitur, Studium oder Hochschulabschluß weisen eine deutlich größere Bereitschaft zu unkonventionellen, ungewohnten Protestformen auf: 20—30 % der besser ausgebildeten sprechen sich — gegenüber 13—17 % der übrigen Jugendlichen — für derartige Aktionen aus; allerdings gilt dies nicht für Aktivitäten, die von Anfang an eine gewaltsame Konfrontation einschließen. Die Notwendigkeit von Gewaltanwendung bejahen nur 3 % der Jugendlichen und 4 % der Studierenden. 92 % der Studenten und 93 % ihrer übrigen Altersgenossen lehnen Gewalt als letztes Mittel der Politik ab (Daten aus der Ursachenforschung „Terrorismus“ des Bundesinnenministeriums).

Wie bereits dargelegt, stellt das Interessengebiet „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“ für die junge Generation das *wichtigste* Thema dar (im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung, für die Ende 1981 Arbeitslosigkeit und steigende Energiekosten noch bedeutender waren). In Argumentation und praktischen Verhaltensweisen der Generation unter 25 Jahren lassen sich einige typische Tendenzen erkennen:

- Die aktuelle sicherheitspolitische Auseinandersetzung wird relativ wissensarm geführt (ein Indiz dafür, wie sehr die Themen Frieden und Sicherheit in der Schul- und Ausbildung, aber auch in der öffentlichen Diskussion seit langer Zeit vernachlässigt worden sind).
- Viele jugendliche Diskussionspartner überschätzen, mangels eigener Sachkenntnis, den eigenstaatlichen Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland (Folgen des verlorenen Krieges, Bündnisverpflichtungen, wirtschaftliche Abhängigkeit, handels- und währungspolitische Verflechtung).
- Ablauf und Muster der Debatten mit Jugendlichen lassen deutlich werden, daß militärstrategische Begründungen und Sachinformationen über die westliche und östliche Rüstungspolitik nur sehr schwer vermittelbar sind (interessant ist daher das INFAS-Umfrageergebnis, wonach immerhin 77 % der 17- bis 19jährigen bereit sind, Wehrdienst zu leisten).

4. 1. 2 *Der (sozial-)psychologische Hintergrund*

In der veröffentlichten Meinung wurden drei große Motivstränge des Jugendprotestverhaltens und — als Teil von ihm — der „Friedensbewegung“ genannt:

- Anti-Modernismus (d. h. die Ablehnung der Wachstums- und Wegwerfgesellschaft);
- Anti-Nuklearismus (d. h. die Kernkraftgegnerschaft);
- Pazifismus (die Ablehnung des Krieges aus religiösen oder ethischen Gründen).

Ob diese ziemlich pauschale Unterteilung der Antriebskräfte von Protest und Verweigerung den Kern trifft oder eine eher willkürliche Etikettierung darstellt, soll zunächst offenbleiben. Hilfreicher erscheint vielmehr eine Aufteilung des jugendlichen Protestverhaltens in Anlässe, Gründe, Zielrichtung und Hintergrundmotive.

Zu den *Anlässen*: Sie können von einer Mittelkürzung für oder Schließung von Jugendzentren (Zürich, Freiburg, Nürnberg) über Räumungen besetzter Häuser bis hin zu Todesfällen von Gleichgesinnten (Berlin) reichen.

Auch *Gründe* lassen sich fast immer finden: Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, Kernkraftwerke, Wohnungspolitik, atomare Rüstung etc.

Ebenso können über die *Zielrichtung* des aktuellen Protestes vor dem Hintergrund bisheriger Beobachtungen recht genaue Aussagen formuliert werden:

Auflehnung und Verweigerung richten sich *nicht* in erster Linie gegen politische Institutionen und staatliche Organe, gegen das „System“ schlechthin (wie zur Zeit der antiautoritären Studentenbewegung von 1968/69, die sich eine umwälzende gesellschaftliche Erneuerung zum Ziel gesetzt hatte). Sie wendet sich auch *nicht* gegen politische und soziale Grundwertevorstellungen, wie die breite Zustimmung zum politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik klar belegt hat, eher gegen die *Nicht*verwirklichung dieser Grundrechte und Ausgestaltungsgrundsätze. Zielrichtung des Jugendprotestes ist das für den Einzelnen jeweils im Alltag unmittelbar *Erfahrbare*, Erlebte, Nachvollziehbare, wie beispielsweise die ständig steigende Umweltbelastung, das Fehlen ausreichender Ausbildungsplätze, die Kürzung von Ausbildungsbeihilfen, die sich in Großstädten ausbreitende Wohnungsnot, der Bau von Kernkraftwerken und Startbahnen, die häufig nicht einsehbare Rodung von Wäldern etc.

Für das Gesamtbild des Protestverhaltens kommt der Frage nach dessen „inneren“ Antriebsmomenten, nach dem psychologischen Hintergrund ausschlaggebende Bedeutung zu. Eine erste Analyse des bisher gewonnenen Datenmaterials ergibt ein aufschlußreiches Ergebnis:

Die heranwachsende Generation zeichnet sich heute durch ein früheres *körperliches* Erwachsenwerden aus, während sich das *soziale* Erwachsenwerden immer länger hinauszögert. Schulausbildung, Berufsausbildung und Studium dauern immer länger. Die Struktur der Arbeitsplätze legt langjährige Ausbildungsgänge nahe, der Eintritt in eine Erwerbsposition schiebt sich hinaus. Feststellbar ist grundsätzlich eine deutliche Verlängerung des Aufenthalts von Heranwachsenden in pädagogischen Einrichtungen, die auch den Arbeitsmarkt entlastet. Trotz schlechterer Berufschancen und Perspektiven streben Schüler und Eltern immer höhere Schulabschlüsse an. Das Motiv hierfür liegt in der Absicht der Betroffenen, einmal generell die Risiken einer Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu vermindern und zweitens angesichts des harten Verdrängungswettbewerbs in sozial

herausgehobene Positionen zu gelangen. Logische Konsequenz dieser Entwicklung ist, daß sich der „Schock“ des Eintritts ins Arbeitsleben hinausschiebt, dadurch aber nichts von seiner Heftigkeit einbüßt, im Gegenteil: Zwischen Reife und Erwachsenenleben, zwischen Jugend und Erwachsensein öffnet sich ein immer breiteres Niemandsland. In diese Lücke tritt eine neue gesellschaftlich geregelte Altersstufe. Immer mehr Menschen treten nach ihrer Jugendzeit als Schüler nicht ins Erwachsensein, sondern in eine Nach-Phase des Jungseins über. Diesen neuartigen Zeitabschnitt, der das Leben etwa im dritten Lebensjahrzehnt bestimmt, haben Sozialwissenschaftler als sogenannte „Nach-Jugendphase“ (Post-Adoleszenz) bezeichnet. Sie umschreibt eine Entwicklung, die sich durch eine soziale, moralische, geistige und kulturelle Verselbständigung der Jugendlichen auszeichnet, ohne jedoch wirtschaftlich schon auf eigenen Beinen zu stehen. Mit anderen Worten: Der junge Mensch von heute ist früher mündig und fähig, als selbständige Person an Konsum und Lebensweise der Gesellschaft aktiv teilzunehmen, während er relativ spät durch eigene Arbeit seinen Unterhalt verdient. Damit schrumpft die Zeit des im Elternhaus wohlbehüteten Heranwachsens erheblich zusammen. Die Lösung und Abnabelung vom Elternhaus, die mit dem Eintritt in die „Nach-Jugendphase“ verbunden ist, bedeutet für den Einzelnen zunächst ein Fallen aus allen sinnvollen, vertrauten Bezügen; Anonymität und Unverbundenheit werden zum erstenmal physisch erfahren und müssen bewältigt werden. Es fehlt das Gefühl der Bestätigung und der verantwortlichen Betätigung.

All diese Gefühle finden sich dann eher zufällig in einer gemeinsamen Aktion gegen etwas wieder (gegen die Kürzung von Ausbildungsbeihilfen, gegen eine Erhöhung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel, gegen eine Erhöhung der Mensa-Preise, gegen die als ungerecht empfundenen Bestimmungen eines Hochschulgesetzes etc.). In einer solchen, von zunächst nur formaler Übereinstimmung gekennzeichneten Gemeinschaft werden jene Gefühle der Zusammengehörigkeit, der Kameradschaft, ja: der „verschworenen Gemeinschaft“ und der Solidarität wieder erlebt. Erst in einem derartigen, vielleicht nur äußerlichen Auflehnungsprozeß entstehen Gemeinschaftsgefühle; erst die *gemeinsame Betroffenheit* erzeugt Solidarität. Hier können Engagement und Kreativität freigesetzt, alle jene „Sehnsüchte“ artikuliert werden, für die im bürokratisch weitgehend durchrationalisierten modernen Staat mit seinen vom Einzelnen auf vielen Sektoren erfahrbaren Sachzwängen oder an der Massenuniversität mit ihren Verschulungstendenzen und ihrem Normdenken *kein* Platz mehr ist. Hier lassen sich Kontaktarmut, Vertrauensbarrieren und Namenlosigkeit abbauen.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die Antriebsmomente für Gewaltanwendung schärfere Konturen. Gewalt — so formulierte die nach den Jugendunruhen in Zürich 1980 vom Schweizer Parlament eingesetzte „Eidgenössische Kommission für Jugendfragen“ in ihrem Untersuchungsbericht — gegen außen sei auch „eine irgendwie noch auf Kommunikation ausgerichtete Folge“ der Isolation.

Hinzu tritt für den einzelnen Jugendlichen eine weitere persönliche Erfahrung: Der Pluralismus unserer Gesellschaft mit seinem Leitwert „Toleranz“ ist weitgehend ausgehöhlt. In den meisten für jeden konkret erfahrbaren Lebensbereichen (Rechtsordnung, Wirtschaft, Sozialordnung) wird der Spielraum für indi-

viduelle Entfaltung kleiner, das Netz staatlicher Kontrollen dichter. Alles ist zunehmend enger und kleinmaschiger, das „Korsett des Alltags“ spürbar geworden. Fazit für die jüngeren Mitbürger: Die Toleranz ist Schein, der Druck echt. Aus dem pluralistischen Gewährenlassen wurde und wird ein Vernachlässigen — in der Familie, zwischen den Generationen, innerhalb der Gesellschaft allgemein.

Eng mit diesen Beobachtungen und Erfahrungen verknüpft ist das Phänomen der „Angst“, das nicht nur in den Schlagzeilen von Nachrichtenmagazinen, in Funk und Fernsehen einen herausgehobenen Aufmerksamkeitswert gewonnen hat. Demoskopische Klimamessungen (Allensbach, Juni 1981) erbrachten einen aufschlußreichen Befund:

Nur 28 % der befragten Bundesbürger haben Vertrauen zu ihren Mitmenschen (1976 waren es 39 %, 1978 34 %). Eine deutliche Angst vor einer nicht mehr beherrschbaren Technik sowie das Gefühl einer zunehmend fremder werdenden Welt stellen weitere Indizien für eine zunehmende *Ohnmachterfahrung* dar. Die Folge: Man rückt dichter zusammen, was *nicht* zum unmittelbaren Erfahrungsbereich gehört, wirkt bedrohlich (Atom- und Neutronenwaffen, etc.). Der Rückzug in den privaten, vertrauten, überschaubaren Bereich erscheint als logische Konsequenz dieser „Fremdheitserfahrung“. Sie erzeugt jene verschwommene Angst, die permanent auf Stichworte lauert, welche dann meist von den Medien geliefert werden. „Angst zu haben“, ist für viele Jugendliche und für große Teile der „Friedensbewegung“ zum Erkennungszeichen, zum Ausweis einer besonderen Sensibilität, ja menschlichen Qualität geworden. Der Kirchentag in Hamburg vom Juni 1981 und die Bonner Massendemonstration gegen neue Atomraketen auf deutschem Boden vom 10. Oktober 1981 haben diese Beobachtung eindringlich vermittelt.

Allerdings tut sich hier ein auf den ersten Blick erstaunlicher, durch persönliche Eindrücke und Umfrageergebnisse untermauerter Widerspruch auf: Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen fürchten sich *nicht* in dem Ausmaß, wie sie sich angesichts ihrer Gefährdung durch die angehäuften Atomwaffenlager eigentlich fürchten müßten. Das Motiv hierfür liefert ein Rückgriff auf die stammesgeschichtliche Entwicklung des Menschen: Das Individuum ist von seiner Evolution her darauf eingerichtet, *nur* die akute, unmittelbare, konkret-persönliche Bedrohung zu fürchten, *nicht* hingegen die anonyme, nicht konkret erfahr- oder vorstellbare Gefährdung (beispielsweise durch Kernwaffen und die damit verbundenen militärstrategischen Vorstellungsbilder, Risikokalküle und Schadenserwartungen).

Damit verbunden bleibt nicht zuletzt die Fragestellung, *wie lange* sich „Angst“ als tragfähige Grundlage für eine sich als politisch verstehende Bewegung konservieren läßt. Zumindest fragwürdig erscheint in diesem Zusammenhang die Übertragung von psychotherapeutischen Einsichten — etwa der Erkenntnis, daß Angst und Verzweiflung durch Selbsteingeständnis viel von ihrer belastenden Wirkung verlieren — auf *zwischenstaatliche* Verhältnisse. In der internationalen Politik, wo gegensätzliche Interessen, Ideologien und Machtmittel eine entscheidende Rolle spielen, löst sich Angst schwerlich dadurch auf, daß sich Staaten bzw. ihre Repräsentanten zu ihr bekennen.

4. 1. 3 Antriebsmomente und Inhalte der Jugendunruhen 1980/81

Die für eine Einschätzung der „Friedensbewegung“ wesentliche Fragestellung nach ihrer Entstehungsgeschichte und die sie auslösenden Faktoren und Ereignisse in den sechziger und siebziger Jahren gewinnt erst vor dem Hintergrund einer Untersuchung der Antriebskräfte der Jugendunruhen allgemein deutlichere Konturen.

Eine Auswertung des verfügbaren Datenmaterials läßt auf fünf offenbar ausschlaggebende Ursachen schließen:

- Das Gefühl der Bedrohung der Lebensgrundlagen ist unübersehbar und gipfelt im Empfinden, daß einem „das Wasser bis zum Halse“ stehe. Auf den engen Zusammenhang zwischen pessimistischer Zukunftserwartung einerseits und parallel dazu steigendem Engagement für Protestbewegungen andererseits wurde bereits verwiesen. Der Protest wird offenbar immer mehr zu einer Art Dauerausdrucksform des besser ausgebildeten Teils der Jugend.
- Das Vertrauen in den Staat und die etablierten Parteien hat, was die ihnen zugetraute Problemlösungsfähigkeit betrifft, erheblich abgenommen (EMNID, Oktober 1981):
 - 61 % der bis 21jährigen,
 - 69 % der bis 25jährigen und
 - 64 % der bis 29jährigenhalten die Parteien für *unfähig* zur Problemlösung.
 - 79 % der bis 21jährigen,
 - 86 % der bis 25jährigen und
 - 77 % der bis 29jährigenvertreten die Ansicht, Politiker wüßten nicht mehr, was die Leute denken (deutlicher läßt sich „Bürgerferne“ nicht mehr dokumentieren!).
- Für den überwiegenden Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das *Scheitern* der Studentenbewegung von 1968 noch miterlebt haben, ist der sogenannte „Marsch durch die Institutionen“ und damit die angestrebte gesellschaftliche Erneuerung fehlgeschlagen. Deshalb wird der praktischen Entwicklung von *alternativen* Lebensformen Vorrang eingeräumt. Viele junge Menschen, die sich infolge nur mangelhafter Vertretung ihrer Interessen von Parteien und gesellschaftlichen Verbänden abgewandt haben, „steigen nicht aus“, sondern gar nicht erst ein. Der „Marsch durch die Institutionen“ ist zu einem „Marsch *aus* den Institutionen“ bzw. in *selbstgeschaffene* Institutionen geworden, d. h. zum Weg in eine von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossene und unabhängige Alternativszene. Was die Jugendlichen vorfänden — so die Shell-Studie „Jugend '81“ —, diene lediglich als Baumaterial für eine Nebengesellschaft. Diese Tendenz zur „Selbstausschließung“ oder „Selbstausgrenzung“ von Teilen der jungen Generation vollzieht sich nach soziologischen Erkenntnissen grundsätzlich in vier Formen: In Apathie, in subkultureller Gettobildung (wie etwa in Berlin), in der Flucht in (Jugend-) Sekten sowie in der bewaffneten Form der Selbstausschließung, dem Terrorismus.

- Die zahlreichen „Mißfolgererlebnisse“ und „Ohnmachtserfahrungen“, die in der Regel jene Teile der jungen Generation hinter sich haben, die Gewalt als politisches Mittel nicht ausschließen, hat bei vielen zu der Erkenntnis geführt, man könne „mit dem Staat“ nicht mehr reden oder verhandeln. Frustration wird somit zum (vorerst inneren) Widerstand.
- Schließlich wird die „Aktion“ zum letzten Mittel gegen die erfahrene „strukturelle Gewalt“ des „Systems“, d. h. gegen die versteinerten, zur Veränderung unfähigen, übermächtig organisierten Institutionen (der von der „kritischen Friedensforschung“ geprägte Begriff der „strukturellen Gewalt“ soll hier verstanden werden als die im politischen und sozialen System gleichsam eingebauten Ungerechtigkeiten wie Arbeitslosigkeit, Behandlung von sozialen Randgruppen, fehlende Chancengleichheit etc.).
Das „nicht kampfflos Begeben“ und „Sich Durchsetzen wollen“ gegenüber dem reformunfähigen Staat hat, wie Untersuchungen gezeigt haben, einen hohen Stellenwert für die zum Widerstand Entschlossenen und bildet einen wichtigen Bezugspunkt in der Herausbildung einer eigenen Identität (biographische Studien extremistischer Karrieren scheinen dies zu bestätigen).

4. 2 Wichtige politische und soziale Bestimmungsfaktoren für das Aufkommen der „Friedensbewegung“ Ende der siebziger Jahre

Während sich der Pazifismus in Deutschland bereits Ende des 19. Jahrhunderts organisiert hatte (*Bertha von Suttner* und *Alfred Fried* gründeten 1891/92 die erste Österreichische und die erste Deutsche Friedensgesellschaft) und Namen wie *Karl Liebknecht* (die Symbolfigur einer antimilitaristischen Gruppierung innerhalb der SPD vor 1914), Brecht, Remarque, Tucholsky, Einstein und von Ossietzky (um nur die bekanntesten Pazifisten der Weimarer Republik zu nennen) auch heute noch bekannt sind, läßt sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges erst ab 1957/58 von einer größeren „Friedensbewegung“ sprechen.

Die von der SPD im April 1957 gegründete und vom Deutschen Gewerkschaftsbund maßgeblich unterstützte Aktion *Kampf dem Atomtod* entwickelte sich aus einem Protest von 18 Göttinger Atomphysikern (unter ihnen Carl-Friedrich von Weizsäcker, Otto Hahn, Werner Heisenberg u. a.) gegen die damals heftig umstrittene atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Übriggeblieben sind aus dieser Zeit die alljährlichen „Ostermärsche“, die erst 1970 nicht mehr stattfanden (1982 sind sie von großen Teilen der „Friedensbewegung“ allerdings wieder aufgenommen worden). Die von SPD und DGB getragene Anti-Atom-Kampagne fand 1959/60 ihr Ende, als sich beide Gruppierungen für die Notwendigkeit der NATO und einen eigenen Verteidigungsbeitrag aussprachen (so im Godesberger Programm der SPD von 1959).

Charakteristisch für die sechziger Jahre waren dann *Verdrängung* und *Ablenkung* von der atomaren Gefahr.

Der für die Vereinigten Staaten positive Ausgang der Kuba-Krise im Spätherbst 1962 (Präsident Kennedy antwortete auf die Stationierung von sowjetischen

Mittelstreckenraketen auf Kuba mit einer Seeblockade der Insel), das im August 1963 zwischen den USA und der UdSSR geschlossene Atomteststopp-Abkommen (Einstellung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser) sowie die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre feststellbare Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf andere wichtige politische Ereignisse und Ziele (Vietnamkrieg, Entwicklungsländerproblematik, Intervention der Sowjetunion in der ČSSR, Beginn der Ost/West-Entspannung, Rüstungskontrollverhandlungen im Rahmen von SALT I) rückten sicherheitspolitische Fragestellungen in den Hintergrund. Auch infolge der weitgehenden Übereinstimmung zwischen den Parteien schien eine grundsätzliche sicherheitspolitische Debatte weder notwendig noch wünschenswert. In den Medien, in Bundestagsausschüssen und in den Parteien waren Themen wie Rüstung und Sicherheit Sache der Experten, die in einer Sprache für Experten vermittelt wurde.

Erst etwa ab Mitte der siebziger Jahre wuchs langsam aber stetig das Interesse an den Grundlagen westlicher Sicherheitspolitik, die letztlich — und dies wurde nun zusehends auch der Öffentlichkeit bewußt — auf der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen beruht. Die Gründe für diesen Bedeutungswandel sind vielfältig, weisen aber alle in eine Richtung. Die grundlegende und zunächst widersprüchlich anmutende Erkenntnis, steigende Leistungen des Wohlfahrtsstaates gingen offenbar *nicht* mit zunehmender, sondern *sinkender* Zufriedenheit seiner Bürger einher, bildete ein wesentliches Motiv für immer pessimistischere Betrachtungen der Wirklichkeit und der Zukunft.

Im Westen begann sich eine wachsende Skepsis über die erreichten Resultate der Entspannungspolitik und Rüstungskontrollverhandlungen durchzusetzen. Das militärische Eingreifen der Sowjetunion mittels Hilfstruppen in Afrika 1975/76, das für die Vereinigten Staaten bestürzende Ende des Vietnamkrieges im April 1975 und die ungebremsste Aufrüstung der UdSSR auf allen Gebieten ließen die Kritik an einer Fortsetzung des Ost/West-Entspannungsprozesses (vor allem in den USA) unüberhörbar werden. In den westlichen Gesellschaften machten sich parallel dazu Zukunftsängste breit, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit färbten das Bild von der Wirklichkeit düster. Ein ausgeprägteres Umweltbewußtsein breitete sich mit und durch die rasch anschwellende Antikernkraftbewegung aus: Der Reaktorunfall in Harrisburg (USA) und die deutschen Orte Whyll, Gorleben und Brokdorf wurden zu Symbolen für das Gefühl des Ausgeliefertseins an eine vermeintlich nicht (mehr) beherrschbare Technik.

Ein weiterer damit eng zusammenhängender Anlaß für Zukunftspessimismus und Skepsis gerade der jungen Generation jener Zeit lag in der fortschreitenden Schrumpfung der Glaubwürdigkeit der SPD (und FDP) in deren „klassischen“ Politikbereichen Friedenssicherung, Entspannung und soziale Erneuerung. Der aus dem Blickwinkel großer Teile der sozialliberalen Wählerschaft und Sympathisanten immer unübersehbarer zu Tage tretende Zwiespalt zwischen Fortschrittsversprechen und Zukunftsperspektiven einerseits und der Wirklichkeit andererseits wurde für viele junge Menschen erstmals im Alltag *erfahrbar*. Die Erfahrung, wie weit Versprechen, parteipolitische Programmatik und Realität auseinanderklafften, wie hoch die gesellschaftlichen und die Umwelt belastenden Kosten der

„Wohlstandsproduktion“ geworden sind, hat das Politikverständnis der jungen kritischen Generation nachhaltig geprägt.

Ebenso wichtig erscheint eine davon nicht zu trennende Beobachtung, die bisher auf nur geringe Aufmerksamkeit gestoßen ist: Alle ein bis zwei Jahrzehnte werden sich immer neue Jahrgänge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen schlagartig des Umstandes bewußt, daß die Grundlagen der Sicherheit des eigenen Landes letztlich auf der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen beruhen. Die „innere“ Verarbeitung dieses Erkenntnisprozesses hinterläßt fast zwangsläufig „Spuren“ und wurde bisher immer noch mit Verdrängung bewältigt. Um die Jahreswende 1979/80 trugen dann vornehmlich drei Ereignisse zur Ausbreitung einer wachsenden Kriegsfurcht und sich verstärkender Bedrohtheitswahrnehmungen bei. Die plötzlich gewahrwerdende Erfahrung, sich nach Jahren der Entspannung auf einmal in einer spannungsgeladenen internationalen Situation wiederzufinden, wurde durch die Revolution und Geiselnahme im Iran, die sowjetische Besetzung Afghanistans und die Ankündigung eines gewaltigen Aufrüstungsprogrammes durch den neuen US-Präsidenten Reagan ausgelöst. Die Ereignisse in und um Polen heizten ab Mitte 1980 die internationale Krisensituation noch weiter an.

Erst mit dem NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 (der damals mangels zusätzlicher Informationen noch kaum auf eine breite öffentliche Resonanz stieß) und seinen auslösenden Wirkungen auf die sich etwa ab Mitte 1981 herausbildende „Friedensbewegung“ wurde dann die Sicherheitspolitik seit den fünfziger Jahren wieder zum beherrschenden, alles andere in den Hintergrund drängenden Thema. Kein außen- und sicherheitspolitischer Themenbereich hat seitdem die politische Szenerie der Bundesrepublik mehr verändert, die öffentliche und veröffentlichte Meinung tiefer gespalten als der Brüsseler „Nachrüstungsbeschluß“.

4. 3 Die Grobstruktur der „Friedensbewegung“

Trotz des unübersichtlichen, häufig uneinheitlichen und aus den unterschiedlichsten Quellen gespeisten Erscheinungsbildes, das diese Protestbewegung in der Öffentlichkeit von sich vermittelt, und der schon beschriebenen Schwierigkeit bei der Ermittlung jener Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich mit ihr identifizieren, lassen sich in ihrer Zusammensetzung *drei* große Gruppen erkennen, die allerdings untereinander nicht immer klar abgrenzbar sind:

- Linke
- Christen
- Alternative.

Innerhalb der gesamten „Friedensbewegung“ wie innerhalb ihres *linken* Flügels bilden die moskautreuen Kommunisten (die DKP und ihre Nebenorganisationen wie die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ — SDAJ — und der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ — MSB —) die *größte geschlossene und aktivste* Gruppierung.

Politisch dürfte das Gewicht des linken Zweigs der Bewegung insgesamt erheblich sein, da er unmittelbar in die Bonner Regierungsparteien hineinwirkt. Dies betrifft vor allem Mitglieder von SPD und FDP, Jungsozialisten und Jungdemokraten, viele Gewerkschafter sowie die DGB-Jugend (mit insgesamt über 1,4 Millionen Mitgliedern die *größte* deutsche Jugendorganisation).

Zum linken Spektrum gehören weiterhin Kriegsdienstverweigerer (seit 1974 organisiert in der „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“, DFG-VK), die der SPD nahestehende „Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken“, die Naturfreundejugend Deutschlands, ferner von der DKP beeinflusste Organisationen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)“, die 1960 gegründete „Deutsche Friedens-Union (DFU)“ und das 1974 als „wichtigstes Organ zur Koordinierung der kommunistischen Abrüstungskampagne“ (so der Verfassungsschutzbericht 1980 der Bundesregierung) ins Leben gerufene Kölner „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)“. Alle drei „beeinflussten Organisationen“ unterstützten neben anderen orthodox-kommunistischen Gruppierungen die Unterschriftenaktion für den sogenannten „Krefelder Appell“ vom November 1980 (dem Aufruf zur Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 haben sich 760 überwiegend demokratische Gruppen, daneben etwa 80 der „alten“ und „neuen“ Linken angeschlossen).

Christen innerhalb der „Friedensbewegung“ lassen sich als die engagierteste pazifistische Fraktion charakterisieren. Ihre wichtigsten Grundsätze (Gewaltfreiheit, ziviler Ungehorsam) haben auch die beiden anderen Lager der Bewegung beeinflusst.

Auf *protestantischer* Seite haben sich vier Initiativen gebildet:

- *Christen für die Abrüstung* (gegründet 1976 von Pastor Konrad Lübbert, Uetersen, dem Vorsitzenden des „Versöhnungsbundes e. V.“, eines von insgesamt 15 Mitgliedern der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.“, AGDF).
- *Ohne Rüstung leben* (ins Leben gerufen 1978 in Stuttgart von Pfarrern und Laien vorwiegend aus dem südwestdeutschen Raum).
- *Sicherung des Friedens* (eine auf militärischer Friedenssicherung basierende Gegenbewegung zur vorstehenden Aktion, initiiert im Juli 1980 von dem Pfarrer und Journalisten Eberhard Stammeler, Stuttgart, und dem gleichnamigen Arbeitskreis, dem u. a. der Strategieforscher Wolf Graf von Baudissin und der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer angehören).
- *Frieden schaffen ohne Waffen* (unter diesem Motto im November 1980 und 1981 durchgeführte Friedenswochen, veranstaltet von der 1958 gegründeten „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V.“ und der aus 16 weiteren Mitgliedern bestehenden „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.“).

Katholische Christen haben sich in der 1944 in Frankreich gegründeten Weltfriedensbewegung *Pax Christi* organisiert und beteiligen sich vor allem mit ihrer ausführlichen Plattform *Abrüstung und Sicherheit* vom November 1980 aktiv an der Arbeit der „Friedensbewegung“ nicht nur in der Bundesrepublik.

Auch der *Bund der Deutschen Katholischen Jugend* (650 000 Mitglieder) hat sich mit einem Positionspapier über „Frieden und Gerechtigkeit“ vom Mai 1981 an die Öffentlichkeit gewandt.

Eine *überkonfessionelle* Arbeitsgruppe *Schritte zur Abrüstung*, der zehn Friedensforscher, Journalisten und Geistliche angehören, schaltete sich im Mai 1981 mit einem detaillierten, aus drei ausgewählten Schritten bestehenden Abrüstungsvorschlag in die Diskussion ein und griff dabei Grundgedanken der „Pax Christi“-Plattform auf. Ziel der Gruppenarbeit ist es, einen „Handlungskonsens“ zwischen den verschiedenen kirchlichen Abrüstungsinitiativen zu ermöglichen.

Die dritte Säule der „Friedensbewegung“ bilden die *Alternativen*. Trotz der vielfältigen Strömungen innerhalb dieser Gruppierung versteht sie sich als Bewegung, die sich Freiräume in bzw. „neben“ der Gesellschaft erkämpft hat und aus dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit ihre radikale Konsum- und Fortschrittskritik vorträgt sowie eigene alternative Lebensentwürfe praktiziert. Dieser Kategorie lassen sich landes- und bundesweit „Die Grünen“, der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU), die „Alternativen (bzw. Bunten) Listen“ sowie Arbeitsgemeinschaften, Aktionskomitees und Initiativen zuordnen, die sich vor allem mit der Dritten Welt, der Abschaffung der Kernenergie und Umweltfragen beschäftigen. Hinzu kommen u. a. noch Vertreter der Frauenbewegung („Frauen für den Frieden“) und der Landkommunen-Bewegung.

4. 4 Einige wesentliche Charakteristika der „Friedensbewegung“

Viele Erscheinungsmerkmale der Jugendprotest-Welle belegen, daß es sich bei den Problemen, die von Jugendlichen aufgegriffen und diskutiert werden, *nicht* um *spezielle* Jugendprobleme, sondern um Probleme handelt, vor die sich die gesamte Gesellschaft gestellt sieht. Die Grenzen des Wachstums, Arbeitslosigkeit, die Entwicklung in den Städten, aber auch die Existenzfragen nach Friedenserhaltung, Sicherheit und Abrüstung stellen heute nicht nur *gesamtgesellschaftliche* Grundinhalte der öffentlichen Diskussion dar, sondern bilden Anlässe einer konkret erfahrbaren Betroffenheit jedes Einzelnen. Deshalb erscheint es auch verständlich warum die Fülle von Aktivitäten, die unter dem Sammelbegriff „Friedensbewegung“ zusammengefaßt werden, ihren Ausgang *nicht* an den Hochschulen (wie 1968) nahmen, sondern vorwiegend in der Alternativszene, in kirchlichen und politisch-sozialen Gruppierungen, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung repräsentieren.

Als wichtige Stichwortgeber, Multiplikatoren und eher fachlich-konzeptionelle Berater spielen kritische Friedens- und Strategieforscher (wie der Starnberger Friedensforscher und ehemalige Staboffizier der Bundeswehr, Alfred Mechttersheimer, auf den sich fast alle Teile der Bewegung berufen) eine wesentliche Rolle. Für sie ist der politische Einfluß und die Ausstrahlung der Atomwaffen-Gegner eine Grundvoraussetzung, gleichsam ein *Vehikel* für die Entstehung und Fortführung einer breiten öffentlichen Diskussion alternativer Sicherheitsmodelle, die

bisher nur in Universitätsseminaren und abgeschlossenen Expertenzirkeln debattiert wurden.

Welche typischen Wesensmerkmale zeichnen nun die „Friedensbewegung“ insgesamt aus?

Vor dem Hintergrund des bereits Gesagten fallen insbesondere fünf Kennzeichen auf:

a) Einmal das schon erwähnte *offene Bekenntnis zur Angst* als besonderes Privileg, als Ausdruck einer herausgehobenen menschlichen Qualität und Sensibilität, „Angst haben“ als Symptom für ein noch funktionierendes Menschsein, als persönlicher „Selbstreinigungsprozeß“ inmitten einer den Problemen der Außenwelt stumpf und teilnahmslos gegenüberstehenden, angepaßten Gesellschaft. Daß sich der darin zum Ausdruck kommende moralische *Absolutheitsanspruch* in Diskussionen mit Vertretern herkömmlicher Auffassungen häufig als *Intoleranz* zu erkennen gibt, ist kein Widerspruch, sondern die logische Konsequenz des radikal ethischen Antriebes, der eine grundsätzlich andere Politik fordert, in welche der Mensch als Subjekt im Mittelpunkt zu stehen habe.

b) Charakteristisch für die Bewegung und ihr Selbstverständnis ist auch der bewußte Einsatz der *Emotion*, des Gefühls, gleichsam als „Waffe“ gegen die „technokratische Rationalität“ der herrschenden Militärs, Sicherheitspolitiker und deren Bürokration. (Sicherheits-)Politik allgemein gilt als bloßgestellt, ihre rationale Logik wird abgelehnt, weil sie die Erde ruiniere (Umweltkatastrophen, Rohstoffausbeutung, Verelendung, Aufrüstung) und Kriegsverhütung zu versagen drohe. Rationale Kalküle könnten letztlich nicht funktionieren, politische Denkkategorien seien deshalb untauglich. Der Pädagoge Bernhard Sutor hat die tiefe Skepsis gegenüber verteidigungspolitischen Rechtfertigungen auf eine einprägsame Formel gebracht: „Wenn man liest, wie ein instrumentelles Denken Overkillkapazitäten berechnet, Zielplanungen zur Installation von Atomraketen vornimmt und in Denkspielen die Steigerungsstufen eines atomaren Krieges simuliert, dann packt einen das Grauen. Wer darüber nachdenkt, soll dies aushalten oder gar rational bewältigen und sich damit abfinden?“ Allerdings hat sich innerhalb der „Friedensbewegung“ eine deutlich erkennbare „Gegenexpertokratie“ herausgebildet, die ebenfalls fast ausschließlich militärstrategisch argumentiert und sich damit auf das gleiche Feld fragwürdiger und letztlich unpolitischer „technischer Beweisführung“ begibt wie die praktische Sicherheitspolitik.

c) Typisch für die Bewegung ist ferner die *Spontaneität* vieler ihrer Aktivitäten, die freiwillig und aus eigenem inneren Antrieb entstehen. Aktionen sind *nicht* das Ergebnis langer theoretischer und ideologischer Diskussionen, die in zentral gelenkten gemeinsamen Organen geführt werden, sondern entspringen eher subjektiven, individualistischen Antrieben und Erfahrungen.

d) Ein weiteres Wesensmerkmal verdient ebenso Aufmerksamkeit: Von Politikern und Parteien erheblich unterschätzt wird die moralisch motivierte Bereitschaft und Entschlossenheit des weitaus größten Teils der Bewegung, mit *allen* gewaltfreien Mitteln gegen die Stationierung neuer Atomwaffen auf deutschem Boden und die entsprechenden Vorbereitungen vorzugehen. Vor allem konfessionelle Gruppen wie die „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ lassen an ihrer Absicht,

alle friedlichen Mittel der Ver- und Behinderung, des zivilen Ungehorsams und der systematischen Verweigerung auszuschöpfen, *keinen Zweifel* (ein bereits in einer Auflage von über 40 000 Exemplaren erschienenen „Aktionshandbuch“ dokumentiert dies anschaulich). Vermutlich werden von den politisch Verantwortlichen auch Umfang und Auswirkungen des gesamten herangewachsenen Protestpotentials unterschätzt: Allein 10—15 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zählen zur alternativen Szene, d. h. stellen ein nicht integrierbares alternatives Spektrum dar; bei den Hochschülern liegt der Anteil der Alternativkultur-Studenten bei 11,9 %. Das Wählerpotential der „Grünen“ wird sogar auf 15—20 % geschätzt (Angaben aus den beiden Studien des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit von 1981).

e) Das fünfte Charakteristikum besteht in der ausgeprägten *Skepsis* großer Teile der „Friedensbewegung“ vor der *Integrationsfalle*, in die die Studentenbewegung von 1968 mit ihrem „Marsch durch die Institutionen“ geraten sei. Die Befürchtung wie damals die Außerparlamentarische Opposition von den etablierten Parteien erneut in „soziale Kontrolle“ genommen, d. h. in überkommene Willensbildungsstrukturen eingepaßt zu werden und damit an entscheidender Ausstrahlungswirkung und Dynamik zu verlieren, läßt sich fast beliebig oft nachweisen. Nachdem der „Marsch durch die Institutionen“ gescheitert ist, hat der Marsch *in selbst geschaffene, überschaubare* Lebensbereiche Vorrang. Der Wunsch, „unter sich“ zu bleiben, eigene Identität durch Rückgriff auf einen „begrenzten“ Erfahrungsbereich zu gewinnen, ist das Leitmotiv — *nicht* eine Wiederbelebung der nationalen Frage!

f) Schließlich zeichnet sich die „Friedensbewegung“ durch einen weiteren Grundzug aus:

Sie stellt, wie gezeigt wurde, *keine isolierte Minderheit* dar, sie ist keine politische Eintagsfliege. Auch wenn die ihr formal zuzuordnenden „Mitglieder“ und Anhänger *keine zahlenmäßige Mehrheit* weder der Bevölkerung insgesamt noch der Jugend bilden, finden sich Gedankengut, Selbstverständnis und Teile ihrer Lebenspraxis bei einer wachsenden Zahl von Bundesbürgern wieder (der französische Politologe Pierre Hassner bezeichnete kürzlich in einem Zeitschriftenaufsatz diese stark engagierten Minderheiten als „moralische Mehrheiten“, die Stimmungen repräsentierten, aber noch nicht politische Konzepte). Schon der erneut ausgebrochene Ost/West-Konflikt, der die internationale Lage auf absehbare Zeit nachhaltig bestimmen wird (Hassner charakterisiert die gegenwärtige Epoche als „heißen Frieden“), sorgt dafür, daß der Streit um Frieden, Verteidigung und Rüstung auf der Tagesordnung bleibt und die entfachte Diskussion kaum verstummen dürfte. Das „Überlebenwollen“ und „Lebenkönnen“ als subjektiv wahrgenommene absolute Werte gerade für junge Menschen akzeptiert keine verteidigungspolitischen Begründungen und wischt jede militärstrategische Rechtfertigung beiseite. Widerstand gegen die traditionelle Sicherheitspolitik, Opposition gegen Atomwaffen und Zweifel an der nuklearen Abschreckung werden schon heute in weit größerem Ausmaß geteilt und selbst empfunden als noch vor einem Jahrzehnt.

Zweifel sind angebracht, ob die bestehenden Parteien diese Herausforderung und

ihre weitreichenden politischen wie psychologischen Auswirkungen bisher voll erkannt haben, geschweige denn die Problemsicht der jüngeren Generation, die in der „Friedensbewegung“ zum Ausdruck kommt, nachvollziehen können. Eine auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen beruhende, offen und engagiert geführte Sachdiskussion, die praktische, überzeugende Lösungsmöglichkeiten anbietet, ist zumindest im Augenblick nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Taktische parteipolitische Manöver und Verdrängungsprozesse sind nach allen Erfahrungen keine hilfreichen Maßnahmen gegen Skepsis und Mißtrauen.

Ist angesichts der unüberwindbar erscheinenden Gegensätze zwischen der offiziellen (Sicherheits-)Politik und den Vorstellungen von größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Perspektive überhaupt möglich?

Die Situation, in der wir uns befinden, verlangt *zwingend* einen solchen Entwurf, denn wenn es nicht gelingt, *gemeinsam* den Frieden zu erhalten, dann bleibt als einzige Sicherheit der Krieg.

„Friedensbewegung“ *und* praktische Friedens- und Sicherheitspolitik können und müssen sich mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunkten der Zwangslage stellen, die sich aus der unbestreitbaren Tatsache ergibt, daß *einerseits* auf absehbare Zeit militärische Gewalt Teil der Sicherheitspolitik aller Staaten bleiben und das Rüstungsinstrument von allen Regierungen für unverzichtbar gehalten wird; *andererseits* jedoch verringert Verteidigung mit militärischen Mitteln das Kriegsrisiko nur, aufheben kann sie es nicht.

Die „Friedensbewegung“ bringt ihre moralische Auflehnung gegen die Rüstung zum Ausdruck. Sie verhindert aufgrund des radikaletischen Impulses ihrer Appelle, Forderungen und Aktionen, daß sich die Gesellschaft mit den angehäuften Vernichtungspotentialen abfindet. Sie blockiert mit ihrer Forderung nach einem grundlegenden sicherheitspolitischen Umdenken die nicht nur von Rüstungsinteressen betriebene organisierte Verharmlosung der (atomaren) Waffen und militärischen Risiken. Sie geht mit vielen ihrer teilweise radikalen Alternativvorstellungen bewußt über das hinaus, was heute praktisch-politisch möglich ist; sie versucht ohne Rücksicht auf Tabus und lange geglaubte Selbstverständlichkeiten, neue Perspektiven zu eröffnen und mit konkreten Alternativvorschlägen den von der offiziellen Politik erweckten Eindruck zurechtzurücken, allein schon *neuen* Konzepten hafteten größere Risiken an als der bisher betriebenen Sicherheitspolitik. (Die praktische Politik und ihre Vertreter belegen häufig die Initiatoren zahlreicher alternativer Sicherheitsmodelle schon durch die zugespitzte Forderung nach einer *rationalen* und *sofort anwendungsfähigen* Alternativkonzeption gleichsam mit einem „Denkverbot“.)

Die Bewegung ist trotz schwerwiegender innerer wie konzeptioneller Gegensätze bisher nicht zerbrochen. Sie versucht utopisch scheinende Fernziele anzuvisieren, eine langfristige Perspektive zu entwickeln, die über die bloße Verhinderung des Nachrüstungsbeschlusses hinausreicht, den konkreten Zukunftstraum einer „Welt ohne Waffen“ zu entwerfen, die keineswegs völlig aussichtslos erscheint.

Mit einer solchen, von (bündnis-)politischen Sachzwängen und Rücksichtnahmen freien Haltung ist die „Friedensbewegung“ bereits heute schon zu einer erheblichen

politikbeeinflussenden Kraft geworden. Ohne ihren Druck hätte der amerikanische Präsident Reagan kaum die von den europäischen Verbündeten geforderte „Null-Lösung“ (*keine* Stationierung von neuen US-Raketen, wenn die sowjetische Seite ihr entsprechendes Potential vermindert oder abbaut) zur offiziellen amerikanischen Verhandlungslinie erhoben und weitgehende Abrüstungsvorschläge formuliert. Dem von der Bewegung ausgeübten moralischen wie politischen Druck auf die Regierung(en), *alle* Möglichkeiten der Rüstungsverminderung und Spannungsreduzierung auszuschöpfen, wird auch weiterhin große Bedeutung zukommen.

Allerdings sind moralisch motivierter Protest, Entrüstung und Verweigerung allein *keine* ausreichenden Schritte zur Abrüstung. Auflehnung aus ethischen Gründen entbindet die Anhänger der „Friedensbewegung“ nicht von der Notwendigkeit, über praktische und kurzfristige Möglichkeiten einer Verringerung der Kriegsgefahr nachzudenken. Die notwendigen Schritte zum sicherheitspolitischen Bewußtseinswandel dürfen nicht gegenwärtige, zwingend gebotene Kriegsverhütung unmöglich machen, das in der Zukunft Wünschbare darf den Blick auf das heute Mögliche nicht verstellen. Eine Hoffnung — so formulierte auf dem Hamburger Kirchentag im Juni 1981 ein nachdenklicher Friedensforscher — die sich nicht auf die Wahrheit einlasse, bleibe Illusion. Zur Wahrheit aber gehören bestehende Bündnisverpflichtungen, internationale Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie die für viele schmerzliche Erkenntnis, daß die Bundesrepublik Deutschland nach einem verlorenen Krieg nur über einen begrenzten eigenen Handlungsspielraum verfügt. Friedenssehnsucht und Friedenswillen sind noch keine Friedenspolitik, die Aufrichtigkeit einer subjektiven Empfindung noch nicht der Ausweis ihrer Richtigkeit. Die Aufforderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ stellt eine Problemanzeige dar, aber noch keine Problemlösung.

Praktische Friedenspolitik benötigt Handlungsstrategien, konkret umsetzbare und mehrheitsfähige Lösungsentwürfe für die Gegenwart und die überschaubare Zukunft. Sollten *Rüstungskontrollverhandlungen* scheitern, bleibt alle Hoffnung auf eine umfassende *Abrüstung* bloße Wunschvorstellung. Erfolgreiche Friedenspolitik muß nicht nur moralisch tolerierbar und politisch durchsetzbar sein, sie muß sich auch ihren Einfluß erhalten auf die laufenden Verhandlungen durch Wahrung ihrer eigenen Handlungsfähigkeit in der problembeladenen Welt von heute.

Anhang

Die wichtigsten Appelle, Aufrufe und Erklärungen zum NATO-Doppelbeschluß und zur aktuellen Friedensproblematik

Appelle	Inhalt und Forderungen	Unterstützer/Initiatoren	Unterschriften
„Christen für die Abrüstung“ (1976)	Allgemeine Abrüstung in Ost und West (vor allem an die Kirchenleitungen gerichtet)	Gegründet von Pastor Konrad Lübbert aus Uetersen (Vorsitzender des Versöhnungsbundes der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“)	—
Aufruf „An alle Christen“ der Aktion „Ohne Rüstung leben“ (Stuttgart 1978)	Bereitschaft, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben; politische Entwicklung eines „Friedens ohne Waffen“; wirksame Abrüstung	Pfarrer und Laien vorwiegend aus dem südwestdeutschen Raum	über 15 000
Bielefeld (1980)	Nein zur NATO-Nachrüstung; Verhandlungen über Atomraketen in Europa; Europäische Abrüstungskonferenz; Senkung des Rüstungsetats	Jusos; SPD-Mitglieder	über 32 000
Aufruf der „Bertrand-Russell-Friedensstiftung“ (April 1980)	Nein zur NATO-Nachrüstung; Abbau der SS-20; atomwaffenfreie Zone in Europa	„Bertrand Russell Peace Foundation“ und ihre westdeutschen Unterstützer (Bahro u. a.); BBU; Britische, französische und eurokommunistische Friedensgruppen; Initiatoren des Krefelder Appells; Internationale Liga für Menschenrechte	unbekannt
Aufruf „An die evangelischen Christen“ der Aktion „Sicherung des Friedens“ (Juli 1980)	Verpflichtung des Staates zum Schutz seiner Bürger und deren Menschenrechte auch mit militärischen Mitteln; Aufrechterhaltung des Gleichgewichts militärischer Macht, das einen risikolosen Mißbrauch verhindern soll; Bemühung um Abrüstung auf der Basis eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses	Initiiert von dem Pfarrer und Journalisten Eberhard Stammler, Stuttgart, und dem Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ (Baudissin, Sontheimer u. a.)	einige Tausend

Appelle	Inhalt und Forderungen	Unterstützer/Initiatoren	Unterschriften
<p>Plattform der Pax Christi: „Abrüstung und Sicherheit“ (9. November 1980)</p>	<p>u. a. einseitige Abrüstungsvorleistungen in der Rüstungskontrollpolitik können die Vertrauensbildung begünstigen; Einfrierung des Verteidigungsetats der Bundesrepublik auf dem Niveau von 1980; TNF-Verhandlungen auf amerikanischer Seite so führen, daß neue atomare Stationierung verhindert wird; generelles Verbot des Waffenhandels; Erhöhung der Mittel für Friedens- und Konfliktforschung; Ziel: allgemeine und vollständige Abrüstung</p>	<p>Pax Christi (Deutsches Sekretariat)</p>	<p>—</p>
<p>Krefeld (15./16. Nov. 1980)</p>	<p>Nein zur NATO-Nachrüstung</p>	<p>Grüne, BBU, Jusos, Judos, Gewerkschaftsgruppen, DKP, VVN-BdA, KFAZ, DFU, DFG/VK, Christen für die Abrüstung</p>	<p>über 2 Millionen</p>
<p>Überkonfessioneller Abrüstungsvorschlag der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ (Mai 1981)</p>	<p>Verzicht auf neue Atomwaffen (einseitiger Verzicht des Westens auf ein erhöhtes Angriffspotential gegenüber dem Osten); Umrüstung der Bundeswehr zu einer rein defensiven Streitmacht; Verbot von Rüstungsexporten</p>	<p>Überkonfessionelle Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ (u. a. die Friedensforscher und Sicherheitsexperten Brauch, Guha und Linz sowie der Geschäftsführer der Aktion „Sühnezeichen/Friedensdienste“ e. V., Pfarrer Deile)</p>	<p>—</p>
<p>Heidelberg (13. Juli 1981)</p>	<p>Rüstungsbegrenzungsverhandlungen; Einfrierung aller Atomwaffen; Verzicht auf Mittelstreckenwaffenstationierung und weitere Aufstellung in West und Ost; Reduzierung der bereits vorhandenen Mittelstreckenwaffen; atomwaffenfreies Europa</p>	<p>Arbeitskreis „Frieden“ der SPD Rhein-Neckar</p>	<p>unbekannt</p>
<p>Darteln (1981)</p>	<p>Gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West; Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen; Abzug der SS-20 bis 1983, sonst NATO-Nachrüstung</p>	<p>Politiker von CDU, CSU, SPD und FDP (u. a. Annemarie Renger und Kurt Biedenkopf)</p>	<p>verschiedene Organisationen mit 1,8 Mill. Mitgliedern</p>

Starnberg (1981)	Einhaltung des NATO-Doppelbeschlusses; Nachrüstungen — Verhandeln — ausgewogener Rüstungsabbau	Panuropa-Union und Jugend; Europa-Absordnete der CSU, Franz-Josef Strauß	unbekannt
Schriftsteller Europas (August 1981)	Mit Atomwaffen kein begrenzter Krieg führbar; kein neues Wettrüsten; weitere unverzüglich aufzunehmende Abrüstungsverhandlungen; Erhaltung des Friedens hat absolute Priorität	ca. 150 Schriftsteller aus der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und anderen europäischen Ländern	unbekannt
Friedensaufruf des DGB zum 1. September 1981	Rüstungsbegrenzungsverhandlungen; keine weiteren Mittelstreckenraketen in Europa; keine weitere Atomwaffenproduktion; Abbau vorhandener Mittelstreckenraketen	DGB und Einzelgewerkschaften; Bayerische SPD-Fraktion; DKP	über 1 Million
Aufruf „Ärzte warnen vor Atomkrieg“ (1981)	Abschaffung der Atomwaffen insgesamt; Verhinderung der Stationierung der neuen Atomwaffen in Europa und in der Bundesrepublik	Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie	unbekannt
Aufruf zur Bonner Demonstration am 10. Oktober 1981	Nein zur NATO-Nachrüstung; Stopp neuer Atomwaffen in Ost und West; atomwaffenfreie Zone in Europa	Aktion Sühnezeichen; „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“; westeuropäische Friedensgruppen; alle Förderer des „Krefelder Appells“	zwischen 750 und 800 deutsche Gruppen
Offener Brief des DDR-Systemkritikers Robert Havemann an Leonid Breschnew (1981)	Beide Teile Deutschlands der Blockkonfrontation entziehen; atomwaffenfreie Zone in Europa; Abzug aller Besatzungstruppen aus DDR und BRD; Lösung der „nationalen Frage“ durch die Deutschen allein; Abschluß eines Friedensvertrages (nie wieder ein „aggressives Militärpotential“ in Deutschland)	Mehr als 5000 westdeutsche (u. a. Heinrich Albertz, Carl Amery, Wolf Biermann, Joseph Beuys, Rolf Hochhuth, Walter Jens und Martin Walser) sowie ca. 100 ostdeutsche Unterzeichner	—
Denkschrift der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) vom November 1981	Ziel: Ausbildung einer politischen Friedensordnung, die den Abbau militärischer Gewaltmittel ermöglicht; vorerst wichtigste Aufgabe Kriegsverhütung	Erarbeitet von der „Kammer für öffentliche Verantwortung“ in der EKD (25 Theologen und Politiker aller Bundestagsparteien)	—

Appelle	Inhalt und Forderungen	Unterstützer/Initiatoren	Unterschriften
Rothenfels Erklärung (November 1981)	Nein zur NATO-Nachrüstung; einseitige Abrüstungsvorleistungen der Bundesregierung; atomwaffenfreie Zone in der Bundesrepublik; alternative Verteidigungskonzepte; Umstellung der Rüstung auf zivile Produktion	Initiiert von Studentengemeinden innerhalb der Deutschen Sektion von Pax Christi (nicht identisch mit der am 7. November 1981 in Rothenfels verabschiedeten „gemäßigeren“ Resolution der Delegiertenversammlung der Pax Christi)	unbekannt
Aufruf zur zweiten bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen“ (1981)	Keine (neuen) Atomwaffen in der Bundesrepublik; weitere kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte; weltweite Abschaffung der Atomwaffen; Nachdenken über Formen und Möglichkeiten nichtmilitärischer Friedensstärkung	Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V. und 16 weitere Mitglieder der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“	unbekannt
„Friedensmanifest '82“ (Westberlin 1981/82)	Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses; alternative Sicherheitskonzepte; totale weltweite Abrüstung, beginnend in Mitteleuropa; Aufforderung zur Gewaltlosigkeit; gemeinsame Sache der Friedensbewegung wichtiger als jedes Gruppeninteresse; Betroffenheit und Sympathie für den Freiheitswillen des <i>polnischen</i> Volkes	Verfasser sind u. a. Albrecht, U. Albrecht, Eppler, Gollwitzer, Narr, H.-E. Richter	—
„Berliner Appell“ (DDR) Februar 1982	Atomwaffenfreie Zone in Europa; Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland; Friedens- statt Wehrkundeunterricht in den Schulen; Zulassung eines sozialen Friedensdienstes	Initiator ist der Ostberliner Jugendpfarrer Rainer Eppelmann (unterstützt u. a. auch von Robert Havemann)	35 Erstunterzeichner aus der DDR
„Ostermarsch '82“ (April 1982)	(Kein bundesweiter Aufruf, regionale Organisation in fast allen Bundesländern. Gemeinsames Motto: Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen; keine neuen Atomraketen; für Abrüstung und Entspannung in Europa)	Regionale Initiativen, Koordinationskreise, Foren und Ostermarschbüros	—

„Aufstehn!
Für den Frieden“
(Aufruf zur Bonner
Demonstration am
10. Juni 1982)

Verurteilung der westlichen Unterstützung der tür-
kischen Militärregierung; Aufhebung des Kriegs-
rechts und politische Lösung in Polen; politische
Lösung in Afghanistan und Abzug sowjetischer
Truppen; Rücknahme der NATO-Nachrüstung;
atomwaffenfreies Europa; Stopp deutscher Rüstungs-
exporte in die Dritte Welt; keine Unterstützung
der US-Interventionspolitik in Mittelamerika

Koordinierungsausschuß „Aufstehn für
den Frieden“, bestehend aus: BBU, DFG/
VK, Judos, Grüne, KFAZ, SDAJ, Die
Falken, VDS und 9 weiteren Organisa-
tionen

sowie örtliche
Organisationen
und Initiativen

Zwischen 1800
und 1900
internationale,
bundes- und
landesweite

Gemeinsamer
Arbeitsbericht der
EKD und des
Bundes der
Evangelischen
Kirchen in der DDR
über seit 1980 ge-
führte Konsultationen
zur Friedensverant-
wortung
(18. August 1982)

Erarbeitet von einer aus je 6 Mitgliedern
beider Kirchen bestehenden Konsulta-
tionsgruppe

Kein Ziel oder Wert kann heute die Auslösung
eines Krieges rechtfertigen; Erhaltung des Lebens
mit anderen als militärischen Mitteln zu erreichen
suchen; jede Seite muß auf Maximierung der eige-
nen Macht verzichten und der Optimierung beider-
seitiger Sicherheit dienen

Ausgewählte und kommentierte Bibliographie

- Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle. Texte, Materialien und Argumente zum Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979. Hrsg. vom *Bundesministerium der Verteidigung*, Planungsstab, Bonn 1980.
- Es geht um unsere Sicherheit. Bündnis, Verteidigung, Rüstungskontrolle. Hrsg. vom *Auswärtigen Amt* und *Bundesministerium der Verteidigung*. (Bonn) 1. Aufl. Juni 1980, 2. ergänzte Aufl. Mai 1981.
- Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses. Hrsg. vom *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*. Bonn, Juni 1981.
- Die drei offiziellen Informationsbroschüren der Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß sind wegen ihrer teilweise oberflächlichen, verkürzten und deshalb nicht immer überzeugenden Argumentation auf Kritik in der Öffentlichkeit gestoßen.
- „Wider den NATO-Nachrüstungsbeschluß“ von Gerhard Schröder und Gert Bastian. Hrsg. vom *Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD*. Bonn, August 1981.
- Kritische Gegenargumente zu der o. g. Veröffentlichung der Bundesregierung. General a. D. Bastians militärischer Stärkevergleich wiederum vermag in wichtigen Punkten *nicht* zu überzeugen.
- Sowjetische Militärenzyklopädie. Auswahl. Heft 1 ff. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1977 ff.
- Auswahl von alphabetisch geordneten Sachwörtern in deutscher Übersetzung aus der offiziellen achtbändigen russischen Originalausgabe; die deutsche Edition wird Ende 1982 insgesamt 21 Hefte umfassen.
- Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung* (Hrsg.): DGFK-Jahrbuch 1979/80. Zur Entspannungspolitik in Europa, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1980.
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung*, HSFK (Hrsg.): Europa zwischen Konfrontation und Kooperation. Entspannungspolitik für die achtziger Jahre, Campus Verlag, Frankfurt/Main 1982.
- Beide Sammelbände stellen die bisher umfassendsten und materialreichsten Bestandsaufnahmen des Ost/West-Verhältnisses in allen wesentlichen Bereichen dar.
- The Military Balance 1979—80, 1980—81 und 1981—82. *The International Institute for Strategic Studies* (IISS), London 1979 ff.
- Unverzichtbarer, jährlich im Herbst vorgelegter ausführlicher militärischer Stärkevergleich des renommierten und regierungsunabhängigen Londoner Instituts.
- SIPRI — Rüstungsjahrbuch 81/82. Hrsg. vom *Stockholm International Peace Research Institute*, Reinbek, Dezember 1981.
- Neben dem Londoner IISS legt auch das neutrale Stockholmer Friedensforschungsinstitut alljährlich ein umfangreiches Zahlenwerk über das aktuelle militärische Kräfteverhältnis vor.
- Hannes Adomeit / K.-Peter Stratmann: „Kritischer Datenvergleich zum ‚euro-strategischen‘ Kräfteverhältnis“, in: Sowjetunion 1980/81. Ereignisse, Probleme, Perspektiven. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Carl Hanser Verlag, München 1981.
- Die Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen, machen mit diesem Beitrag ihre detaillierte und fundierte Kritik an den bisher vorgelegten Datenvergleichsanalysen der „Nachrüstungsgegner“ jetzt auch einem breiten Leserkreis zugänglich.
- Georgij A. Arbatow / Willem Oltmanns: Der sowjetische Standpunkt. Über die Westpolitik der UdSSR. Verlag Rogner und Bernhard, München 1981.
- Eine zwar im Grundtenor propagandistische, dennoch aber aufschlußreiche und interessante Darlegung der offiziellen sowjetischen Position durch den auch im Westen bekannten Amerika-Spezialisten der Moskauer Akademie der Wissenschaften.

Alternativen Europäischer Friedenspolitik. Hrsg. vom *Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa*. West-Berlin 1981.

Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik. Hrsg. vom *Komitee für Grundrechte und Demokratie*. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek, November 1981.

Beide ausführlichen Materialbände dokumentieren erstmalig sorgfältig den aktuellen Stand der Diskussion alternativer Sicherheitsmodelle.

Wilhelm Bittorf (Hrsg.): *Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher*. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek 1981 (Spiegel-Buch).

SPIEGEL-Redakteur Bittorf beleuchtet, neben anderen Autoren, in einem etwas zu selbstgefällig geratenen Argumentationsstil die Probleme der Nachrüstung und gelangt dabei zu teilweise gewagten Schlussfolgerungen! Horst Ehmke setzte sich im Oktober 1981 im SPIEGEL mit Bittorfs Darstellung sehr kritisch auseinander.

Erhard Forndran: *Abrüstung und Rüstungskontrolle, Historische Erfahrungen und theoretische Probleme*. Beiträge zur Zeitgeschichte, Band 7. Colloquium Verlag, West-Berlin 1981.

Eine knappe aber wertvolle und kenntnisreich geschriebene Kurzstudie, die sich als Einführung in die schwierige und vielschichtige Thematik besonders gut eignet.

Karl-Heinz Habslach / Manfred Opel: *Grauzone — Der atomare Fehdehandschuh des Kreml*. Reihe „Bernard und Graefe aktuell“ Band 10. Bernard und Graefe Verlag, München 1981.

Trotz des bombastischen Titels legen hier ein Bonner Journalist und ein Bundeswehr-Oberst eine nüchterne, leicht verständliche und sehr informative Darstellung des „Grauzonen“-Problems vor.

Walter Jens (Hrsg.): *In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden*. Kindler Verlag, München 1982.

Die wichtigsten Wortführer der Friedensbewegung — neben Jens, Albertz, Bastian, Eppler, Kogon, Lafontaine, Mechttersheimer und H. E. Richter — legen in ihren nicht immer neuen Beiträgen „eine Art Magna Charta der Friedensbewegung“ vor.

Josef Joffe (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. Wilhelm Heyne Verlag, München 1981.

Das Taschenbuch vereint informative und für die öffentliche Debatte wesentliche Beiträge namhafter Politiker, Wissenschaftler und Journalisten, die 1981 in der Wochenzeitung DIE ZEIT erschienen sind.

Edward M. Kennedy / Mark O. Hatfield: *Stoppt die Atomrüstung*. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek 1982.

Von der „Spiegel“-Redaktion schnell in deutscher Übersetzung auf den Markt geworfene „Bibel“ der rasch angewachsenen amerikanischen Friedensbewegung „Freeze — Stoppt die Atomrüstung“, mit der sich vor allem Senator Kennedy an die Spitze der amerikanischen Atomrüstungsgegner stellte.

Peter Koch: *Wahnsinn „Rüstung“*. Verlag Gruner und Jahr. Hamburg 1981 (STERN-Buch).

Die im Spätherbst 1981 im „STERN“ erschienene und teilweise sensationell aufgemachte gleichnamige Serie wurde zu einer reichhaltig illustrierten, in Sprache und Inhalt effektiv dramatisierten Buchfassung verarbeitet.

J. Bruno Köppl: *Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten*. München 1979, 3. Aufl., Verlag Bonnkontakt, Bonn 1981.

Eine der bislang kenntnisreichsten und detailliertesten Untersuchungen des westlichen Rüstungsmanagement am Beispiel des „Tornado“-Kampfflugzeugs sowie — im Vergleich — der sowjetischen Rüstungspolitik, ihrer ökonomischen Grundlagen und Auswirkungen. Köppls Dissertation kam bisher in der aktuellen sicherheitspolitischen Auseinandersetzung leider viel zu kurz.

Christian Krause: *Das konventionelle Kräftegleichgewicht in Europa*. Ein Arbeitspapier im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, im August 1982, 2. verbesserte Auflage.

Brigadegeneral a.D. Krause, der mehrere Jahre im Bundesministerium der Verteidigung für die Analyse der NATO-Operationsplanung in Mitteleuropa sowie für die militärstrategische Konzeption der Bundeswehr zuständig war, *widerspricht* in seiner Studie den offiziellen Kräftevergleichen seiner früheren Behörde. Sein Fazit: Die Abschreckung der NATO mit konventionellen Mitteln gegen einen konventionellen Angriff des Warschauer Paktes in Mitteleuropa ist gesichert. Die ständige Klage über die militärische Überlegenheit des Ostens und die mangelnden militärischen Anstrengungen des Westens müsse aufhören, da sie durch Tatsachen nicht begründet werden könne!

Gert Krell: Plädoyer für Rüstungskontrolle. Zur Kontroverse um die „Nachrüstung“. HSFK-Forschungsbericht 3/1981. Frankfurt a. M., September 1981.

Die herausragende Studie des Frankfurter Friedensforschers besticht durch eine überaus differenzierte, sachlich-klare und quellenmäßig umfassend abgesicherte Beweisführung.

Gert Krell/Hans-Joachim Schmidt: Der Rüstungswettlauf in Europa. Mittelstreckensysteme, konventionelle Waffen, Rüstungskontrolle. Campus Verlag, Frankfurt a. M. 1982.

Diese sehr sorgfältige und detaillierte neue Darstellung vereint zwei sich ergänzende Analysen: Einmal die überarbeitete Fassung der o. a. Krell-Studie sowie eine lesenswerte Untersuchung von Hans-Joachim Schmidt über den konventionellen Rüstungswettlauf in Europa.

Jochen Löser: Weder rot noch tot. Überleben ohne Atomkrieg. Eine sicherheitspolitische Alternative. Günter Olzog Verlag, München 1981.

Detaillierte Darlegung des defensiven Alternativkonzeptes eines „Sicherheitsnetzes der raumbedeckenden Verteidigung“ durch sechs Militärexperten.

Eckhard Lübke: PD 59 und LRTNF-Modernisierung: Militärstrategische und sicherheitspolitische Implikationen der erweiterten Abschreckung für die Bundesrepublik Deutschland. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, September 1981.

Eine Spezialuntersuchung über die militärstrategischen und sicherheitspolitischen Folgewirkungen des NATO-Doppelbeschlusses auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland.

Dieter S. Lutz: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluss. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek, Oktober 1981.

Der als massiver Kritiker der offiziellen sicherheitspolitischen Argumentation bekanntgewordene Hamburger Friedensforscher legt in diesem umfangreichen, den Durchschnittsleser schon durch die unzähligen Fußnoten, Tabellen und Zahlen überfordernden Band *erneut* seinen vor allem im Mittelstreckebereich sehr umstrittenen militärischen Stärkevergleich vor. Eine Auseinandersetzung mit den spätestens seit Anfang 1981 in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten vorgebrachten Argumenten der Nachrüstungsbefürworter findet bei Lutz — erstaunlicherweise — *nicht* statt!

Alfred Mechttersheimer (Hrsg.): Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluss. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek, Oktober 1981.

Eine offensichtlich rasch auf den Markt geworfene, teilweise unvollständige Dokumentation der verschiedenen sicherheitspolitischen Auffassungen. Mechttersheimer, der zu einer Art Symbolfigur der Antiraketenbewegung geworden ist, geht — wie Lutz — in seiner dennoch lesenswerten Einleitung auf die Kernargumente der Unterstützer des Brüsseler Beschlusses *nicht* ein und kommentiert deren Arbeiten im Anhang eher abwertend. Im chronologischen Teil des Bandes versucht Mechttersheimers Heidelberger Kollege Hans Günter Brauch — wie leider auch Walter Jens in seinem Buch — *fälschlicherweise* den immer wieder suggerierten Eindruck zu erwecken, als sei die neue reichweitengesteuerte Pershing-II-Rakete *lange vor* den vergleichbaren sowjetischen Mittelstreckensystemen geplant worden.

Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1981.

Ausführliche Dokumentation des SPD-Friedensforums in Bonn vom 27. August 1981,

- auf dem verschiedene politische und gesellschaftliche Gruppierungen zu Worte kommen.
- K.-Peter *Stratmann*: NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1981.
- Anspruchsvolle und bisher detaillierteste strategiewissenschaftliche Darstellung der gültigen westlichen Militärdoktrin und ihrer Einschätzung durch die Sowjetunion.
- Gerhard *Wettig*: Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen und die Möglichkeiten eines Ost/West-Einvernehmens. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1981.
- Gerhard *Wettig*: Umstrittene Sicherheit. Friedensbewahrung und Rüstungsbegrenzung in Europa. Berlin Verlag Arno Spitz, West-Berlin 1982.
- Die beiden neuen Untersuchungen des Mitarbeiters des Kölner Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien zeichnen sich durch eine sorgfältige Quellen- und Detailkenntnis sowie durch differenzierte Schlußfolgerungen aus.
- Arbeitsheft Friedensbewegungen. Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Bonn 1982.
- Die Vereinten Nationen gegen das Wettrüsten. Dokumentation. Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Bonn 1982 (UN-Texte 28).
- Zwei neue informative Arbeitshefte, die allen an der Gesamthematik Interessierten ein wertvolles Orientierungsmittel an die Hand geben.
- Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung. Redaktion: Reiner Steinweg. Friedensanalysen 16. edition suhrkamp 1143, Neue Folge Band 143. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1982.
- Insgesamt 24 Autoren, davon die meisten Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, entwerfen in diesem ebenso umfangreichen wie informativen Band Perspektiven der „Friedensbewegung“. In der sehr ausführlichen Bibliographie werden allerdings der offiziellen Sicherheitspolitik kritisch bis ablehnend gegenüberstehende Titel weit ausführlicher vorgestellt als diese Politik begründende Arbeiten.